

Preussische Allgemeine



Nr. 44 · 3. November 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Linkskonservative Wundertüte

Sahra Wagenknecht hat die Gründung eines nach ihr benannten Bündnisses verkündet. Doch was erwartet die Wähler und die politischen Wettbewerber mit diesem Projekt? Seite 2



Demokratie Warum Ordnung wichtiger ist als politische Ideen Seite 3



Kult Vor 100 Jahren wurde der Preuße Loriot geboren Seite 9

FOTO: IMAGO/WOLFGANG MARIA WEBER, SANZIO OT, ARD/SVR/HUGO JEHL

VON KLAUS KELLE

DEBATTE

Was in 30 Jahren verbockt wurde, lässt sich nicht in 19 Monaten wieder reparieren.“ Ein kluger Satz, den Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) am Wochenende in einem Interview mit dem ZDF von sich gab.

Dabei vermied er es, seine Amtsvorgänger, insbesondere die Damen von der Leyen, Kramp-Karrenbauer und Lambrecht, namentlich zu benennen, von denen jeder Zeitungleser und insbesondere die Soldaten der Bundeswehr wissen, dass sie in erheblichem Maße verantwortlich für den seit vielen Jahren desaströsen Zustand der deutschen Streitkräfte sind. Schnellfeuergewehre, die nicht treffsicher sind, wenn sie heiß werden; Tornado-Kampfflugzeuge, von denen kaum eines im Ernstfall einsatzfähig wäre; neue Marinehubschrauber, von denen sich nach Anschaffung herausstellt, dass sie über großen Wasserflächen nicht flugfähig sind. Man kann sich das alles gar nicht ausdenken, aber es ist passiert.

Doch selbst wenn wir jetzt mit Pistorius einen Verteidigungsminister haben, der diesen Titel verdient und verspricht, dass die Bundeswehr in den nächsten vier, fünf Jahren zur stärksten Armee in Europa werde, stellt sich die Frage nach der Haftung für politische Fehlentscheidungen in der Vergangenheit. Mit dem Votum an der Wahlurne räumen die Bürger der Politik einen großen Spielraum ein. Doch stellen sie die Verantwortlichen damit auch für gravierende Schäden an Land und Gesellschaft durch politische Fehlentscheidungen frei?

Jahr für Jahr listet der Bund der Steuerzahler in einem Schwarzbuch die Geldverschwendung durch politische Entscheidungen auf. Brücken, die keiner benutzt, öffentliche Gebäude, die durch Fehlplanung plötzlich zweimal teurer sind als es ursprünglich geplant wurde – die Liste ist lang.

Wer haftet für die Schäden an Land und Gesellschaft?

Deutschland erlebt Tage der Offenbarung. Doch die Debatte über die Verantwortung für die Politik der letzten Jahre bleibt aus

Oder denken Sie an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), der nicht nur Verwandte in hochdotierte Positionen hievte, sondern auch eine Klimapolitik zu verantworten hat, die diesem Land massive Schäden aufgebürdet hat. Beim Heizungsgesetz oder beim Atomausstieg. Doch genau da beginnen die Probleme, wenn man politische Verantwortung sanktioniert haben möchte.

Den deutschen Ausstieg aus der Atomkraft hat Bundeskanzlerin Angela Merkel höchstselbst angeordnet, ohne übrigens dazu ein Mandat des Deutschen Bundestages zu haben, in dem die gewählten Vertreter des deutschen Volkes sitzen. Merkels Entscheidung, die letzten Atomkraftwerke abzuschalten, in Verbindung mit dem nahezu gleichzeitigen Ausstieg aus der Kohleenergie war auch für Laien erkennbar ein schlechtes Schauspiel. Als dann noch die wegen des Ukrainekriegs nie in Betrieb genommene Gasleitung Nord Stream 2 ausfiel, war Land unter in Deutschland.

Ja, sie haben uns irgendwie über den Winter gebracht mit viel Geld, haben Frackinggas aus den USA herangeschafft und LNG-Terminals in – nach deutschen Maßstäben – Rekordzeit gebaut. Aber die Wahrheit ist doch, dass Russland und andere Länder die westlichen Sanktionen mühelos unterlaufen, Erdgas billig nach Indien liefern, von wo aus es teuer nach Deutschland verkauft wird.

Milliarden Steuereuros werden verballert – wer haftet eigentlich? Dass unser Land überhaupt zu über 60 Prozent Gasabhängig von einem zweifelhaften Staat wie Putins Russland gemacht wurde – wer haftet dafür? Wo ist der Untersuchungsausschuss im Bundestag, in dem die Verstrickungen von – insbesondere – Politikern der SPD in diese dubiosen Geschäfte aufgearbeitet werden? Wo müssen sich Altkanzler Gerhard Schröder und Genossin Ministerpräsidentin Manuela Schwesig rechtfertigen? Welche Rolle hat der jetzige Bundespräsident und Schröder-Spezi Frank-Walter Steinmeier bei der Einfädelung der Russland-Deals gespielt?

Ob harsche – selten genug – Medienberichte über skandalöse Fehlentscheidungen von Politikern, ob Schwarzbücher des Bundes der Steuerzahler: Niemand wird in Haftung genommen, nach solchen Veröffentlichungen passiert – nichts.

Orden statt Aufarbeitung

Das führt zwangsläufig noch einmal zu Angela Merkel, der einstigen CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlerin, die unserem Land mehr Schaden zugefügt hat, als jeder andere Politiker seit 1949. Und zu deren Partei, jenen Volksvertretern, die ihr auf die Finger schauen sollten, stattdessen jedoch gejubelt und Klatschexzesse auf Bundesparteitag veranstaltet haben. Anstatt ihre Schadensbilanz aufzuarbeiten haben Ministerpräsidenten von

CDU und CSU diese Frau, die nicht nur den Atomausstieg, sondern vor allem den unregelmässigen Massenzug von Migranten zu verantworten hat, zuletzt mehrfach mit Orden geehrt. Das ist eine Verhöhnung all der Opfer dieser Politik.

Hunderte Deutsche sind seit Merkels Entscheidung im Herbst 2015, die Grenzen zu öffnen, von sogenannten Schutzsuchenden umgebracht worden. Messerstechereien, Gruppenvergewaltigungen, Angriffe auf Polizisten gehören längst zum deutschen Alltag. In den letzten Tagen kam hinzu, dass tausende Muslime in aller Öffentlichkeit den deutschen Staat, der immerhin ihren Lebensunterhalt finanziert, und dessen Werte- wie Rechtsordnung offen infrage stellen. Und Deutschland, seine Politiker und Beamten, sind vollkommen unfähig, auf diese dramatischen Herausforderungen rechtsstaatlich, aber konsequent zu reagieren. Das darf so nicht bleiben.

Der Gesetzgeber, der Deutsche Bundestag, könnte das ändern. Die Abgeordneten könnten durchaus gesetzliche Regelungen beschließen, die persönliche Fehlentscheidungen verantwortlicher Politiker hart sanktionieren. Aber sie haben es bisher stets abgelehnt, weil viele Entscheidungen so vielschichtig seien, dass eine persönliche Verantwortung nicht festgestellt werden könnte.

Man könnte aber auch sagen: Eine Krähe hackt der andere kein Auge aus ...

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die „Letzte Generation“ will Berlins heikle Sicherheitslage für eigene Zwecke nutzen Seite 5

Kultur

Prinzessin Anna Amalie – Friedrichs des Großen musisch begabte Schwester Seite 10

Das Ostpreußenblatt

In Cranz musste das unfertige Gazprom-Hotel einem Neubau weichen Seite 13

Lebensstil

Trotz zahlreicher schwarzer Schafe in der Branche boomt der Markt für Coaches Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303909 44
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Parteienlandschaft Nach monatelangen Gerüchten verkündete Sahra Wagenknecht die Gründung einer eigenen Partei. Doch wofür steht das nach ihr benannte Bündnis? Und welche Chancen hat das Projekt?

Ein Angebot für Linke, Liberale und Konservative?

Mit ihrem „Bündnis Sahra Wagenknecht“ wird die Linken-Ikone die gewohnte politische Landschaft durcheinanderwirbeln

VON HOLGER FUSS

Wer wissen will, warum die Linkspartei dabei ist, in die außerparlamentarische Bedeutungslosigkeit abzurutschen, braucht sich nur die ARD-Doku „Der Bruch – Sahra Wagenknecht und Die Linke“ anzuschauen. Darin antwortet die abgewählte Berliner Sozialsenatorin Elke Breitenbach auf die Frage, ob nicht die Linke ihre Kernklientel, die Arbeiterschaft, aus dem Blick verloren hat: „Der berühmte kleine Mann ist weiß, ist männlich und ist Industriearbeiter. Das ist sowas von letztem Jahrhundert, dass ich fassungslos bin.“ Neuer Referenzpunkt sei „eine bunte und vielfältige Gesellschaft“, mithin „eine schwule Wohngemeinschaft“. Für diese Vielfalt müsse eine linke Partei entstehen, „weil Selbstbestimmung ein Menschenrecht ist“.

Nun ist das neue Jahrhundert, das angeblich nach so vielen Neuerungen verlangt, kaum ein Quartal alt und schon stellt sich heraus, dass die bunte Vielfalt dieser Republik nicht mal mehr fünf Prozent der Wählerstimmen für jene Partei übrig hat, deren Wurzeln im Gegenmodell von Farbenpracht und Diversität liegen, nämlich in der mausgrauen DDR. Die Linkspartei, vormals PDS, vormals SED, hat es nur mit Mühe in den aktuellen Bundestag geschafft. Und seit Montag vergangener Woche ist ihre Bundestagsfraktion so gut wie Vergangenheit.

Am Morgen dieses denkwürdigen Tages haben Sahra Wagenknecht und neun weitere Fraktionsmitglieder ihren Partei Austritt unterschrieben. Anschließend trat Wagenknecht vor die Bundespressekonferenz und machte das Gründungsmanifest eines Vereins bekannt, aus dem im kommenden Januar ihre neue Partei hervorgehen und die deutsche Parteienlandschaft gehörig durcheinanderwirbeln soll: „Bündnis Sahra Wagenknecht – Für Vernunft und Gerechtigkeit“ (BSW).

Eine bunte Schar „Wagenknechte“

Auf dem Podium saßen neben Wagenknecht, die als einfaches Vorstandsmitglied des Vereins firmiert, die Noch-Fraktionschefin der Bundestagslinken Amira Mohamed Ali als neue Vereinsvorsitzende, der Unternehmer Ralf Suikat als BSW-Schatzmeister, Linken-Abgeordneter

Christian Leye als Vizevorsitzender und Lukas Schön als Geschäftsführer. Diese Führungsriege soll die Vorbereitungen zur Parteigründung organisieren und dazu Spendengelder einsammeln. Ein Parteiapparat und Wahlkämpfe kosten viel Geld, und schon im kommenden Juni will die Wagenknecht-Partei bei der Europawahl antreten, danach eventuell bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg.

Lukas Schön war bis November 2022 Geschäftsführer der NRW-Linken, der Landesverband hat jetzt Strafanzeige gegen ihn gestellt. Er soll schon im Oktober 2022 die kompletten Mitgliederdaten kopiert haben, „in Vorbereitung des Projekts zur Gründung einer konkurrierenden Partei“, wie es in der Strafanzeige heißt. Solche hemdsärmeligen Methoden wären nicht verwunderlich, denn die Gründung einer Partei ist ein gewaltiger Kraftakt. Vier- bis fünfhundert Leute seien für ein solches Projekt nötig, hat Wagenknecht der „Zeit“ anvertraut. Schließlich müssen

alle möglichen Posten auf Länder- wie Bundesebene besetzt werden. Und dann müsse man aufpassen, so Wagenknecht, wer da alles mitmacht. Jede Neugründung müsse sich vor Glücksrittern, Narren und Extremisten schützen.

Dabei ist die Parteigründerin schon schillernd genug. 1969 kam sie in Jena zur Welt als Tochter eines iranischen Vaters und einer deutschen Mutter. In der DDR war sie Punk, als das Regime 1989 in die Knie ging, trat sie in die SED ein und studierte Philosophie. In der SED/PDS der 90er Jahre verteidigte sie die DDR „in einem Maße, wie man sie eigentlich nicht mehr verteidigen konnte und durfte“, erinnert sich Linkenveteran Gregor Gysi im „Spiegel“. Sie war eine „junge Frau, die unbedingt das Alte wiederhaben wollte“.

In der Linken-Bundestagsfraktion hat sie Anhänger um sich geschart, die ihr bisweilen bis zur Unterwürfigkeit ergeben sind. Darunter der Ex-Parteichef Klaus Ernst, Zaklin Nastic, die sich bei Instagram im T-Shirt mit Wagenknecht-Kon-

terfei zeigte, und Sevim Dagdelen, die Wagenknecht mal mit dem Messias verglich. Diether Dehm, Ex-Bundestags-Linker und millionenschwerer Musikproduzent, schwärmt von Wagenknechts „schwarzkühlem Adlerblick“. „Wagenknechte“ heißen ihre Gefolgsleute im Linken-Jargon.

Das Ziel ist die Regierung

Sie alle eint das Gespür, dass die Geschichte einer Linkspartei, deren Wurzeln zurückreichen bis hinter den Todesstreifen der Mauerpartei SED, nach drei Jahrzehnten auserzählt ist und dass unter Merkel und der Ampel die politische Mitte so weit nach links gerückt ist, dass an diesem Ende des Spektrums keine oppositionelle Alternative mehr formulierbar ist.

Um sich aus der Umklammerung durch herkömmliche Etikettierungen zu befreien, wird nun das Rubrum „linkskonservativ“ bemüht. Diese Einordnung hat mit seinem paradoxen Charme bisher eher feuilletonistischen Charakter gehabt. Nun hat es Eingang gefunden in die

Berliner Polit-Topographie. In seiner Spannweite ist „linkskonservativ“ beinahe universal anwendbar. Sozialpolitisch links, wirtschaftspolitisch fast liberal, gesellschaftspolitisch konservativ – darin können sich einzelne Strömungen in jeder Partei irgendwie wiederfinden.

Und genau darauf spekuliert die Wagenknecht-Partei, wenn sie Wähler von ganz links bis ganz rechts, von Linkspartei über SPD, und Grüne bis zu Union und AfD erreichen möchte. Die Umfragen sehen ein „großes Potential für Wagenknecht-Partei“ („FAZ“). Noch zwei Tage vor der Bundespressekonferenz ermittelte das Institut Insa, dass sich 27 Prozent der deutschen Wähler vorstellen können, die Wagenknecht-Partei zu wählen. Am Tag nach der Vereinspräsentation waren es immerhin noch zwölf Prozent. Wagenknechts Partei wäre aus dem Stand fünfthöchste politische Kraft im Lande, nur einen halben Prozentpunkt hinter den Grünen.

Bundespolitisch gilt die Linkspartei schon jetzt als erledigt. Spätestens im Januar wird die Partei im Bundestag ihren Fraktionsstatus verlieren, wenn die „Wagenknechte“ sich aus der Fraktion verabschieden. Das bedeutet den Verlust rechtlicher und finanzieller Privilegien, rund 11,5 Millionen Euro hat die Fraktion 2022 aus dem Bundeshaushalt erhalten.

Die BSW-Abgeordneten würden dann bis zur Bundestagswahl im Herbst 2025 fraktionslos ihre Mandate ausüben und das Parlament als Bekanntmachungsplattform ihrer neuen Partei nutzen, Oppositionsarbeit und Dauerwahlkampf in einem. Doch Sahra Wagenknecht will ihre Partei nicht gründen, um weiter Opposition zu machen. Sie will mitregieren. In der „Emma“ sagte sie: „Ich würde auch gerne eines Tages sagen können: Ich habe politisch dieses und jenes real bewirkt. Bisher war ich ja immer Opposition. Real Macht zu haben und etwas umsetzen zu können, das ist natürlich etwas ganz anderes.“

Einen Pakt mit der AfD will Wagenknecht ausschließen. Zu den übrigen Parteien dürfte sie sich grundsätzlich anschlussfähig wähen. Ob sie in den Ländern und im Bund künftig Regierungschefs der Union, der SPD oder der Grünen in den Sattel hilft, das werden die Lostrommeln in den Wahlurnen entscheiden. In jedem Fall wird das Bündnis Wagenknecht die Parteienlandschaft neu sortieren.



Wollen eine Art „Konservativismus von links“ anbieten: Die bisherige Linken-Ikone Sahra Wagenknecht und die Mitstreiter in dem nach ihr benannten Bündnis

Foto: pa

GRÜNDUNGSMANIFEST

Zwischen Bürgerwut und altlinken Befindlichkeiten

Die ersten Programmentwürfe beschreiben zwar ein verbreitetes Lebensgefühl, lassen jedoch manche Antworten vermissen

Am Parteiprogramm wird noch gearbeitet. Auf seiner Internetseite hat das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ jedoch ein sogenanntes Gründungsmanifest veröffentlicht, das einen ersten Überblick gewährt, was die Partei den Wählern anbieten will.

Zunächst spricht sie die Unzufriedenheit der Wähler an. So heißt es: „Unser Land ist in keiner guten Verfassung. Seit Jahren wird an den Wünschen der Wähler vorbei regiert.“ Und: „Die Regierung wirkt planlos, kurzfristig und in vielen Fragen schlicht inkompetent. Ohne ... politischen Neuanfang stehen unsere Industrie und unser Mittelstand auf dem Spiel.“

Die Zwischenüberschriften des Papers wirken bewusst konsensfähig for-

muliert: „Wirtschaftliche Vernunft“, „Soziale Gerechtigkeit“, „Frieden“ und „Freiheit“. Wer wollte dagegen Einwände erheben? Wagenknecht sagt: „Mehr sozialer Ausgleich, mehr soziale Gerechtigkeit – diese Themen gehören endlich wieder ganz oben auf die politische Agenda.“

Achillesferse Außenpolitik

Außenpolitik bezieht sie sich auf die Entspannungspolitik Willy Brandts in den 1970er Jahren. Konflikte ließen sich nicht militärisch lösen. Es brauche eine „starke politische Kraft, die konsequent für Frieden, Diplomatie und Verhandlungslösungen wirbt.“ Ein Textbaustein, den Sahra Wagenknecht seit Beginn des Ukraine-

kriegs in ungezählten Talkshows intoniert hat. Was sie tun will, wenn eine Konfliktpartei nicht verhandeln will – darüber hat sie sich stets ausgesprochen.

Die Sanktionen gegen Russland lehnt Wagenknecht ab, weil sie sich als stumpfes Schwert erwiesen haben. „Nach anderthalb Jahren ist vielmehr klar, dass sie vor allem Deutschland und Europa schaden.“ Die deutsche Wirtschaft gerät unter Kostendruck durch gestiegene Energiepreise, während die russische Wirtschaft weiter wächst. Damit hat Wagenknecht zweifellos recht. Für den pragmatischen Spagat, der Ukraine militärisch zu helfen und zugleich russisches Gas weiter zu beziehen und es darauf ankommen zu lassen, ob Putin die

Lieferungen einstellt, hatte Wirtschaftsminister Robert Habeck nicht das Nervenkostüm. Er hätte parallel Öl und Gas aus anderen Ländern organisieren können. Ein solcher Pragmatismus ist im BSW-Manifest allerdings auch nicht zu finden.

Umso ideologiefreier gibt sich das Papier beim Thema Klima: „Wir befürworten Vorschläge, die mehr Klimaschutz bringen und gleichzeitig den Wohlstand unseres Landes nicht gefährden.“ Viele Ampel-Maßnahmen lehnt Wagenknecht ab, weil sie „Menschen arm machen“ und dem „Weltklima wenig helfen“.

Dezidiert spricht sich das Manifest gegen „Cancel Culture und Konformitätsdruck“ aus: „Es untergräbt unsere Demo-

kratie, wenn der öffentliche Meinungskorridor sich immer weiter verengt.“ Und: „Öffentlich-rechtliche Medien sollten keine Erziehungsanstalt oder ein bloßes Sprachrohr der herrschenden Politik sein.“ Hier kommt das Bündnis dem Lebensgefühl vieler Bürger zweifellos am nächsten.

Fazit: Wagenknechts Achillesferse ist die Außenpolitik. Will sie mitregieren, wird sie in der NATO bleiben und Waffenlieferungen gutheißen müssen. Denn ohne Kompatibilität zu potentiellen Partnern würde die Gründung keinen Sinn machen. Dann wäre das BSW die nächste Protestgruppierung, die zwar die Bürgerwut mit dem Schaumlöffel abschöpft, aber machtgeltalterisch vollinvalide bleibt. HF

Ordnung vor Leidenschaft

Der politische Alltag unserer Gesellschaft ist stark von emotionalen Bewegungen und deren Handeln geprägt. Dies verdrängt, dass der freiheitliche Staat allein auf das Recht und eine anerkannte wie funktionsfähige Rechtsordnung aufgebaut ist

VON EBERHARD STRAUB

Unter Deutschen gibt es den Begriff Vernunftrepublikaner. Er wurde auf die Beamten und Bildungsbürger angewandt, die sich aus rein sachlichen Erwägungen seit November 1918 unter dem Eindruck der Niederlage und der Ungewissheiten über die Zukunft dazu entschlossen hatten, der überstürzt verkündeten Republik ihre Dienste nicht zu verweigern.

Auf die Loyalität der Eliten, ihre Erfahrung und ihr Berufsethos war die Republik dringend angewiesen. Sie mussten keine Demokraten sein. Auch Sozialdemokraten wie der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert oder Philipp Scheidemann, ein paar Monate lang 1919 Reichsministerpräsident, entschieden sich erst im letzten Moment für die Republik, um das Deutsche Reich vor Unordnung zu bewahren, die mit dem Zusammenbruch eines politischen Systems unvermeidlich verbunden ist. Beide waren – wie viele andere Politiker – keine revolutionären Demokraten etwa in der Tradition der französischen Jakobiner von 1793/94 oder in Nachahmung der russischen Revolutionäre vom Februar 1917. Sie waren im Wortsinne *Staatsmänner*, sie dachten an Recht und Ordnung, an eine Staatsform, an die Republik, die beides schützt.

Staatsräson contra Leidenschaften

Republiken müssen nicht demokratisch sein, wie die Römische Republik in der Antike, die italienischen oder Schweizer Stadtrepubliken, aber auch die deutschen Reichs- und Hansestädte veranschaulichten. Geordnete Freiheit lässt sich auf die verschiedenste Weise verwirklichen, worüber die europäische Geschichte als eine Geschichte der Freiheit unterrichtet. Demokratie und Republik bedürfen einander nicht, sie können sich aber ergänzen. Die Republik hat es immer, sofern sie sich nicht von ihren Grundlagen entfernt, mit Spielregeln, Institutionen, Recht und der Bereitschaft zu tun, im Mitbürger einen gleichberechtigten Bürger zu achten, selbst wenn er auf Wegen wandelt, die andere für unbequem oder gefährlich halten. Deshalb ist die Republik auf *Vernunft* sowie deren Gefährten *Besonnenheit* und *Geduld* angewiesen, die überall zugegen sein sollten, wo es um gesittete Lebensformen geht, die Voraussetzung jeder Gemeinschaft, die wegen einer verpflichtenden Vorstellung vom öffentlichen Wohl beisammenbleiben will. Vernunftrepublikaner finden sich damit ab, es in einer unvollkommenen Welt aushalten zu müssen mit Zeitgenossen, die alle der Nachsicht bedürfen, um das Leben als Zusammenleben halbwegs erträglich machen zu können.

Unbedingte, also wahrhaftige und wehrhafte Demokraten sind dagegen oft von Leidenschaften bewegt, von Glückserwartungen und Wünschbarkeiten, die für sie mit richtigen Spannungen zusammenhängen und ihrer Spontaneität und moralischer Aufrichtigkeit. Diese beiden Eigenschaften wecken unweigerlich ein Misstrauen in Institutionen und geregelte Verfahren, die herzlos enthusiastische Aufwallungen an rechtliche Grenzen erinnern, um Normen und Normalität davor zu bewahren, erschüttert und allmählich unverbundlich zu werden. Es gibt daher eine Spannung zwischen enthusiastischen Demokraten und der Republik. Die Republik als Staatsform mit ihrer besonderen Staatsräson war deshalb meist als Einrichtung gedacht, um leicht zu erregende Demokraten, stets neuer Dinge begierig, wie die alten Römer tadelten, unzuverlässig, wie sie sind, vor sich selbst zu schützen.

Die römische Republik mit ihrer Mischung aus monarchischen, aristokratischen und demokratischen Elementen bewahrte lange Zeit das römische Volk vor Unordnung und Tumult. Die Väter der amerikanischen



Ordnung vor Gesinnung: Schon den antiken Demokraten war bewusst, dass die Funktionsfähigkeit des Staates über dem Streit der verschiedenen politischen Lager steht. Im Bild ein Auszug aus dem Fresko „Die Schule von Athen“ von Raffael

Verfassung mit ihren umständlichen Mechanismen und der Autorität des Präsidenten als eines fast absoluten Monarchen auf Zeit verfolgten ähnliche, „klassische“ Absichten. Heute verstehen sich die USA jedoch als Missionare der Demokratie, um möglichst die ganze Welt zu demokratisieren und die Menschen endlich zum wahren Menschen zu erziehen, also zum begeisterten Demokraten, der zum Ausdruck des „WIR“ wird, der von allen Übeln erlöst Menschheit, die in der planetarischen Welt Demokratie an das Ziel ihrer Geschichte gelangt ist. Dazu gibt es keine Alternative, und wo keine Alternativen mehr möglich sind, hört die Geschichte, das Werden aus dem Gewordenen, auf.

„Menschen“ statt „Bürger“

Von der Republik ist heute kaum noch die Rede. Obwohl der deutsche Staat immer noch Bundesrepublik heißt, an die französische oder österreichische Republik grenzt, werden ununterbrochen die Demokratie und die notwendige Gemeinsamkeit der Demokraten und deren demokratische Wertegemeinschaft beschworen. Ganz bewusst, denn die Republik erinnert an den Staat, an das Staatsvolk, an das Staatsgebiet mit seinen Staatsbürgern und an den Rechtsstaat, an Besonderheiten, die sich von anderen Staaten unterscheiden.

Demokraten kennen keine *Bürger* mehr, sondern nur noch *Menschen* überall und hier in diesem Lande. Freier Bürger in einem Staat zu sein, der als Rechtsstaat deren Freiheiten, auch die Freiheit vor staatlicher Willkür, garantierte, erfüllte einmal Republikaner mit Stolz und Zufriedenheit. Mittlerweile gelten Staat und Staatsbürger als Überreste partikularen Eigensinns, die überwunden werden müssen. Alle Menschen sind gleich und emp-

fangen unter den Bedingungen gleicher Lebensverhältnisse, die auch ein gleiches Denken voraussetzen, die gleiche Chance, ihrer Bestimmung gerecht werden zu können: in der alle vereinigenden Mitmenschlichkeit als Mitmensch mitzuschwingen.

Doch die allgemeine Menschheitsdemokratie gibt es nicht. In der Hoffnung auf sie, in der sich beschleunigenden, „Menschwerdung“ unverwechselbarer Demokraten, regen sich Erwartungen, die einst von konsequenten Demokraten – den Jakobinern während der Französischen Revolution 1793/94 – entworfen und durchgesetzt werden sollten. Die neue Welt in der immer neuen Demokratie ist auf Menschen angewiesen, die alle von der gleichen Gesinnung erfüllt sind, die als höchst reizbares demokratisches Bewusstsein noch nicht bei allen ausgeprägt vorhanden ist. Diese tugendhafte Gesinnung ist die Substanz und zugleich die höchste Kontrollinstanz, sie muss über erzieherische Maßnahmen jedem mitgeteilt werden, um ihn von eigennützigen Absichten und Vorurteilen zu befreien und in den Stand der Gnade zu versetzen, in dem er davor gefeit ist, von „Verschwörern“, „Lügner“, „Verfassungsfeinden“, „Antidemokraten“ und „Heuchlern“ – von Kräften also, die alle danach trachten, „unsere“ Demokratie zu destabilisieren – verführt zu werden.

Kultur der Gesinnung und des Verdachts

Diese demokratisch-tugendhafte Gesinnung folgt einem ganz einfachen Prinzip. Sie unterscheidet nur solche, die in der Gesinnung stehen, und solche, die sie nicht teilen. Die Gesinnung aber kann nur von der Gesinnung erkannt und beurteilt werden. „Es herrscht somit der Verdacht: die Tugend aber, sobald sie verdächtig wird, ist schon verurteilt.“ So

resümierte der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel die während der Französischen Revolution zutage getretene Spannung zwischen der konstitutionellen Republik mit ihrer praktischen Vernunft und einer revolutionären demokratischen Tugend. Sie will über allen Institutionen und Regeln stehen und den ganzen Menschen demokratisierend erfassen, damit er lernt, immer wachsam zu bleiben, nichts zu überhören oder zu übersehen, um sofort Behörden zu veranlassen, unverzüglich einzugreifen und Schädlinge daran zu hindern, weiterhin ihr Unwesen zu treiben, mit ihren Parteien Verwirrung zu stiften und Zweifel an der Regierung des Wohlfahrtsausschusses auszustreuen.

Diese Tugend als vollständig politisierte Moral kennt keine Schranken. Es gibt keine Trennung von *privat* und *politisch*. Die moralisierte politische Tugend ist angewiesen auf Öffentlichkeitsarbeiter, die unnachgiebig auf alle Entwicklungen achten, die öffentliche, demokratische Sauberkeit scharf im Blick, um die Menschen hier in diesem Lande vor Schmutz und unlauteren Gedanken zu bewahren. Der entschlossene Wächter und Orientierungshelfer kennt nur Freund und Feind. Die gelebte Demokratie der Gesinnungstüchtigen braucht solche guten Geister, die sich unermüdet damit beschäftigen, Verrat und undemokratisches Verhalten aufzuspüren, um als zivilgesellschaftliche Sinnstifter allen möglichen Anfängen unverzüglich zu wehren. Sie allein wissen, welche Werte der Demokratie als abstrakter Denkfigur zu ihrem konkreten Leben verhelfen, sodass sie zu „unserer Demokratie“ wird, in der „wir“ fähig sind, die Geister zu unterscheiden und die Ungeister als Feinde aus der Wertegemeinschaft der Gesinnungstüchtigen zu entfernen.

Mahnung vor falscher Sakralisierung

Für die richtende und strafende Tugend mit ihren Werten ist jeder Einsatz erlaubt. Regeln und Gesetze, der Zeit verhaftete Übereinkünfte, dürfen nicht den der Zeit entrückten, ewigen Werten bei ihrer Entfaltung im Wege stehen. Zivilgesellschaftliche Gruppen können deshalb nicht nachlassen, die Regierung zu mahnen, unter keinen Umständen von ihrer gebotenen Strenge zu weichen absehen zu wollen und nicht jederzeit voll ihre Vollmachten auszuschöpfen, mit Verordnung für die erwünschte Ordnung zu sorgen.

Die Schreckensherrschaft totalitärer Demokraten ist Geschichte. Doch sie kann uns heute als Warnung dienen bei dem Tugendeifer wehrhafter Demokraten, „unsere“ Demokratie zur Werte- und Erlösungsgemeinschaft zu sakralisieren. Der republikanische Rechtsstaat und seine Institutionen brauchen Staatsbürger und nicht sogenannte Menschen und Demokraten als deren prophetische Heilkundige. Die freiheitliche Grundordnung und Rechtsordnung werden nicht durch von wertefühlenden demokratischen Feinschmeckern bewirkten Gemütsaufwallungen und am allerwenigsten durch die Lärmtrompeten medialer Chefdramaturgen gesichert, sondern allein durch das Recht.

Diese Voraussetzung einer demokratisch organisierten Rechtsordnung gerät allmählich überall in Vergessenheit, nicht zuletzt zum Schaden der Demokratie. Diese braucht Vernunftrepublikaner, die Demokraten davor bewahren, ihre „Tugend“, ihre Werte höher zu schätzen als den Rechtsstaat. Demokraten können die Republik verraten, was seit 1793 schon mehrfach vorgekommen ist.

● **Dr. Eberhard Straub** ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören „Zur Tyrannei der Werte“ (2010), „Wagner und Verdi. Zwei Europäer im 19. Jahrhundert“ (2012) sowie „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (2014, jeweils bei Klett-Cotta).

www.eberhard-straub.de

● MELDUNGEN

Befragung
abgebrochen

Erfurt – Die Befragung von Hans-Georg Maaßen im Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags zu politisch motivierter Gewaltkriminalität ist nach einer Eingangserklärung des früheren Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) abgebrochen worden. Maaßen hatte im Untersuchungsausschuss Thüringens Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und dessen Partei Die Linke als „links-extrem“ bezeichnet. Laut Aussagen von Maaßen habe der Linksextremismus in seiner Zeit als dessen Präsident dem BfV große Sorge bereitet. Maaßen kritisierte auch, dass in Thüringen die Leitung der Landesbehörde für Verfassungsschutz mit Stephan Kramer an eine Persönlichkeit übertragen wurde, die nicht über die notwendigen fachlichen Voraussetzungen verfügt. In Thüringen ist gesetzlich geregelt, dass der Leiter der Verfassungsschutzbehörde über eine Befähigung zum Richteramt verfügen soll. Kramer ist jedoch kein Volljurist, sondern Sozialpädagoge. *H.M.*

Sexualdelikte
nehmen zu

Berlin – Zwischen dem 1. Januar und 21. September des laufenden Jahres hat die Berliner Polizei 5712 Sexualstraftaten registriert. In den meisten Fällen handelte es sich um Vergewaltigungen. Dies gab die Berliner Senatorin für Inneres und Sport, Iris Spranger (SPD), im Zuge ihrer Beantwortung von zwei Anfragen von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses bekannt. 2017 zählte man noch durchschnittlich zwölf Sexualdelikte pro Tag. Innerhalb der letzten sieben Jahre fand also fast eine Verdopplung statt. Die aus dem Iran stammende Grünen-Abgeordnete und Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses Bahar Haghaniपुर bezeichnete die Zunahme der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung als Bildungsproblem und forderte daher mehr Aufklärungsarbeit. Einen Zusammenhang mit der aktuellen Migrationspolitik stellte sie hingegen nicht her. *W.K.*

Geheimdienste
ohne Fachleute

Berlin – Den drei Geheimdiensten der Bundesrepublik fällt es zunehmend schwerer, neue IT-Mitarbeiter zu gewinnen. Darüber klagten die Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) während einer öffentlichen Anhörung durch das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestages. So sagte BND-Chef Bruno Kahl: „Wenn man heute ein Handy nicht mehr mit zum Arbeitsplatz nehmen kann oder wenn man nicht von zu Hause aus arbeiten kann, wenigstens zwei, drei Tage die Woche, dann ist man als Arbeitgeber deutlich unattraktiver.“ Deshalb wirbt das BfV nach Angaben seines Präsidenten Thomas Haldenwang „sehr stark mit der Sinnhaftigkeit“ der Aufgaben der Behörde. Außerdem versuche der Inlandsgeheimdienst einen IT-Spezialisten damit zu ködern, dass er im BfV „Dinge tun kann, die er bei privaten Firmen so nicht tun könnte“. *W.K.*



Werden inzwischen auch von den etablierten Parteien als Problem benannt: Illegale Einwanderer

Foto: action press

EINWANDERUNGSBEGRENZUNG

Wettstreit der Scheinlösungen

Warum die aktuellen Vorschläge nichts bringen werden

VON HAGEN RITTER

Angesichts steigender Zahlen illegaler Zuwanderer überbieten sich Politiker derzeit mit Vorschlägen zur Einwanderungspolitik. Am Ende könnte dies zu einem ähnlichen Ergebnis führen wie die Asylrechtsänderung Anfang der 90er Jahre. Vereinbart und mit Zustimmung der SPD sogar ins Grundgesetz geschrieben hatten die Unionsparteien und die FDP seinerzeit, dass sich Ausländer nicht auf das Grundrecht auf Asyl berufen können, wenn sie ihr Weg nach Deutschland durch sogenannte sichere Drittstaaten geführt hat. Die zum 1. Juli 1993 in Kraft getretene neue Regelung führte zwar vorübergehend zu einer sinkenden Zahl von Asylanträgen, die Migrationswelle von 2015 und die aktuell hohe Zahl illegaler Einreisen zeigen jedoch, dass dieser Asylkompromiss keine nachhaltige Änderung gebracht hat.

Der Wegfall von Grenzkontrollen im Schengen-Raum, die Nichtanwendung der Dublin-II-Vereinbarung zur Bearbeitung von Asylverfahren im jeweiligen Ersteinreiseland und Urteile des Europä-

„Wenn wir nicht wollen, dass der Rechtspopulismus dieses Thema ausbeutet, dann sind alle demokratischen Parteien verpflichtet, bei der Suche nach Lösungen zu helfen“

Robert Habeck
Vizekanzler

schen Gerichtshofes haben dazu geführt, dass die vor dreißig Jahren vereinbarte Sichere-Drittstaaten-Regelung heutzutage praktisch kaum noch eine Rolle spielt.

In Jahr 2023 haben bereits mehr als 200.000 Personen einen Asylantrag in

Deutschland gestellt. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum war dies ein Anstieg von 77 Prozent. Das Plus zum Jahresende könnte noch deutlich höher ausfallen. Die Bundespolizei registrierte im September nämlich einen sprunghaften Anstieg bei den illegalen Einreisen. Laut Daten der Bundespolizei wurden im September 21.366 solcher Einreisen festgestellt. Gegenüber dem August 2023 ist dies ein Plus von rund fünfzig Prozent.

Sachmittel statt Bargeld

Parallel wächst bei der Mehrheit der Deutschen die Skepsis gegenüber weiterer Zuwanderung. Beim ARD-Deutschlandtrend gaben im September mit 64 Prozent fast zwei Drittel der Befragten an, Deutschland solle weniger Flüchtlinge aufnehmen. Zur Erinnerung: Im Februar 1992, wenige Monate vor dem damaligen Asylkompromiss, hatten sich bei einer Emnid-Umfrage 74 Prozent der Befragten für eine Grundgesetzänderung ausgesprochen, die zu einer Reduzierung der Zahl von Asylanträgen führt.

Bemerkenswert ist auch eine weitere Parallele: Die breite Unzufriedenheit der

Wähler mit der Migrationspolitik ließ sich seinerzeit auch an den Erfolgen der Partei „Die Republikaner“ ablesen. Diesen war 1989 der Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus gelungen, 1992 zogen sie mit fast elf Prozent auch in den baden-württembergischen Landtag ein.

Verbot von Auslandsüberweisungen

Aktuelle Äußerungen aus dem Lager der Ampelkoalition, aber auch von Unionspolitikern, sprechen dafür, dass auch bei der aktuellen Diskussion um eine Begrenzung der Zuwanderung die Angst vor neuer politischer Konkurrenz eine wichtige Rolle spielt. Vizekanzler Robert Habeck erklärte unlängst etwa: „Wenn wir nicht wollen, dass der Rechtspopulismus dieses Thema ausbeutet, dann sind alle demokratischen Parteien verpflichtet, bei der Suche nach Lösungen zu helfen.“

An Vorschlägen, die eine Lösung zumindest suggerieren, herrscht mittlerweile kein Mangel mehr. Bei einer Ministerpräsidentenkonferenz, die im Oktober in Hessen tagte, forderten SPD-geführte Bundesländer die Einführung von mehr Sachleistungen und eine Arbeitspflicht für „Geflüchtete“. Nach eigenem Bekunden geht es den SPD-Ländern bei der Arbeitspflicht um eine schnellere Integration von Asylbewerbern in die Gesellschaft. Tatsächlich bietet aber das Asylbewerberleistungsgesetz schon jetzt die Möglichkeit, Asylbewerbern eine „Arbeitsgelegenheit“ zuzuweisen. Auch haben die Bundesländer schon jetzt rechtlich die Möglichkeit, Asylbewerber vorrangig mit Sachleistungen zu versorgen. Eingeschränkt wird dies durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, der zufolge ein Teil der Leistungen in Bargeld ausgezahlt werden muss.

Beschleunigung von Abschiebungen

Bundesfinanzminister Christian Lindner lässt laut Medienberichten gerade prüfen, ob Asylbewerbern Geldüberweisungen in ihre Heimatländer untersagt werden können. Auch diese Idee könnte am Ende ein Fall für das Bundesverfassungsgericht werden.

Schon vor dem Start als weitgehend bedeutungslos eingeschätzt werden muss das Maßnahmenpaket von Innenministerin Nancy Faeser zur Beschleunigung von Abschiebungen. Selbst die Bundesregierung verspricht sich von den Neuregelungen nur 600 zusätzliche Abschiebungen. Skeptiker gehen sogar davon aus, dass sich durch juristische Klagen gegen Faesers Maßnahmenpaket die Abschiebungsverfahren schießlich noch länger hinziehen als bisher.

Zudem bleibt das Grundproblem, dass schon den Asylkompromiss von 1993 langfristig wirkungslos gemacht hat: Am Ende haben es die EU und auch ganz stark der Europäische Gerichtshof in Luxemburg in der Hand, nationale Lösungsversuche zur Migrationssteuerung wieder auszuhebeln.

MITTELMEERROUTE

Weiterhin Steuermittel für „Seenotretter“?

Widersprüchliche Signale aus den Parteien der Ampelkoalition – Es geht um Millionenbeträge

Als offenbar wurde, dass die Unterstützung der illegalen Einwanderung von Migranten aus Afrika über das Mittelmeer nach Europa durch Nichtregierungsorganisationen (NGO) vom Bund mit Steuermitteln gefördert wird, schob Bundeskanzler Olaf Scholz den Schwarzen Peter dem Parlament zu. Die Gelder seien vom Bundestag und nicht von der Bundesregierung bewilligt worden, sagte er. Er habe den Antrag für die Finanzierung nicht gestellt und die von ihm vertretene Regierung ebenfalls nicht.

Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit, hat sich die Regierung bisher doch

immer zu den Zuwendungen bekannt. Jährlich fließen rund ein bis zwei Millionen Euro aus Bundesmitteln an NGO, die sich zunehmend dem Ruf ausgesetzt sehen, als Schlepper zu fungieren.

Vor einigen Wochen vermeldete nun die „Bild“-Zeitung, es seien keine neuen Mittel in den entsprechenden Etatentwürfen vorgesehen. Und dabei handele es sich nicht um ein Versehen.

Das sah das von den Grünen geführte Auswärtige Amt ganz anders. „Das Auswärtige Amt setzt den Auftrag des Bundestags zur Förderung ziviler Seenotrettung mit Projekten an Land und auf See

um“, teilte ein Sprecher des Amtes umgehend mit. Die fehlenden Beträge in dem Zahlenwerk seien ein „technisches Versehen“ gewesen.

Ein etwas anderes Bild vermittelt hingegen die Deutsche Presse-Agentur. Ihr zufolge will der Bundesfinanzminister und FDP-Vorsitzende Christian Lindner keine entsprechenden Mittel bewilligen. Wenn dies politisch erwünscht sei, müsste dies der Bundestag beschließen. Das klang vor zwei Jahren noch ganz anders, als die Ampelkoalition ins Amt kam. Damals war die „Seenotrettung“ noch ein derart wichtiges Thema, das sie sogar im

Koalitionsausschuss festgehalten wurde. Doch mittlerweile hat sich die politische Stimmungslage geändert und damit offenbar die Bereitschaft, Geschenke zu verteilen

Vor allem die CDU scheint das Thema als potentiellen Wahlkampfschlager ausgemacht zu haben. „Ich kann nur davor warnen, dass der Staat sich daran beteiligt, das illegale Schleppergeschäft unter dem Deckmantel der Seenotrettung finanziell zu unterstützen“, sagte der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, Chris Schulenburg. *Peter Entinger*

INNERE SICHERHEIT

„Letzte Generation“ nutzt das Chaos aus

Polizei durch antijüdische Unruhen überlastet – Doch Klimaextremisten wollen nun erst recht zuschlagen

VON HERMANN MÜLLER

Nach dem Hamas-Überfall auf Israel bringen zahlreiche Demonstrationen in der Hauptstadt und der notwendigen zusätzliche Schutz für jüdische Einrichtungen die Berliner Polizei an die Grenze dessen, was sie noch leisten kann. In dieser Situation hat Volker Beck, der Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, an die Klimaaktivisten der „Letzten Generation“ appelliert, ihre Protestaktionen einzustellen: „Aktionen, die viele Polizeikräfte binden, sind jetzt unverantwortlich und gefährden somit mittelbar auch die Sicherheit von Jüdinnen und Juden. Lasst das!“, so Beck auf dem Kurznachrichtendienst X (ehemals Twitter).

Der Grünen-Politiker schrieb zur Begründung, die Polizei schaffe es aufgrund der Personalsituation nicht mehr, Pro-Hamas-Demonstrationen zu unterbinden oder dabei Gewalt einzudämmen und gleichzeitig Synagogen und alle anderen jüdischen Einrichtungen ausreichend zu schützen: „Mich besorgt, dass der Objektschutz in manchen Fällen noch weiter reduziert werden könnte.“

Schon zuvor hatten Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) und Innensenatorin Iris Spranger (SPD) beklagt, dass sich Berlins Polizisten im Dauereinsatz befänden, auch weil Anhänger der „Letzten Generation“ weiterhin Straftaten wie Nötigungen und Sachbeschädigungen begingen. Die große Masse solcher Delikte stellt nicht nur für Berlins Polizei, sondern auch für die Justiz schon seit Monaten eine extreme Belastung dar. Laut dem Deutschen Richterbund ist Berlin bundesweit die Großstadt mit der höchsten Zahl von Strafverfahren gegen Klimademonstranten.

Appelle prallen ab

Recherchen der „Deutschen Richterzeitung“ haben ergeben, dass bis Ende September die Staatsanwaltschaft Berlin rund 2500 Verfahren gegen Mitglieder der „Letzten Generation“ eingeleitet hatte. Hinzu kamen nochmals mehr als 400 Verfahren gegen Mitglieder der Gruppe „Extinction Rebellion“. Schon im April war durch einen Bericht der „Welt“ publik geworden, dass laut internen Polizeiberichten im Zusammenhang mit den Straßenblockaden der Klimaaktivisten



Zusätzliche Belastung für die Polizei: Besetzung der Straße des 17. Juni am 28. Oktober

Foto: imago/A. Friedrichs

302.000 Einsatzstunden angefallen waren. Seit dem Beginn der Blockaden Anfang 2022 war die Berliner Polizei allein durch Aktionen der Klimaaktivisten damit umgerechnet knapp 12.583 Tage im Einsatz gewesen. Bislang haben weder Gebührenbescheide noch die Androhung von Zwangsgeldern zur Einstellung der Straßenblockaden durch die Klimaextremisten geführt.

Auch der jüngste Appell an das Verantwortungsbewusstsein der Aktivisten durch den Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Gesellschaft hat bislang keinen Erfolg gehabt. Vielmehr scheint es so, als wenn die Anhänger der „Letzten Generation“ die prekäre Sicherheitslage in der Hauptstadt sogar noch ausnutzen wollen. Wie unter anderem der Berliner „Tagespiegel“ berichtet, plant die Gruppe nicht nur, ihre Straßenblockaden wieder auszuweiten. Als Teil eines Strategiewechsels will die Führungsriege der „Letzten Gene-

ration“ neben den bisherigen Blockaden durch kleine Gruppen nun offenbar auch Massenblockaden an zentralen Orten organisieren.

Kein Verständnis im Volk

Demnach wollen die Klimaextremisten ab dem 28. Oktober immer sonnenabends eine „massenhafte Straßenbesetzung“ auf der Straße des 17. Juni zwischen Brandenburger Tor und Großem Stern organisieren. Auf X kündigten die Aktivisten im Zusammenhang mit den geplanten Massenblockaden an: „Wir machen weiter, bis die Regierung diese Krise ernst nimmt & entsprechend handelt.“

Nach Einschätzung von Beobachtern orientiert sich die Führungsriege der „Letzten Generation“ mit ihren geplanten Massenblockaden am Vorgehen der Gruppe „Extinction Rebellion“ in den Niederlanden. Mitglieder dieser Gruppe hatten im September immer wieder die

Stadtautobahn in Den Haag blockiert. Obwohl die Polizei konsequent gegen die Blockade der Straße vorgegangen war, erhielten die Aktionen immer mehr Zulauf von Unterstützern. Das niederländische Parlament hat inzwischen eine der Kernforderungen der Blockierer, den Abbau von Steuervergünstigungen auf fossile Energieträger, mit einem Beschluss sogar aufgegriffen.

In Deutschland waren die Aktionen der „Letzten Generation“ dagegen zuletzt weit hinter den Erwartungen der Gruppe zurückgeblieben. Hierzulande konnten die Klimaradikalen mit ihren Straßenblockaden in jüngerer Zeit weniger Anhänger mobilisieren, als sie erhofft hatten. Aktionen, bei denen Kunstwerke beschädigt oder Denkmäler wie das Brandenburger Tor großflächig mit oranger Farbe eingeschmiert wurden, sind in der breiten Masse der Bevölkerung auf keinerlei Verständnis gestoßen.

KULTUR

Pergamonmuseum bleibt für viele Jahre geschlossen

Das weltbekannte Gebäude auf der Berliner Museumsinsel wird bis 2037 von Grund auf saniert

Rund 5000 Besucher haben am 22. Oktober die Chance genutzt, auf der Berliner Museumsinsel noch einmal einen Blick auf Attraktionen wie die Prozessionsstraße von Babylon zu werfen. Bei einem der beliebtesten Museen Deutschlands, dem Berliner Pergamonmuseum, stehen jahrelange Sanierungsarbeiten bevor. Der Museumsbau, errichtet zwischen 1910 und 1930, leidet an einer starken Durchfeuchtung an Fassaden und Dächern. Probleme bereiten gleichermaßen das Fundament wie die Tageslichtdecke.

Nach aktuellem Planungsstand der Stiftung Preussischer Kulturbesitz wird das dann grundsanierte Pergamonmuseum erst im Jahr 2037 wieder komplett für Besucher zugänglich sein. Je nach Baufortschritt werden einzelne Bauabschnit-

te aber schon früher wieder freigegeben. Den Anfang macht der bereits seit 2013 geschlossene Bauabschnitt A mit dem Pergamonaltar, der ab 2027 wieder für Besucher zugänglich sein soll. Sehr viel länger werden sich Museumsbesucher beim Südflügel gedulden müssen. Selbst wenn alles planmäßig verläuft, wird dieser Museumsteil für die kommenden 14 Jahre geschlossen bleiben.

Die Gesamtkosten der Bauarbeiten schätzen die Projektverantwortlichen derzeit auf bis zu 1,5 Milliarden Euro. Einen wesentlichen Kostentreiber stellt die notwendige Stabilisierung des Fundaments unter dem Südflügel des Museums dar. Errichtet wurde das Pergamonmuseum auf einem Baugrund, den der Architekturkritiker Nikolaus Bernau als einen

der schwierigsten „im eh schon schwierigen Baugrund von Berlin“ bezeichnet hat. Fundament für den Südteil ist eine in den 1920er Jahren errichtete Betonbrücke, die eine eiszeitliche Schlammgrube überspannt. Diese Betonbrücke hat Risse bekommen und muss zunächst aufwendig stabilisiert werden, bevor mit der Renovierung des darüber liegenden Museumsteils begonnen werden kann. Vorgesehen haben die Planer zudem eine neue unterirdische Verbindung sämtlicher Museen auf der Museumsinsel.

Dieses Vorhaben macht die ohnehin schwierigen Bauarbeiten noch komplizierter. Die Stiftung Preussischer Kulturbesitz lässt im Rahmen des Pergamon-Projekts zudem einen Ergänzungsbau zwischen den beiden Museumsflügeln er-

richten. Der Architekt des Eingangsbauwerks, der 2007 verstorbene Oswald Mathias Ungers, bezeichnete seinen Entwurf als „Tempelchen“. Kritiker befürchten allerdings, dass der Eingangsbereich des Pergamonmuseums künftig keineswegs wie ein „Tempelchen“ wirken wird. Gunnar Schupelius sprach in der „B.Z.“ stattdessen von einem „Betongerippe“, das eines der berühmtesten Gebäude Deutschlands entstellen werde. Auch Architekturkritiker Bernau fordert anlässlich des Starts der umfangreichen Bauarbeiten eine gründliche Aktualisierung der Planungen für den Ergänzungsbau. Bernau ist der Ansicht, dass der Entwurf Ungers aus dem Jahr 1999 zur Wiedereröffnung des Museums vollkommen veraltet sein wird. H.M.

KOLUMNE

Leeres Gerede

VON THEO MAASS

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, erklärte im Berliner Abgeordnetenhaus: „Wer Terror rechtfertigt, verharmlost, relativiert oder gar verherrlicht, der gehört nicht zu unserem Berlin.“ Das hört sich gut an. Aber was sind diese Worte tatsächlich wert? Nicht alle Moslems sind Israel-Hasser, aber die meisten Israel-Hasser sind Moslems.

Unlängst griffen zwei Schüler des Ernst-Abbe-Gymnasiums einen Lehrer an, der sie aufforderte, eine Palästinenserfahne zu entfernen, die einer von ihnen zur Schau gestellt hatte. In dem Handgemenge erhielt einer der Schüler von dem Lehrer eine Ohrfeige. Die Elternvertreterin M. El-Houschi behauptet nun: „Der Schüler befand sich in Notwehr.“ Durchaus kein Einzelfall. El-Houschi beklagt: „Der Lehrer hat vor zwei Wochen eine Schülerin weinend aus der Klasse rausgeworfen, die eine Halskette mit der Palästina-Flagge trug.“ Gegen den mutigen Lehrer läuft nun ein Disziplinarverfahren.

Eine verkehrte Welt. Warum duldet Wegner das? El-Houschi und ihresgleichen, die beiden propalästinensischen Schüler und ihre Gesinnungsgenossen sind weiter auf dem Ernst-Abbe-Gymnasium. Warum werden sie nicht abgeschoben? Die Behauptung einer „gelungenen Integration“ ist hier mehr als lächerlich. Berlin und Wegner müssen sich entscheiden: reale Solidarität mit Israel oder weiter das, was der CSU-Bundestagsabgeordnete Alexander Dobrindt zu Recht als „importierten Antisemitismus und Hass auf Israel“ bezeichnet hat. In Berlin demonstrieren die Israel-Hasser weiter ungeniert. Warum nimmt die Polizei nicht die Namen aller daran beteiligten Personen auf? Warum fliegen diese „kulturellen Bereicherungen“ nicht achtkantig aus Deutschland raus? Solange in dieser Richtung in Berlin nichts passiert, kann sich Wegner seine Worte sparen. Ein Antrag auf Verbot von der Hamas nahestehenden Gruppen wie der Samidoun lehnte das Abgeordnetenhaus ab. Warum? Weil der Antrag von der AfD kam.

MELDUNG

Hälfte ohne Bleiberecht

Potsdam – Im Land Brandenburg beziehen knapp 40.000 Personen Leistungen auf der Grundlage des Asylwerberleistungsgesetzes. Wie aus einer Antwort des Brandenburgischen Sozialministeriums auf eine Anfrage der Landtagsabgeordneten Daniela Oeynhaus (AfD) hervorgeht, besitzt etwa die Hälfte dieser Leistungsempfänger kein Aufenthaltsrecht als Asylbewerber. Laut Landesregierung wurde etwa 10.300 Männern und Frauen der Aufenthalt gestattet. Bei ungefähr 7100 Ausländern wurde der Asylantrag abgelehnt, ihre Abschiebung jedoch vorerst ausgesetzt. Zusätzlich wurde etwa 2600 Personen aus humanitären Gründen ein begrenzter Aufenthalt gestattet. Als Reaktion auf diese Zahlen forderte Oeynhaus von der Landesregierung, sich um die zügige Abschiebung der ausländischen Staatsbürger ohne Aufenthaltsrecht zu kümmern. H.M.

● MELDUNGEN

Unklarheit über Entlassung

Peking – Li Shangfu, Verteidigungsminister und Mitglied der Zentralen Militärkommission der Volksrepublik China, ist am 24. Oktober auf Antrag der Dienstaufsichts- und Justizkommission des Nationalen Volkskongresses in Peking seiner beiden Ämter entbunden worden. Li war erst am 12. März dieses Jahres vom Kommandanten des bemannten Raumfahrtprogramms und Leiter der Abteilung für Waffenentwicklung innerhalb der Zentralen Militärkommission zum Minister avanciert, dann aber Ende August aus der Öffentlichkeit verschwunden. Über die Gründe für seine Entlassung herrscht Unklarheit. Da er als Hardliner galt, sich wiederholt zu einer Invasion auf Taiwan und mit scharfen Worten gegen die Vereinigten Staaten äußerte, könnte Li in den Augen mancher eine zu große außenpolitische Belastung geworden sein. Andere Beobachter gehen davon aus, dass er über Korruptionsvorwürfe gestolpert ist.

W.K.

Korea: Terror à la Hamas?

Seoul – Die ebenso mörderische wie unerwartete Attacke der palästinensischen Terrormiliz Hamas auf Israel hat in Südkorea für erhebliche Nervosität gesorgt. Wie die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap News meldete, erklärte der Chef des Generalstabs in Seoul, Generalleutnant Kang Shin-chul, vor dem Verteidigungsausschuss der Nationalversammlung, Nordkorea prüfe derzeit vermutlich „die Möglichkeit eines Überraschungsangriffs, bei dem die gleiche Taktik wie bei den Angriffen der Hamas auf Israel angewendet wird“. Das Regime in Pjöngjang könne versucht sein, ebenfalls Killerkommandos über die Grenze zu schicken und Geiseln zu nehmen, während es das südkoreanische Territorium zeitgleich mit Raketen oder Drohnen attackiere und sein Geheimdienst über die sozialen Medien psychologische Kriegsführung betreibe.

W.K.

Kanarisches Lampedusa

Genf – Wie das Haus des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) bekanntgegeben hat, trafen in den ersten drei Wochen des Oktober über 10.000 Migranten aus Westafrika auf den zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln ein. Allein am Wochenende 21. und 22. Oktober zählte man 1622 illegale Einwanderer, von denen sich 320 auf einem einzigen Boot befanden. Insgesamt setzten in diesem Jahr bereits 23.537 Afrikaner auf die Kanaren über. Das sind 80 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 2022. Besonders betroffen von dem Ansturm über See und zugleich in jeder Hinsicht überfordert ist das kleine Fischerdorf La Restinga an der Südspitze der Insel El Hierro, die dabei ist, zu einem zweiten Lampedusa zu werden. Nach Angaben der spanischen Nichtregierungsorganisation Caminando Fronteras bezahlten im laufenden Jahr 778 Menschen den Versuch, von der afrikanischen Küste aus die Kanaren zu erreichen, mit dem Leben.

W.K.

ISRAEL

Cyberkrieg im Nahen Osten

Angriffe auf kritische Infrastruktur – Mit Terrorbeginn sehen sich Israelis auch Cyber-Attacken ausgesetzt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die palästinensische Terrororganisation Hamas führt auch einen Cyber-Krieg gegen Israel: Schon seit rund zehn Jahren attackieren ihre Hacker Wasserversorgungs- und Kommunikationssysteme sowie Ölraffinerien des jüdischen Staates oder infizieren die Mobiltelefone von Angehörigen der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) mit Schadsoftware. Nicht zuletzt deshalb gehört Israel inzwischen zu den führenden Nationen auf dem Gebiet der Cybersicherheit, und die IDF verfügen über mehrere entsprechende Eliteabteilungen wie die Unit 8200.

Allerdings reichten deren Kapazitäten nicht aus, um die massiven Cyber-Angriffe abzuwehren, welche zeitgleich zum Einfall der Hamas-Killerkommandos und dem Raketenhagel auf Israel am Morgen des 7. Oktober gestartet wurden. Das kann angesichts der Vielzahl der involvierten

Hackergruppen auch kaum verwundern. Laut Angaben des Chefs der Tel Aviver Cyber-Sicherheitsfirma Check Point, Gil Messing, gab es rund 400 solcher Attacken, hinter denen bis zu 50 verschiedene Gruppierungen steckten. Einige davon sind mittlerweile namentlich bekannt. Sie heißen beispielsweise Anonymous Sudan, AnonGhost, GhostSec, Malek Team und Cyber Av3ngers.

Bei einem Teil der Angriffe handelte es sich um sogenannte DDoS-Attacken, durch welche die Internetseiten der Opfer aufgrund äußerer Manipulationen kollabierten. Betroffen waren die IDF und Regierungsbehörden, die Zeitung „Jerusalem Post“, die Israel Discount Bank sowie das Informationssystem für den Schiffsverkehr vor der israelischen Küste.

Des Weiteren stahlen und veröffentlichten pro-palästinensische Hacker eine Vielzahl sensibler Daten von Bürgern Israels. Dazu zählen E-Mail-Adressen und Passwörter sowie persönliche Informati-

onen aus den Systemen einiger Bildungseinrichtungen.

Potentiell noch bedrohlicher waren die Angriffe auf kritische Infrastrukturen des jüdischen Staates im Bereich der Energie- und Wasserversorgung. Dabei kam es aber aufgrund der ausgefeilten Sicherheitsarchitektur zu keinen gravierenden Ausfällen, wie die Kommunikationsdirektorin des Israel National Cyber Directorate Libi Oz mitteilte.

Atomwaffenangriff als Fake-Info

Der Rest der Cyber-Attacken diente der psychologischen Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung Israels. So legte Anonymous Sudan die Website des Radarwarnsystems Tseva Adom lahm und verhinderte dadurch eine Zeit lang, dass Informationen über abgefeuerte Raketen aus dem Gaza-Streifen in Echtzeit an die Mobiltelefone der Menschen in den möglichen Zielregionen in Israel gesendet wurden. Der Zweck des Ganzen bestand neben der

Gefährdung der jüdischen Bevölkerung in der Schürung von Panik und Chaos, um den Vormarsch der Hamas-Mordkommandos zu erleichtern.

Noch perfider war die Strategie von AnonGhost, die mobile Warn-App Red Alert, welche auch eine Kommentarfunktion besitzt, mit Falschmeldungen zu überfluten. Hierzu gehörte beispielsweise die Verbreitung der Information, es habe ein Atomwaffenangriff auf Israel stattgefunden. Außerdem sendeten die Hacker an Tausende Nutzer der App Morddrohungen.

Unterstützung erhielten die in aller Regel palästinensischen beziehungsweise arabischen oder iranischen Computer-Terroristen dabei unter anderem von dem pro-russischen Hacker-Kollektiv Killnet, das ebenso bereits schon deutsche Behörden und Unternehmen attackiert hatte.

Gleichzeitig gab es aber auch ausländische Gruppierungen, welche zugunsten Israels aktiv wurden. Hierzu zählte die indische Cyber Force. Diese legte die Internetseiten zweier Wohltätigkeitsorganisationen lahm, die Spenden für die Palästinenser in Gaza sammeln. Und natürlich schlugen die israelischen Cyber-Krieger ebenfalls gezielt zurück.

Allerdings schien ihr Hauptaugenmerk bislang eher darauf zu liegen, eine Demoralisierung der Zivilbevölkerung oder Destabilisierung der Wirtschaft des jüdischen Staates durch die virtuellen Angriffe aus dem Dunstkreis der Hamas zu verhindern. Das schließt nicht aus, dass es demnächst zu einem deutlich weniger defensiven Vorgehen kommt.

Dabei könnte die israelische Seite jedoch an technische Grenzen stoßen, weil der harte Kern der Hamas offenbar auf jegliche moderne Kommunikationstechnik beziehungsweise Nutzung des Internets verzichtet, um dem Feind keinerlei Angriffspunkte zu bieten. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass Cyber-Attacken auch sehr leicht unter falsche Flagge geführt werden können, was die Gefahr einer Eskalation des Konfliktes birgt, wenn die Gegenreaktionen nicht den tatsächlichen Urheber, sondern unbeteiligte Dritte treffen.



Cyber-Krieger: Ein einziger Hacker kann in der Lage sein, israelische Sicherheitssysteme außer Gefecht zu setzen

Foto: pa

WAHL IN DER SCHWEIZ

Konservative legen zu, haben aber kaum Einfluss

Migration und Inflation waren die Hauptthemen, dennoch war die Wahlbeteiligung niedrig

Bei der Parlamentswahl in der Schweiz am vergangenen Sonntag, bei der die Wahlberechtigten die große und kleine Kammer für die Legislaturperiode 2023 bis 2027 gewählt haben, konnte die nationalkonservative Schweizerische Volkspartei (SVP) ihre Position als stärkste politische Kraft ausbauen und erreichte 27,9 Prozent Stimmenanteil.

Größte Verlierer bei den Wahlen waren die Grünen, die rund vier Punkte verloren und nur noch neun Prozent erreichten. Die Sozialdemokraten (SP) kamen als Zweite auf 17,4 Prozent, um den dritten Platz stritten sich die frühere Christliche Volkspartei (CVP), die heute „Die Mitte“ heißt, und die liberale Schweizer FDP, die jeweils um die 14 Prozent erzielten.

Neben der Migration waren Inflation und die gestiegenen Lebenshaltungskosten die wichtigen Themen der Wahl. Die Bank „Credit Suisse“, die innerschweizerisch gerettet werden musste, und ganz Europa bewegte, kam im Schweizer Wahlkampf nicht vor. Die Wahlbeteili-

gung war im Vergleich zur Wahl vor vier Jahren leicht gestiegen. Sie lag bei rund 46 Prozent.

Die SVP wurde 1971 gegründet und unter dem aus Schaffhausen stammenden Unternehmer Christoph Blocher in den 1980er Jahren zur stärksten politischen Kraft der Schweiz.

Wahlssystem benachteiligt große Parteien

Gut 5,5 Millionen Schweizer waren am 22. Oktober zur Wahl aufgerufen. Abgestimmt wurde bei dem Urnengang am Sonntag über die 200 Sitze im Nationalrat sowie die 46 Sitze im Ständerat. Gemeinsam bilden die beiden Kammern die Bundesversammlung, welche im Dezember die siebenköpfige Regierung – den Bundesrat – wählt.

Koalitionen müssen dort nicht gebildet werden, weil dort immer die wählerstärksten Parteien, nach dem Schema 2-2-2-1 parteiübergreifend in einer übergroßen Koalition zusammen regieren und

Kompromisse finden müssen. Neben der SVP regieren dort die SP, die FDP und „Die Mitte“. Die Grünen sind in der Schweizer Regierung nicht vertreten.



Nr. 1 in der Schweiz: Mit Ansagen gegen Zuwanderung gewann die SVP die Wahl

Die SVP ist bereits seit mehr als 20 Jahren wählerstärkste Partei und kommt jetzt wieder an ihr bestes Ergebnis von 2015 heran. Damals erreichte sie 29,5 Prozent der Stimmen. Allerdings ist infolge des Majorzwahlsystems in der Schweiz die SVP in allen Regierungen auf lokaler, regionaler und Bundesebene unterrepräsentiert. Eine Brandmauer gegen rechts, wie sie in Deutschland seit Monaten gegenüber der AfD diskutiert wird, gibt es in der Schweiz nicht.

Allerdings hat die Regierung, deren Mitglieder selbst in der Schweiz kaum jemand kennt, kaum etwas zu sagen. Von daher erklärt sich auch die geringe Wahlbeteiligung, die geringer ausfiel als bei Volksabstimmungen. Alle wichtigen Fragen müssen gemäß der in der Schweiz herrschenden direkten Demokratie dem Wahlvolk zur Volksabstimmung vorgelegt werden. Volksabstimmungen können in der Schweiz auch von Bürgerinitiativen, ohne Hilfe der politischen Parteien, beantragt werden.

Bodo Bost

VON PETER ENTINGER

Forscher rätseln seit einiger Zeit darüber, ob es nur die externen Faktoren sind, welche die Konsumlaune der Deutschen bremsen oder ob auch die Psychologie eine Rolle spielen. Die Nachrichten-Sendungen überschlagen sich gefühlt seit Jahren mit Hiobsbotschaften. In diesen Zeiten neigen die Menschen eben dazu, ihr Geld beisammen zu halten. Und natürlich gibt es Dinge wie gestiegene Energie- und Lebensmittelpreise, die die Verbraucher beeinflussen.

Zwei Marktforschungs-Institute sind nun zu dem Ergebnis gekommen, dass sich daran auch in den kommenden Monaten erst einmal nichts ändern wird. „Vor allem die hohen Preise für Nahrungsmittel schwächen die Kaufkraft der privaten Haushalte und sorgen dafür, dass der private Konsum in diesem Jahr keine Stütze der Konjunktur sein wird“, erklärten die Marktforscher GfK und NIM. Die nach wie vor hohe Inflation führt vor allem dazu, dass die Einkommenserwartung der Bundesbürger gering bleibt. Sprich: Vom Geld bleibt weniger übrig. „Nach wie vor befinden sich die Einkommensaussichten im Würgegriff der Inflation“, sagte NIM-Konsumexperte Rolf Bürkl kurz und schmerzlos. Zuletzt war die Konsumneigung der Deutschen im Herbst 2008 derart gering gewesen. Damals trübte die internationale Finanzkrise die Kaufkraft der Menschen.

Es gibt Branchen, für die ist die derzeitige Zurückhaltung eine echte Katastrophe. Vor allem Hoteliers und Gastronomen hatten auf ein florierendes Herbst- und Weihnachtsgeschäft gehofft, da immer noch nicht geklärt ist, ob die Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2024 wieder auf den Vor-Corona-Wert angehoben wird. Doch von Reisefreude oder verstärkten Restaurantbesuchen ist nichts zu spüren. Hinzu kommt, dass die Arbeitslosenzahlen zuletzt wieder ein wenig angestiegen sind. Auch das besorgte viele Menschen und führt dazu, dass sie ihr Geld lieber zusammenhalten.

Die R+V-Versicherung gibt seit Jahren eine Statistik heraus, die sich mit den „Ängsten der Deutschen“ beschäftigt. In diesem Jahr bereiten die gestiegenen Lebensmittelpreise den meisten Kummer. Diese sind Tag für Tag, bei jedem Einkauf greifbar. Aber bereits auf dem zweiten Platz rangiert die Angst vor einem allgemeinen Wohlstandsverlust. Sechs von zehn Bundesbürgern haben demnach die Befürchtung, dass Wohnen auf Dauer unbezahlbar wird. Zwar entspricht diese Befürchtung derzeit (noch) nicht der Realität, aber sie führt dazu, dass die Menschen auf „überflüssige Ausgaben“ verzichten. Und dazu zählen Reisen oder Restaurant-



Ständig steigende Lebensmittelpreise: Während Politiker um Subventionen streiten, üben Verbraucher sich im Verzicht

SUBVENTIONEN

Die Ampel streitet um neue Konjunkturlösungen

Während Wirtschaftsminister Robert Habeck auf weitere Schulden setzt, drängt Finanzminister Christian Lindner auf Einsparungen

besuche. „Die Menschen fühlen sich in ihrer Existenzgrundlage bedroht und sehen ihren Lebensstandard gefährdet. Das schürt Abstiegsängste“, sagt die Politikwissenschaftlerin Isabelle Borucki, welche die R+V-Studie begleitete.

Die Deutschen plagen Abstiegsängste

Die Dauer-Querelen in der Berliner Ampelkoalition tragen naturgemäß nicht dazu bei, dass das Vertrauen der Menschen in Staat und Politik wächst. Und vor allem zwischen den Streithähnen Grüne und FDP deutet sich neuer Zwist an. Wirtschaftsminister Robert Habeck sorgte kürzlich mit einem Strategiepapier für Stirnrünzeln beim Koalitionspartner. Ziel sei es, Deutschland als starken Industriestandort zu erhalten, heißt es in dem Pa-

pier. Dafür soll die kriselnde Industrie mit staatlichen Subventionen aufgepäppelt werden. Seit einiger Zeit wird darüber diskutiert, ob es sinnvoll sei, energieintensive Industriezweige auf Gedeih und Verderb im Land zu halten.

Es gibt vor allem in der FDP Stimmen, die sagen, es sei effizienter, billig im Ausland produzieren und dann importieren zu lassen. Habeck wiederum hält nichts davon. So soll auch langfristig in Deutschland etwa Glas, Zement und Papier produziert werden, auch wenn die Voraussetzungen zur Produktion von günstigem Strom verhältnismäßig schlecht sind. Die Schuldenbremse, Leib- und Magenthema der Liberalen, dürfte damit nicht zu halten sein.

Habecks Vorstellungen haben durchaus etwas von Planwirtschaft. Der Kon-

flikt mit Finanzminister und FDP-Chef Christian Lindner dürfte damit programmiert sein. Anfang September hatte der die geplanten Einsparungen im Haushalt 2024 verteidigt. Neue, uferlose Schulden könne sich Deutschland nicht mehr erlauben, betonte der FDP-Politiker. In Habecks Papier liest sich das allerdings ganz anders.

„Unsere Finanzverfassung ist in Zeiten entstanden, die noch von einer marktdominierten Globalisierung und von deutlich weniger geopolitischen Spannungen geprägt waren“, heißt es dort. Und: Man müsse als Land darüber diskutieren, wie diese Regeln spätestens in der nächsten Legislaturperiode an die neuen Realitäten angepasst werden können. Auf gut Deutsch: Habeck hofft, dass es dann ohne die FDP geht.

DIGITALE WÄHRUNG

EZB verteidigt plötzlich das Bargeld

Kehrtwende um 180 Grad – Entwurf der EU-Kommission gibt dem Digitalen Euro Vorrang

Die Europäische Kommission hat im Verlauf dieses Jahres zwei Entwürfe für EU-Richtlinien vorgelegt, in denen es sowohl um die Einführung des Digitalen Euro als auch um den Status der gesetzlichen Zahlungsmittel Euro-Banknoten und Euro-Münzen geht. Aus beiden Papieren wird das Bemühen der EU-Kommission ersichtlich, die digitale Variante des europäischen Zentralbankgeldes deutlich besser zu stellen als den physisch existierenden Euro.

So soll der Digitale Euro zweites gesetzliches Zahlungsmittel werden – verbunden mit dem Verbot, die Annahme der digitalen Währung durch eine einseitige Erklärung des Zahlungsempfängers in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen auszuschließen. Gleichzeitig besagt der Entwurf der Bargeldrichtlinie, dass Händ-

ler und Behörden weiterhin das Recht haben müssten, Barzahlungen von Vornher ein abzulehnen. Dabei sieht die EU-Kommission nur eine einzige Hintertür vor, um die völlige Verdrängung des Bargeldes im Geschäftsverkehr zu vermeiden: Wenn die Bargeldannahmeverweigerung solche Ausmaße erreichen sollte, dass Bargeld in der Praxis gar nicht mehr als Zahlungsmittel taugt, dann hätten die nationalen Regierungen das Recht, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Diese Vorschläge sind nun auf heftige Kritik von Seiten der Europäischen Zentralbank (EZB) gestoßen. So schrieb die EZB in ihrer Stellungnahme zum Entwurf der Bargeldrichtlinie: „Es sollte eine neue Bestimmung in den Verordnungsvorschlag aufgenommen werden, die klarstellt, dass der einseitige Ausschluss von

Bargeld im Voraus verboten ist.“ Und das müsse auch und gerade für Vertragsbedingungen gelten, „die nicht individuell ausgehandelt wurden (zum Beispiel vorformulierte Standardverträge). Darüber hinaus sollte ... festgelegt werden, dass die Beweislast einer vorherigen Vereinbarung zwischen dem Zahler und dem Zahlungsempfänger über ein anderes Zahlungsmittel als Bargeld beim Zahlungsempfänger liegt.“ Des Weiteren drängte die EZB auf eine Anpassung der „Erwägungsgründe des Verordnungsvorschlags ..., um klarzustellen, dass die von öffentlichen Stellen angewandten ‚Kein-Bargeld‘-Praktiken ebenfalls in den Anwendungsbereich des Verordnungsvorschlags fallen und daher verboten sind.“

Damit vollzog die EZB eine Wende um 180 Grad, denn bislang hatte sie gemein-

sam mit der EU-Kommission gegen den Bargeldgebrauch agitiert. Daraus erwächst die Frage nach der Ursache des Sinneswandels – zumal weder die amtierende EZB-Chefin Christine Lagarde noch der Zuständige für den Zahlungsverkehr und die EU-Banknoten in der EZB, Fabio Panetta, als Verteidiger der Bargeldes gelten. Gibt es möglicherweise interne Richtungsstreitigkeiten in der Führung der Europäischen Zentralbank, aus denen dann die Stellungnahme resultierte?

Oder ist das Ganze nur ein Täuschungsmanöver, um zu verhindern, dass andere EU-Staaten dem Beispiel der Slowakei folgen, deren Parlament am 15. Juni eine Verfassungsänderung beschlossen hatte, welcher zufolge die Annahme von Bargeld im Lande künftig verpflichtend sein soll.

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

Kahlschlag in Saarbrücken

Saarbrücken – In einem der wichtigsten Industriebetriebe des Saarlandes, dem Getriebewerk der ZF Friedrichshafen AG in Saarbrücken, werden bis 2032 7000 der jetzt noch 10.000 Arbeitsplätze verschwinden. Dies gab der Gesamtbetriebsrat des Unternehmens bekannt. Ursache des Personalabbaus ist das von der EU verordnete Aus für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren, durch welche die Nachfrage nach Getrieben drastisch sinken dürfte, weswegen die aktuell geltende Beschäftigungsgarantie bei ZF 2025 ausläuft. Das Management des Konzerns hofft, dass etliche der freigesetzten Mitarbeiter in der geplanten Chipfabrik des US-Unternehmens Wolfspeed im saarländischen Ensdorf unterkommen können. Zuvor hatte schon der Autohersteller Ford seinen Rückzug aus Saarlouis ab 2025 angekündigt, was weitere 4500 Arbeitsplätze kosten wird, denn die erhoffte Übernahme des Ford-Werkes durch die chinesischen Autofirmen BYD und Chery scheiterte. W.K.

E-Auto-Bauer mogeln

München – Laut einem Bericht der „Wirtschaftswoche“ hat der ADAC herausgefunden, dass die Automobilhersteller bei den Angaben über die Batteriekapazität ihrer Elektrofahrzeuge falsche Zahlen nennen, womit nach dem Dieselskandal ein weiterer Skandal in der Autobranche droht. Beispielsweise wurde bei Langzeittests am Volkswagen-Modell ID.3 im ADAC-Technikzentrum eine Batteriekapazität von rund 69 Kilowattstunden ermittelt. Dies steht im Gegensatz zu den Aussagen von VW, denen zufolge 77 Kilowattstunden verfügbar sein sollen. Experten vermuten, dass der Konzern einen Teil der Akkukapazität reserviert und später per Softwarebeleg freigebe, wenn die Leistungsfähigkeit der Batterie zurückgehe. Damit lasse sich der teure Austausch des Stromspeichers hinauszögern, bei dem Kosten in fünfstelliger Höhe anfielen. Nach Angaben von Juristen könne eine solche Vorgehensweise zu erheblichen Schadenersatzansprüchen führen. W.K.

Russland baut Ersatzteile nach

Moskau – Laut der Zeitung „Izwestija“ haben der russische Staatskonzern Rosatom und die Fluggesellschaft Aeroflot damit begonnen, Ersatzteile von Airbus und Boeing nachzubauen. Weil der Nachschub an Ersatzteilen der beiden Marktführer aufgrund der Sanktionen des Westens versiegt ist, die russische Luftfahrt aber die Flugzeuge der Amerikaner und Europäer noch nicht durch heimische Jets ersetzen kann, sahen sich Rosatom und Aeroflot zu einem Zusammenschluss zwecks Kopierens vorhandener Flugzeugteile genötigt. Bis zum Frühjahr 2024 sollen Teile für Kabinen, Gepäckkräme und Strukturreparaturen etwa bei Luft- und Wasserfiltern, Kunststoff-, Metall-, Verbund- und Gummiprodukten sowie Elektronikbauteilen wie Wechselrichter, Netzteile, Sensoren und Anzeigeräte zum Einsatz kommen. Derzeit werde an der technischen Dokumentation gearbeitet. MRK

KOMMENTAR

PR statt ehrliche Politik

HERMANN MÜLLER

Die Bundesregierung gibt immer mehr Geld für ihre Öffentlichkeitsarbeit aus. Gleichzeitig sinkt aber die Zustimmung in der Bevölkerung für die Arbeit der Regierung. In einer INSA-Umfrage, die am 22. Oktober veröffentlicht wurde, zeigten sich 71 Prozent der Menschen in Deutschland mit der Arbeit der Ampel-Regierung unzufrieden. Nur 24 Prozent bescheinigten, mit der Arbeit von Rot-Grün-Gelb zufrieden zu sein. Wie die Meinungsforscher weiter ermittelten, würde sich derzeit nur noch gut jeder dritte Wähler für eine der Regierungsparteien entscheiden. Bei der Bundestagswahl vor zwei Jahren konnten die drei Parteien zusammen noch mehr als die Hälfte der Wähler für sich gewinnen.

Diesem desaströsen Absturz der Zustimmungswerte steht ein immer größer werdender Aufwand der Bundesregierung für ihre Öffentlichkeitsarbeit gegenüber. Der Bund der Steuerzahler hat diesen Ausgaben vor Kurzem sogar ein Sonderkapitel namens „Die teure Öffentlichkeitsarbeit der Politik“ in seinem neuen Schwarzbuch zur Steuer-geldverschwendung gewidmet.

Bei seinen Recherchen hatte der Steuerzahlerbund im Bundeshaushaltsplan 2023 mehr als 150 Titel entdeckt, die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit enthalten. Laut dem Bund der Steuerzahler betreibt die Bundesregierung mittlerweile rund 500 Social-Media-Accounts und 1000 eigene Internetseiten. Zudem greift die Regierung auch noch in großem Umfang auf Werbemöglichkeiten in Zeitungen, im Hörfunk, im Internet und in der Außenwerbung, etwa an Plakatwänden, zurück. „Wir kritisieren nicht das Ob, sondern das Ausmaß, die Kosten und dass einige Politiker diese Ausgaben aus Steuermitteln als selbstverständlich erachten“, so Reiner Holz-nagel vom Bund der Steuerzahler.

Kritik am Ausmaß der Kosten

Mit viel Aufwand und hohen Kosten bringt der Bund bei seiner Öffentlichkeitsarbeit mitunter auch Binsenwahrheiten unter das Volk. Zweifelhafte ist etwa, ob tatsächlich Steuergeld aufgewendet werden muss, damit Habecks Klimaschutzministerium auf simpelste Energiespartipps aufmerksam machen muss. So gibt der Staat für eine Kampagne mit Ratschlägen wie „Fenster schlie-

ßen“ oder „Heizung herunterdrehen“ bis Ende 2025 tatsächlich insgesamt 83 Millionen Euro aus.

Äußerst fragwürdig sind ebenso die hohen Ausgaben einiger Bundesministerien für Fotografen, Friseure und Visagisten. Das Auswärtige Amt unter Leitung der Grünen-Politikerin Annalena Baerbock gab 2022 beispielsweise insgesamt 137.000 Euro für die Leistungen einer Visagistin aus. Habecks Wirtschaftsministerium suchte im Herbst 2022 kurzfristig einen Fotografen zur Auftragsfotografie und zur Begleitung des Ministers. Als Schätzwert der zu erbringenden Arbeit nannte das Ministerium die Summe von 350.000 Euro – ohne Mehrwertsteuer.

Werbung schafft finanzielle Anreize

Solche Kosten sind aus Sicht der steuerzahlenden Bürger ärgerlich, hochproblematisch sind andere Aspekte der umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit der Regierung: Die immensen Kosten für die „fotografische Begleitung“ des Wirtschafts- und Klimaschutzministers deuten beispielsweise darauf hin, dass die Grenzen zwischen der Vermittlung von Informationen an die Bürger und Werbung für den jeweiligen Parteipolitiker sehr fließend ist: Dienen Fotos des Ministers Robert Habeck auf einer Auslandsreise tatsächlich der sachlichen Information der Bürger oder steigern sie nicht eher das Prestige des Grünen-Politikers Habeck? Zu Recht warnt Holz-nagel: „Aus steuerfinanzierter Informationsvermittlung darf keine Publicity-Kampagne werden. Die Öffentlichkeitsarbeit von Regierungen muss ausschließlich der Aufklärung zwecks freier Willensbildung der Bürger dienen.“

Mit den Kosten für Werbung steigt zudem die Gefahr, dass es zu finanziellen Anreizen kommt, die sich am Ende in den Median als Selbstzensur und Hofberichterstattung auswirken. Gerade im Printbereich ist die wirtschaftliche Lage vieler Regionalzeitungen schwierig, zusätzliche Einnahmen durch zahlungskräftige Werbekunden sind dementsprechend willkommen. Extrem problematisch wird es, wenn die Bundesregierung einzelne Journalisten für Moderationstätigkeiten, etwa bei der Veranstaltung „Deutschland. Einwanderungsland“, engagiert und dafür hohe „Kostenpauschalen“ überweist.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:**
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:**
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Treffen hart aufeinander: Die grün geprägte Ideologie der Ampel-Regierung und die Wirklichkeit

Foto: Mauritius

KOLUMNE

Herrschaft über die Sprache

FLORIAN STUMFALL

Abgesehen von Krieg und Kriegsgeschrei dürfte wohl kaum ein anderer Gegenstand so viel Aufmerksamkeit für sich beanspruchen wie der Klimawandel. Über viele Jahre und meist in überbordender Fülle wird von dräuender Gefahr und einer Zukunft gesprochen, die zu erleben sich niemand mehr wünschen dürfe. Und bei einem derartigen Aufwand finden manchmal auch Leute Gehör, die wenig oder nichts zu sagen haben, wie die Journalistin Nadja Ayoub. Sie brachte es zu einer Randnotiz, weil sie mit der nachdrücklichen Forderung hervorgetreten war, angesichts des Weltübels nicht von einem Klimawandel, sondern von einer Katastrophe zu sprechen.

Wenn auch diese Wortmeldung nur vorübergehende Wirkung hatte, so ist doch der Handlungsgrund, der dahintersteckt, von bleibender Kraft. Er beruht auf der Erkenntnis, dass politische Bewegungen nicht in Gang gebracht werden können ohne ein anhaltend begleitendes semantisches Rüstzeug und die Bereitschaft, dieser Unterstützung durch das Wort ein großes Gewicht zu geben, gegebenenfalls auch in überzogener Dimension.

Es handelt sich dabei um eine sprachliche Doppelfunktion. Ist die Rede von einem Wandel, so hat man es mit einer sachlichen Darstellung zu tun, die sich an die Erkenntniskraft des Zuhörers richtet. Spricht man dagegen von einer Katastrophe, so geht die Zielrichtung dahin, erstens bange Gefühle zu erwecken, die, zweitens, in den Zusammenhang mit einem zwingenden Moralismus gestellt werden.

Die Gleichung also lautet: Klima bedeutet Gefahr, und wer dem nicht folgt, zeigt einen Abgrund an Schlechtigkeit. Die sachliche Mitteilung hat nur noch den Wert einer Hilfs-Funktion. Sie ist in die Gefühlswelt verlagert und dort obendrein mit der moralistischen Drohung verbunden. Ein solches Vorgehen ist zutiefst unredlich.

Wandel versus Katastrophe

Doch nach diesem Muster nimmt die politische Korrektheit ihren Einfluss auf das Denken und Handeln der Menschen, die sich ihr ergeben, nicht nur bei der Klimadiskussion, sondern in allen bestimmenden Feldern der Politik.

Natürlich ist es kein Wunder, dass die immer länger werdende Liste von Sprach-

Verboten sehr bald das Bewusstsein geweckt hat, dass diese Bemühungen zu Bevormundung und Zensur führen. Umso vorsichtiger das Bestreben, solche Bedenken zu zerstreuen. Einer der Propheten der politischen Korrektheit, der Sprachwissenschaftler Anatol Stefanowitsch, schreibt sinngemäß in seinem Buch „Eine Frage der Moral: Warum wir politisch korrekte Sprache brauchen“, niemand könne es gutheißen, Menschen mit besonderen unveränderlichen Merkmalen zu beleidigen. Das ist richtig, doch gerade mit dieser Apologie zeigt Stefanowitsch, was faul ist

Zeugenschaft einer Institution bemüht werden, die darin glaubhafter ist als andere, weil sie keine politischen Ziele verfolgt, jedenfalls nicht vorwiegend. Es geht hier um eine Versicherung, nämlich die R+V, die nach einer Umfrage die größten Sorgen der Deutschen aufzistet. Danach steht die Teuerung mit Abstand auf Platz eins, etwas spezifizierend gefolgt von der Wohnraumnnot und sich der daraus ergebenden Höhe der Mieten. Als dritte folgt die Angst vor Steuererhöhungen und Leistungskürzungen.

Vorbei an der Wirklichkeit

In allererster Linie also wird allgemein eine wirtschaftliche Bedrängnis befürchtet. Dazu kann man auch in gewissem Umfang das Gefühl der meisten Befragten rechnen, der Staat und seine Stellen würden mit der großen Anzahl von Zuwanderern nicht fertig. Zudem herrscht die Angst vor einer Rezession. Mangelndes Vertrauen in die Politiker und die Befürchtung, die Gesellschaft breche auseinander, runden das Bild ab.

Man stellt also fest: Keine der von der Politik vordringlich behandelten Themen erfasst die Bürger, nicht die Kriege, nicht der Klimawandel, nicht das Gendern. Der Umbau der Gesellschaft oder die Energiewende finden keinen Widerhall mit Ausnahme der letzteren in Form ihrer schlimmen Folgen. Weder die Sanktionen gegen Russland bewegen die Menschen noch das, was Karl Lauterbach unter Gesundheitspolitik versteht, ob mit oder ohne Corona. Sie glauben nicht an die Integration, nicht an Multikulti noch an ein Paradies in grüner Harmonie.

Wer so an der Wirklichkeit vorbeiregert, ist gezwungen, Machtmittel gegen Mehrheitsmeinung und Mehrheitswillen einzusetzen. Dazu gehören Kontrolle und die Aufforderung zum Denunzieren, dazu gehört die Einengung dessen, was gedacht und gesagt werden darf und dazu gehört nicht zuletzt die Herrschaft über die Sprache. Jede Ideologie bemüht sich um die Oberhoheit über die Sprache. Sobald ihr das gelingt, wird aus der Ideologie Totalität. Dann ist nicht mehr das Wohl der Bürger erstes Staatsziel, sondern die Verwirklichung eines Parteiprogramms. Wer sich dem aber widersetzt, wird umerzogen.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Warum die Ampel-Regierung der politischen Korrektheit bedarf

an der Strategie der Sprach-Tabus und dem Ziel, das dahintersteckt.

Dass man seinen Mitmenschen nicht zu nahetritt, sie höflich, rücksichtsvoll und mit Ehrerbietung behandelt, ist eine Frage der guten Erziehung. Dazu braucht man keine übergeordneten Instanzen. Moral ist Privatsache, die ethische Dimension des Staates ist das Gesetz. Er hat sich nicht darum zu kümmern, ob ein Bürger vielleicht schlechte Manieren zeigt. Wer aber die Sphäre des persönlichen Wohlverhaltens samt Sachbestimmung und Kontrolle sozialisieren will, der will auch einen übergriffigen Staat, der bis in die persönlichsten Winkel seiner Bürger hineinregiert und hineinkontrolliert. Und dies notgedrungen mit einer Machtvollkommenheit, die totalitäre Züge trägt.

Die Ampel-Regierung in Berlin passt recht genau in dieses Bild. Zudem zeigt sie, wenn wahrscheinlich auch wider Willen, welches der Unterschied ist zwischen Regieren und Lenken. Bundeskanzler Olaf Scholz mag tun, was seines Amtes ist, nämlich regieren, wenn auch erbärmlich. Hingegen ist er weit davon entfernt zu lenken. Nicht einmal die Grünen, die doch die Richtung vorgeben, tun das. Denn beide sind in ihrer ideologischen Verblendung weit von der Wirklichkeit entfernt. Doch die ist es, die endgültig ein Urteil spricht.

Um die Kluft zwischen den Bürgern und den Politikern darzustellen, soll die

Der Preuße mit der Badeente

Zum 100. Geburtstag von Loriot ändert „Das Erste“ mit einer Sketchparade vor der „Tagesschau“ sogar das Programmschema

VON ANNE MARTIN

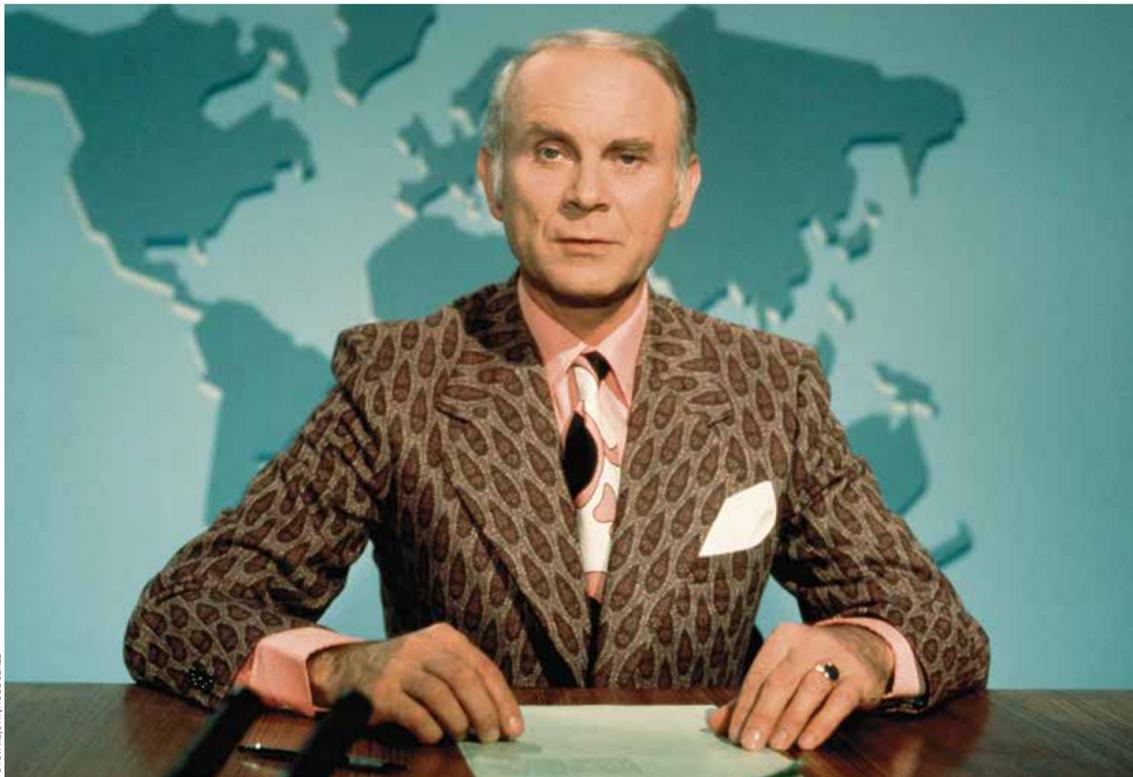
Denkt man an preußischen Humor, kommt man an Loriot nicht vorbei. Der in Brandenburg an der Havel geborene Humorist, den der Literaturkritiker Joachim Kaiser – selbst ein Ostpreuße – einen Preußen, „wie Gott ihn träumt“, nannte, bekannte sich freimütig zu seinen preußischen Wurzeln. „Ich bin als Preuße geboren, ich habe das Preußische sozusagen im Blut. Das definiert man für sich nicht neu. Man ist da hineingeboren, damit hat man sich abzufinden“, sagte er.

Denkt man an Loriots preußischen Humor, dann auch dieses Portrait: Der Herr mit dem Einstecktuch und der Lesebrille sitzt auf einem plüschigen Gründerzeit-Sofa, die Beine übereinandergeschlagen, in den Augen freundliche Ironie. Von Kopf bis Fuß gediegene Großbürgerlichkeit? Von wegen! Loriot, so genannt nach dem französischen Wort für den Pirol im Familienwappen, war ein Aristokrat, der den Menschen aufs Maul schaute, ohne sich je über sie zu erheben. Vor allem aber ist er samt seiner Knollenmännchen bis heute unvergessen.

Am 12. November wäre Bernhard Viktor von Bülow, wie er bürgerlich hieß, 100 Jahre alt geworden. Das Erste sendet vom 6. bis 9. November kurz vor der „Tagesschau“ seine schönsten Sketche und feiert ihn mit dem Portrait „100 Jahre Loriot“ (Montag, 6.11., 20.15 Uhr), in dem Satiriker und Comedians von Haderer über Helge Schneider und Olli Dittrich bis Sarah Bosetti Loblieder singen.

Hape Kerkeling etwa erzählt, wie er sich einst vergeblich als kleiner dicker Junge für den Weihnachtssketch mit Familie Hoppenstedt bewarb – engagiert wurde ein kleines, dickes Mädchen – und bedauert, wie gern er doch den Erwin Lindemann gespielt hätte. Der Film vom Lotogewinner, der sich angesichts eines Fernseheteams in seinen auswendig gelernten Sätzen heillos verheddert, ist längst Kult.

Als Darsteller seiner eigenen Sketche war sich der aus einer preußischen Offi-



Herzlich Willkommen vor der „Tagesschau“: Loriot als Nachrichtensprecher „vor acht“ im Ersten

ziersfamilie stammende Loriot für keine Albernheit zu schade. Er steckte sich vorstehende Hasenzähne ins Gesicht, ließ die berühmte Nudel durchs Gesicht wandern („Fräulein Hildegard, sagen Sie jetzt nichts“), brach beim Bilderrücken unter zusammenstürzenden Regalen zusammen, schwang die Arme zum zackigen „Radetzky-Marsch“, rollte mit seiner Partnerin Evelyn Hamann als ungelenker Liebhaber über den Nadelfilz im Büro.

Wie sein zappeliger Epigone Otto verweigerte sich Deutschlands König des Humors dabei jedem angestregten Tiefsinn. Seine Figuren mit den Knollennasen seien doch eigentlich recht „freudlos und asexuell“, stellte einst die Interviewerin Marianne Koch in der Talkshow „III nach neun“ fest. Was für eine Steilvorlage für den grandiosen Spötter! Von Bülow mit

feinem Lächeln: „Ich wollte eben einen Gegensatz zu mir herstellen.“

Nach seiner Rückkehr 1945 als Soldat in Russland – eine Zeit über die er kaum je gesprochen hat – begann von Bülow 1947 ein Kunststudium in Hamburg und wurde als Karikaturist für den „Stern“ entdeckt, wo er unter anderem eine Serie entwarf, in der Menschen in die Rolle von Hunden schlüpfen. Der Redaktion wurde das schnell zu böse, der Zeichner wurde stattdessen vom Diogenes-Verlag übernommen. Sein Humor war eben nur vordergründig harmlos. Ihm gelang das schier Unmögliche: anarchisch, aber bürgerlich, subversiv, aber nicht ätzend, spöttisch, aber menschenfreundlich, anzüglich, aber nie obszön zu sein. Mit der ihm anerzogenen preußischen Disziplin, feinem Lächeln und spitzem Stift hielt er die Ab-

gründe seiner Mitmenschen fest: Szenen einer Ehe („Das Ei ist hart“), Familienfeste, bei denen unter allen Umständen die Form gewahrt wurde („Ein Klavier, ein Klavier“), Mäkeleien mit Zeug zum Sprengsatz („Früher war mehr Lametta“).

So fangen Kriege an

Keiner konnte so fein und gemein deutsche Wichtigtuerei aufs Korn nehmen: Allein der Badewannen-Sketch gehört längst zum kollektiven Gedächtnis. Sitzen zwei Herren in der Badewanne und streiten sich: „Die Ente bleibt draußen“, fordert ein Herr Dr. Klöbner und erhebt sich zu tropfender Größe. Sein Bade-Partner mit dem präventösen Namen Müller-Lüdenscheid hält dagegen: „Die Ente bleibt drin.“ Die Fronten in der Wanne sind verhärtet, so fangen nicht selten Kriege an.

Wer wollte, könnte viel hineindeuten in die Welt des Loriot: etwa beim Versuch eines Vertreters, ein schief hängendes Bild gerade zu rücken, dabei eine Katastrophe nach der nächsten auslösend, bis das Zimmer in Schutt und Chaos versinkt. Die Deutschen und der typisch preußische Ordnungssinn – ein weites Feld. Je strenger der Rahmen, desto mehr Freude machte es von Bülow, diesen Rahmen zu unterlaufen. Allein Weihnachten, das geheiligte Fest des Friedens und der Liebe! Loriot lässt ein Knollenmännchen unterm Adventskranz ein bitterböses Gedicht von der mordenden Förstersfrau verlesen: „... erlegte sie direkt von vorn, den Gatten über Kimm und Korn“.

In den 1970er Jahren war das Fernsehen noch fest in der Hand gewichtiger Moderatoren wie Wim Thoelke. Konnte man sich vorstellen, dass dessen Quizshow „Der große Preis“ mit einem Cartoon eingeleitet wird, wo ein komischer Hund mit Banjo „Ich wünsch mir ’ne kleine Miezekatze“ singt? Es dauerte. Die erste Platte produzierte von Bülow noch selbst, später wurden „Wum und Wendelin“ zum Markenzeichen des Senders.

Ende der 1980er wechselte der Meister der kleinen Form zum abendfüllenden Spielfilm. „Ödipussi“, der 1988 in Ost- wie Westberlin Premiere feierte, wurde mit 3,5 Millionen Zuschauern der erfolgreichste Film des Jahres. Als „Papa ante portas“ drei Jahre später nicht mehr ganz so viel Resonanz brachte, hörte er auf.

2007 starb seine geniale TV-Partnerin Evelyn Hamann mit nur 65 Jahren. In seinem Nachruf beschrieb Loriot ihr besonderes Können, punktgenau eine Pointe zu zünden: „Liebe Evelyn, dein Timing war immer perfekt. Nur heute hast du dich nicht an die Reihenfolge gehalten.“ Und sehr fein: „Na warte.“ Pathos war seine Sache nicht.

87 Jahre alt wurde er, dieser Meister der messerscharfen Beobachtung und des abgründigen Humors. Sein Grab liegt auf dem Waldfriedhof in Berlin, auf dem Relief des Grabsteins haben seine Verehrer viele bunte Quietscheenten abgestellt. Von wegen: Die Ente bleibt draußen!

AUSSTELLUNG

Christophorus bringt Silber und Gold

Das Mittelalterliche Kriminalmuseum in Rothenburg ob der Tauber zeigt „Schatz und Schatzsuche in Recht und Geschichte“

Von Reliquienjägern und Geisterbeschwörern, Archäologen und Sondengängern handelt die Ausstellung „Schatz und Schatzsuche“ im Mittelalterlichen Kriminalmuseum von Rothenburg ob der Tauber. Wünschelruten. Zauberbücher und Schatzfunde stehen im Blickpunkt. Gefälschte Karten von Piratenschätzen und Gesetzestexte, Abenteuerromane wie Karl Mays „Schatz im Silbersee“ und Filmplakate zu „Lara Croft“ beschließen die originelle Schau.

Der Rundgang beginnt mit Reliquien. Denn die galten im Mittelalter als die größten Schätze überhaupt. Die Fahndung nach den in Vergessenheit geratenen Heiligengräbern war somit eine Schatzsuche. Die erstaunlichste und umfangreichste Abteilung aber handelt von der magischen Schatzsuche mit Hilfe von Zauberbüchern wie „Doctoris Johannis Fausti sogenannter Manual-Höllenzwang“ (1849). Es stellt die Geister vor,

die „herbeicitirt“ werden können. Unter ihnen ist „Aciel“ der mächtigste. Er „verschafft Geld und entlegene Sachen nach

des Menschen Willen.“ Seine „Citatio“ erfolgt unter Berufung auf Gott den Vater, Jesus Christus die vier Evangelisten, alle

Engel und Erzengel. Der citirte Geist führt angeblich die Befehle aus, wenn der Beschwörer ruft: „Dazu dich zwingen und bringen soll Tod, Teufel und Hölle!“

Weit verbreitet war das „Christophelgebet“. Dem heiligen Christophorus, dem „von Gott gesetzten großmüthigen Schatzmeister des verborgenen Geldes in der ganzen Welt“, befehlen die Beschwörer, Silber und Gold zu bringen. Sowohl Handschriften wie „Des Bischoffs Albrechts Geister-Beschwerden“ (um 1750) als auch die gedruckten Zauberbücher enthalten eine abenteuerliche Mischung von magischen Beschwörungsformeln und christlichen Gebeten. Sie werden bis heute gedruckt und erfreuen sich großer Nachfrage, obwohl noch nie ein Schatz durch Geisterbeschwörung gefunden wurde.

Noch heute sind trotz des wissenschaftlichen Vorgehens der Archäologen professionell arbeitender Schatzsuche-

Unternehmen und der zumeist planmäßig agierenden Hobby-Sondengänger Zufallsfunde wie der 1998 bei der Sanierung eines Hauses ausgegrabene „Rothenburger Goldmünzschatz“ die Regel. Laut Bürgerlichem Gesetzbuch sollen sich Finder und Grundbesitzer den Schatz zu gleichen Hälften teilen. Aber die Bundesländer haben ihr Recht auf Sonderregelungen genutzt und das „große Schatzregal“ eingeführt. Das sieht einen entschädigungslosen Eigentumserwerb des Landes bei kulturhistorisch bedeutsamen Fundstücken vor. Nur in Bayern gilt die Fundteilung. Die Einbringung eines Gesetzentwurfes mit dem Ziel, ein Schatzregal einzuführen, ist jedoch beschlossen.

Veit-Mario Thiede



Schatz aller Schätze als Nachahmung: Die Reichsinsignien

● Bis 31. Dezember im Mittelalterlichen Kriminalmuseum, Burggasse 3-5, Rothenburg ob der Tauber. Eintritt: 9 Euro. www.kriminalmuseum.eu

HOHENZOLLERN

Friedrichs musisch begabte Schwester

Vor 300 Jahren wurde Anna Amalie von Preußen geboren. Sie hinterließ zahlreiche Kompositionen und eine einzigartige Musiksammlung

VON MARTIN STOLZENAU

Prinzessin Anna Amalie von Preußen war die jüngste Tochter von König Friedrich Wilhelm I. von Preußen und Sophie Dorothea von Hannover, eine Lieblingsschwester von Friedrich dem Großen sowie wie ihr älterer Bruder überaus musikinteressiert und musikalisch begabt. Sie arbeitete eng mit dem Komponisten Johann Philipp Kirnberger zusammen, komponierte selbst ungewöhnliche Werke und hinterließ nach intensiver Sammlertätigkeit die berühmte „Amalienbibliothek“ (nicht zu verwechseln mit der Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Weimar), eine große Noten- und Manuskriptsammlung, die sie akribisch hütete und die für die heutige Musikwissenschaft noch immer bedeutsam ist. Doch noch größere Bekanntheit erlangte die Hohenzollernprinzessin durch die ihr nachgesagte (aber nicht nachgewiesene) Affäre mit dem preußischen Fähnrich Friedrich Freiherr von der Trenck.

Eine nachgesagte Affäre

Über letztere war Friedrich der Große der Legende nach empört und schickte deshalb den Offizier offiziell wegen eines Spionageverdachts in Festungshaft. Des Königs Schwester wurde hingegen offenbar mit der Ernennung zur Äbtissin des freiweltlichen Stifts in Quedlinburg zur Ordnung gerufen. In Quedlinburg weilte sie allerdings nur selten. Trenck indessen schaffte das schier Unmögliche, floh recht spektakulär aus der Haft und nahm dann in seinen „Lebenserinnerungen“ Bezug auf seiner Beziehung zur Prinzessin. Anna Amalie von Preußen blieb unverheiratet, widmete sich auf Dauer der Musik und wurde im Alter von den Chronisten wenig schmeichelhaft als rechthaberisch, unausgeglichen und boshaft dargestellt.

Inzwischen beschäftigen sich zahlreiche Schriften mit dem Leben und Wirken der Prinzessin. Bereits 1932 und dann noch einmal 2002 wurde ihre Beziehung zum



Prinzessin Amalie von Preußen als Amazone (Gemälde von Antoine Pesne, Auszug)

Foto: bpk images

Freiherrn von der Trenck in Filmen verewigt. In der letzten TV-Romanze spielten Anna Maria Lara und Ben Becker die Hauptrollen. Die Autographe von ihren Kompositionen blieben mehrheitlich erhalten. Einige Kompositionen sind auf aktuellen Tonträgern erhältlich.

Prinzessin in großer Zeit

Anna Amalie von Preußen wurde am 9. November 1723 in Berlin geboren. Sie galt als das Nesthäkchen ihrer Familie, wurde zusammen mit ihrer Schwester Ul-

rike erzogen und verweigerte die Verheiratung mit dem schwedischen Thronfolger Adolph Friedrich von Holstein-Gottorp, weil die calvinistische Hohenzollernprinzessin eine Konversion zum Luthertum des Schweden vermeiden wollte. Schwester Ulrike hatte damit weniger Probleme und wurde die Ersatzfrau. Bei jener Hochzeit im Juli 1744 lernte Amalie den Freiherrn Friedrich von der Trenck im Gefolge ihres Bruders Friedrichs kennen. Aus der Bekanntschaft entwickelte sich wohl mehr. Doch das Paar war sehr diskret.

Nur Friedrich II. hatte wohl einen Verdacht. Die Folgen waren im Unterschied zu Trenck für die Prinzessin erträglich. Die Verpflichtung als Quedlinburger Äbtissin war mehr eine Mahnung und andererseits auch ein Versorgungsamt. Sie lebte die meiste Zeit in Berlin vorrangig in zwei Hauptresidenzen und pflegte ihre Neigungen.

Ihre Berliner Wohnsitze waren das Palais Unter den Linden 7, das spätere Palais der Herzogin Dorothea von Kurland, an dessen Stelle sich heute die russische Bot-

schaft befindet, sowie ein Palais in der Wilhelmstraße, das der König ihr schenkte und das später als Palais des Prinzen Albrecht bekannt wurde und nach 1933 als Sitz des Reichssicherheitshauptamtes schreckliche Berühmtheit erlangte.

Geistreiche Komponistin und bedeutende Sammlerin

Anna Amalie von Preußen besuchte nach der Schlacht bei Hochkirch ihren Bruder im Feldlager, beherrschte nach erstem Unterricht beim Hoforganisten Gottlieb Hayne die Instrumente Flöte, Orgel, Laute sowie Geige und widmete sich in Zusammenarbeit mit Kirnberger der Bachforschung sowie der Komposition im Bachstil. Sie erlernte verschiedene Kompositionstechniken, schrieb neben Kantaten und Chorälen sogar Märsche und ließ für das Berliner Schloss eine barocke Hausorgel bauen, die später in ihr Palais Unter den Linden umgesetzt wurde. Die Palette ihrer Kompositionen reichte vom „Trio für zwei Violinen und Bass“ und dem Choral „Ich hab mein Sach Gott heimgestellt“ über den Choral „Zion klagt mit Ernst und Schmerzen“ bis zu Sonaten und Märschen für mehrere preußische Regimenter. Die CD „Märsche am Preussischen Hof“ von 2007 enthält ihren „Marsch für das Regiment Saldern“.

Auch als Mäzenin machte sich Prinzessin Amalie einen Namen. Kontinuierlich baute sie ihre Sammlungen aus, die heute unter dem Namen „Amalienbibliothek“ zu den Kostbarkeiten der Berliner Staatsbibliothek gehören. Dabei machte sie Schulden, die ihr königlicher Bruder dann beglich.

Im Alter suchte die unverheiratet gebliebene Prinzessin mehrfach Kurorte auf und machte Bäderkuren. Sie wurde 63 Jahre alt, starb am 30. März 1787, ein Jahr nach Friedrich II., und fand in der Hohenzollerngruft des Berliner Doms ihre letzte Ruhe. Außer zahlreichen Kompositionen und der „Amalienbibliothek“ sind von ihr auch einige Gemälde überliefert.

REFORMATION

„... gelehrter als alle Papisten“

Vor 475 Jahren starb der Assistent Luthers und Vertraute Melanchthons, Caspar Cruciger der Ältere

Obwohl heute kaum noch bekannt, kann Friedrich Caspar Cruciger der Ältere zu den maßgeblichen Lehrern und Förderern der Reformation gezählt werden. Er genoss das besondere Vertrauen von Martin Luther und Philipp Melanchthon, half bei der Bibelübersetzung, verfasste viele Predigten sowie Vorlesungen und erwarb auch große Verdienste um die Veröffentlichung der Lutherschen Texte.

Anerkennung sogar von Gegnern

Die besonderen Fähigkeiten Crucigers in der Assistenz Luthers erkannten auch die Vertreter des Katholizismus an. Nicolas Perrenot de Granvelle, ein burgundischer Jurist und Staatsmann, der im Dienste Kaiser Karls V. die Kanzlerwürde bekleidete, zollte Cruciger für seine sachverständigen und flinken Sekretärsdienste für Luther bei Religionsgesprächen höchstes Lob: „Die Protestierenden haben einen Schreiber, der ist gelehrter als alle Papisten, denn er erreicht alle Worte im Nachschreiben.“

Der maßgebliche Assistent Luthers wurde am 1. Januar 1504 in Leipzig geboren. Sein Vater entstammte einer wohlha-

benden Familie in Mülsengrund bei Glauchau in Sachsen und war als erfolgreicher Krämer nach Leipzig gewechselt, wo er das Bürgerrecht erworben hatte und seinen Wohlstand mit dem erworbenen Bürgerrecht für die Messestadt mehren konnte. Sohn Caspar erhielt Privatunterricht bei den Humanisten Georg Helt sowie Kaspar Börner, erwies sich als überaus begabt und bezog schon 1513 als „Wunderkind“ die Universität von Leipzig, wo er in die Obhut anderer kam. Das reichte von Richard Croke bis zu Petrus Mosellanus. Er gehörte auch zu den Zuhörern des theologischen Streitgesprächs zwischen dem Wittenberger Theologieprofessor Luther und dem Ingolstädter Theologen Johannes Eck im Sommer 1519 in Leipzig.

Dieser intellektuelle Disput zwischen den beiden beeindruckte Cruciger. Er war besonders von der Argumentation Luthers angetan und wechselte deshalb anschließend an die Universität in Wittenberg, an der Luther lehrte.

Der aufstrebende Jüngling fiel dem Reformator und Philipp Melanchthon auf, die ihn fortan förderten. Cruciger studierte außer Theologie und Naturwis-

senschaften vor allem Mathematik, heiratete mit Unterstützung der Reformatorinnen Elisabeth von Meseritz, eine aus Pommern nach Wittenberg geflüchtete Nonne aus einem Prämonstratenserkloster, und wurde als Lutherjünger 1524 von seinen Gönnern als neuer Rektor für die Leitung der Johannisschule in Magdeburg, der neuen Stadtschule, empfohlen. Da war er erst 20 Jahre alt und schon ein Hoffnungsträger der sich entwickelnden Reformation.

Gelehrter Überflieger und treuer Sachwalter Luthers

Cruciger lehrte erfolgreich, sorgte für schulische Neuerungen und hielt sonntägliche Predigten mit großem Zuspruch. Das trug ihm Anerkennung in Magdeburg wie Wittenberg ein und 1528 die Rückberufung nach Wittenberg. Er hatte sich bewährt und war nun ein Kandidat für höhere Aufgaben. Cruciger wurde Prediger der Schlosskirche, zum Doktor der Theologie promoviert, als Universitätsprofessor berufen und entwickelte sich mit seiner ungewöhnlichen Sachkenntnis und seinen organisatorischen

Fähigkeiten schnell zum Mittelpunkt der theologischen Fakultät, die er im Schatten des übermächtigen Reformators nach Kräften in dessen Sinne prägte. Parallel erlangte auch seine erste Frau Elisabeth von Meseritz als evangelische Kirchenlieddichterin größere Bekanntheit. Bis heute zählt ihr Lied „Herr Christ“ zum Bestand der Liederbücher.

Bei Cruciger selbst kamen auf Dauer zahlreiche Sonderaufgaben hinzu. Das reichte von der Hilfe bei Luthers Bibelübersetzung und der Beteiligung an der Reformation Leipzigs über die Rolle als maßgeblicher Sekretär Luthers bei den Religionsgesprächen in Hagenau, Worms sowie Regensburg bis zur Beteiligung an der Herausgabe von Luthers „Gesammelten Werken“ in der Wittenberger Ausgabe. Als Stenograph erlangte er den Ruf eines „Geschwindschreibers“. Damit gehörte er als unverzichtbare Stütze zum engeren Lutherkreis.

Besonders hart traf Cruciger der frühe Tod seiner ersten Frau Elisabeth 1535. Mit ihr hatte er drei Kinder, zu denen Caspar Cruciger der Jüngere zählte, der später zu den Hauptstützen des „Philippismus“ ge-

hörte. 1536 heiratete Cruciger der Ältere in zweiter Ehe Appolonia Günterode, die Tochter eines kursächsischen Hofkuchenmeisters. Mit ihr zeugte er weitere Kinder. Nach dem Tod des Reformators und den Unbilden des Schmalkaldischen Krieges sah Cruciger seine Hauptaufgabe in der Bewahrung der Lehren Luthers und der Veröffentlichung seiner Werke. Dabei hatte er mit Georg Rörer einen engagierten Mitstreiter, der wegen seiner Texteingriffe allerdings umstritten war und später nach Dänemark wechselte. Cruciger der Ältere starb am 16. November 1548 in Wittenberg, neun Jahre vor seiner Witwe. Seine letzte Ruhe fand er in der Wittenberger Pfarrkirche.

Außer seinem umfangreichen Lebenswerk und seiner Witwe Apollonia hinterließ er aus zwei Ehen insgesamt sieben Kinder. Dazu gehörte außer Caspar dem Jüngeren auch Tochter Elisabeth, die dann Johannes Luther, den Sohn des Reformators, ehelichte. Ein Porträt von Caspar Cruciger dem Älteren aus der Schule von Lucas Cranach dem Älteren gehört heute zum Bestand des Amsterdamer Museums. M.S.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Als Dänemark seinen „Gesamtstaat“ begründete

Vor 250 Jahren beendete der Vertrag von Zarskoje Selo den dänisch-russischen Streit um das Herzogtum Holstein-Gottorf. Vorausgegangen war ein Aufmarsch der Dänen in Norddeutschland und eine Schwächung der Russen im Siebenjährigen Krieg

VON JÖRG ULRICH STANGE

Am 16. November 1773, vor 250 Jahren, wurden im Kieler Schloss die Tauschverträge von Zarskoje Selo vollzogen. Die herzoglichen Anteile Holsteins wurden damit vom russischen Großfürsten Paul, zugleich letzter Herzog von Holstein-Gottorf, an Dänemark übertragen. Damit sollte der langersehnte Friedenszustand zwischen Dänemark, Holstein-Gottorf und auch Russland hergestellt werden. Vorausgegangen waren jahrzehntelange Auseinandersetzungen zwischen den nordeuropäischen Mächten um die Herzogtümer Schleswig und Holstein.

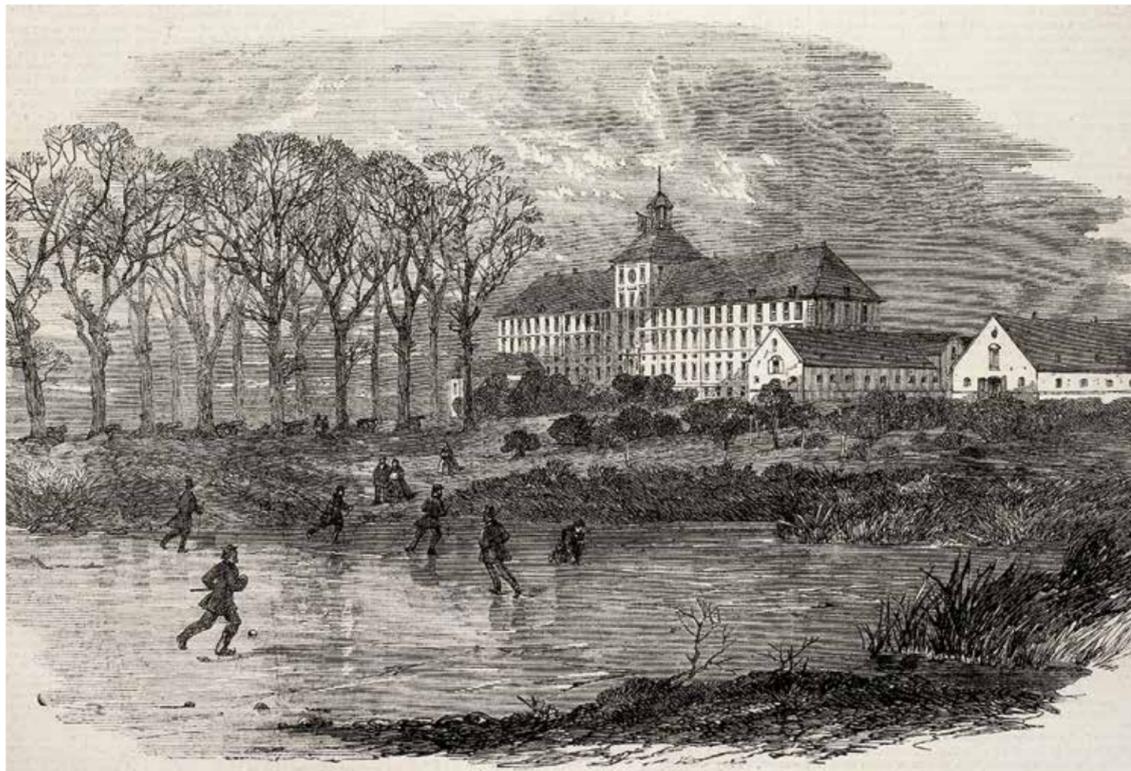
Der holsteinische Minister am Zarenhof, Caspar von Saldern, war nach dem Tod des in Kiel geborenen Herzogs von Holstein-Gottorf und russischen Kaisers Peter III. von dessen Gattin und Nachfolgerin Katharina II. beauftragt worden, die Verträge auszuhandeln, die schließlich vorsahen, die nach dem Großen Nordischen Krieg 1720 verbliebenen Anteile des Hauses Holstein-Gottorf gegen eine beträchtliche Entschädigungssumme und im Tausch gegen die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst an Dänemark abzutreten.

Die Schwäche Russlands

Dass dieser Tausch möglich wurde, wird gemeinhin mit dem Tod des Herzogs und Zaren Peter III. 1762 in Verbindung gebracht, der nicht bereit gewesen sei, sein dynastisches Erbe in Holstein an Dänemark abzutreten. Die unrechtmäßigen dänischen Begehren und imperialen Wünsche auf das Territorium eines deutschen Reichsfürsten, in diesem Fall auf das kleine Herzogtum Holstein-Gottorf, gelten hingegen als berechtigter Anspruch Kopenhagens und unterliegen kaum einer Kritik.

Dänemark mobilisierte bereits 1742 einen Teil seines Heeres, als der minderjährige Herzog Carl Peter Ulrich von Holstein-Gottorf zum russischen Thronfolger ernannt wurde. Im Mai 1758 – Russland konzentrierte sich seit einem Jahr auf den Krieg gegen Preußen – hatte Dänemark bereits 25.000 Mann in seinem Teil Holsteins mobilisiert, die im Laufe der weiteren Wochen im Süden Holsteins strategisch aufgestellt wurden. Der gefechtsbereite Aufmarsch dänischer Truppen im Südosten Holsteins nahe der Grenze zu Mecklenburg war ein offensives militärisches Vorgehen Dänemarks. Eine Provokation, die sicherlich mehr zur Konfrontation beitrug, als die Weigerung des Herzogs, auf seinen dynastischen Besitz zu verzichten.

So standen im Jahre 1761 in den dänischen Teilen Holsteins bereits 24.000 Mann bereit, um sich einem Krieg mit Russland zu stellen, das sich im fünften Jahr des zunehmend zermürbenden Siebenjährigen Krieges befand. Die Armeen der Zarin kämpften an unterschiedlichen Kriegsschauplätzen in einem Bündnis mit Österreich, Frankreich, Schweden und Sachsen-Polen, galten als erschöpft, und das Zarenreich war de facto zahlungsunfähig. Elisabeth und vor allem ihr Kanzler Woronzow wünschten daher ab spätestens November 1760 ein Ende des Krieges, doch Russland hatte gegenüber Frankreich und Österreich Bündnisverpflichtungen zu erfüllen. Das Zarenreich hatte zu diesem Zeitpunkt acht Millionen Rubel an Schulden angehäuft. Um die hohen Kriegskosten zu decken, wurden Verbrauchssteuern eingeführt, eine Politik,



Gegenstand des Streites: Schloss Gottorf, Residenz des Hauses Holstein-Gottorf und Zentrum des gleichnamigen Herzogtums

die vor allem das einfache Volk traf. Der Hof stand gegenüber den Soldaten mit über einer Million Rubel Soldforderungen in der Kreide, sodass es nicht verwundert, wenn angesichts der kriegsbedingt eintretenden Verarmung des russischen Volkes Unruhen ausbrachen. Das Aufbegehren des Volkes wirkte wie ein Fanal gegen die Kriegspolitik der Zarin.

Dänemarks Erpressung und Russlands Frieden mit Preußen

Dänemark hingegen hatte sich im Siebenjährigen Krieg neutral verhalten, seine Truppen waren ausgeruht, die Kriegsflotte, im Gegensatz zur russischen Baltischen Flotte, voll einsatzbereit. Militärisch befand sich Dänemark in diesen Jahren gegenüber Russland in einer deutlich überlegenen Position.

Entsprechend der Stärke Dänemarks wurde die wiederholt vorgetragene Forderung an den Großfürsten Peter, auf sein Herzogtum zu verzichten, jetzt mit Drohungen verbunden. So traf im August 1761 eine brisante Note des dänischen Außenministers Andreas Bernstorff beim dänischen Sondergesandten Haxthausen in St. Petersburg ein. Dieser hatte den strikten Befehl, die Mitteilung nur auf mündlichem Wege dem russischen Kanzler Woronzow vorzutragen. Die Kernaussage enthielt ein dänisches Ultimatum an den Großfürsten und an das Russische Reich. Sollte der Großfürst nicht zu einer Einigung hinsichtlich seines Herzogtums mit Dänemark bereit sein, so drohte Bernstorff, werde Dänemark feindliche Maßnahmen gegen ihn und das Russische Reich ergreifen. Welche „Maßnahmen“ das sein könnten, ließ Haxthausen zwar offen, da es sich aber um „feindliche“ handeln würde, wie er versicherte, war es naheliegend, dass es sich angesichts des demonstrativen Truppenaufmarsches der Dänen in Holstein nur um eine militärische Maßnahme handeln konnte.

Vor dem Hintergrund der dänischen Erpressung, so muss man diese Warnung bezeichnen, erscheint es wenig verwunderlich, dass Peter als neuer Zar unmittelbar nach dem Ableben Elisabeths im Januar 1762 einen Waffenstillstand mit Brandenburg-Preußen verkündete, denn er

war angesichts der Bedrohungslage auf eine Allianz mit Friedrich II. gegen Dänemark angewiesen. Der neue Zar hatte objektiv betrachtet auch gar keine andere Wahl, als unmittelbar nach dem Tod Elisabeths das sofortige Kriegsende mit Preußen zu verkünden, wenn er angesichts des dänischen Vormarsches durch Holstein die Souveränität über sein Herzogtum verteidigen wollte.

Andererseits musste Friedrich II. sich auf Peters III. Forderungen einlassen, wollte er seinen vor der unmittelbaren Niederlage befindlichen Staat retten und die von den Russen eroberten Gebiete Pommern, Neumark und Ostpreußen oder auch nur Teile davon zurückerhalten.

Zar Peter III. sicherte im Friedensvertrag von St. Petersburg vom 5. Mai 1762 Preußen zu, die von russischen Truppen besetzten Territorien zu restituieren. Diese Zusage war jedoch mit der vertraglichen Einschränkung verbunden, dass Peter III. seine Armee in diesen Gebieten weiterhin belassen durfte, „da die kritischen Umstände der Angelegenheiten in Europa es nicht erlauben, die russischen kaiserlichen Truppen, ... zu dem ... genannten Zeitpunkt ... abzuziehen ...“

Diese Vertragsklausel zielte selbstverständlich auf die bedrohliche Lage ab, in der sich die Armee des Zaren und sein Herzogtum Holstein-Gottorf befanden, angesichts der inzwischen auf 37.000 Mann angewachsenen dänischen Militärpräsenz, die im südlichen Holstein, zum Teil bereits auf holsteinisch-gottorfischen Hoheitsgebiet, aufmarschiert war. Peter III. hielt daher die von Russland eroberten preußischen Territorien weiterhin und unbefristet militärisch besetzt, um die okkupierten Gebiete, insbesondere Pommern, als Bollwerk gegen den erwarteten dänischen Vormarsch zu nutzen.

Dänemarks Einmarsch in Norddeutschland

In einem weiteren Artikel des Friedensvertrages musste sich der preußische König verpflichten, sofort nach dessen Abschluss ein Militärbündnis mit Russland einzugehen, das sich offenbar gegen Dänemark richtete, dessen unverbrauchte Armee sich auf gefährliche Distanz den

geschwächten russischen Truppen in Pommern genähert hatte.

Wie stark Russland beziehungsweise das Herzogtum Holstein-Gottorf tatsächlich von den dänischen Truppen bedroht wurde, verdeutlichen die ersten Kriegshandlungen, die nicht von Peter III. ausgingen, sondern von den dänischen Truppen in Holstein. Peter III. wartete nach dem begonnenen dänischen Vormarsch in Holstein mit dem Marschbefehl an seine Truppen in Pommern zunächst noch ab. Er klagte im April gegenüber seinem Kanzler Woronzow: „Dänemark hat mit einer ungeheuren Ausweitung seiner Rüstungen begonnen, gerade zu der Zeit, wo wir nicht weit von Verhandlungen entfernt sind.“

Anfang Juni stimmte Zar Peter III. dem Vorschlag Friedrichs II. zu, einen Friedenskongress in Berlin mit Beteiligung Dänemarks und Russlands einzuberufen. Nachdem man sich endlich auf Verhandlungen geeinigt hatte, besetzte Dänemark dennoch am 13. Juni das neutrale Hamburg, um sich durch eine Ablösesumme in Höhe von einer Million Reichsthalern von der wohlhabenden Bürgerschaft der alten Hansestadt seinen Feldzug gegen die Russen finanzieren zu lassen.

Empörung in Europa

Das militärische Vorgehen Dänemarks gegen die freie Stadt Hamburg löste im restlichen Europa Empörung aus. Als Reaktion auf diese Aggression erging am 21. Juni der Befehl an die russische Armee in Pommern, die Oder zu überqueren. Aufgrund der von dänischen Truppen vorgenommenen Kriegshandlungen gegen einen neutralen Nachbarn schien selbst Kopenhagens Gesandtem in Russland Haxthausen die Schuldfrage an dem bevorstehenden Krieg fast schon geklärt, als er an seine Regierung schrieb: „Dänemark provoziert mit seinem Marsch auf Hamburg und Lübeck den Krieg mit Russland ...“

Am 30. Juni, unmittelbar vor Beginn des Berliner Friedenskongresses, kam es zu Kampfhandlungen zwischen den Verteidigern Lübecks und Travemüdes sowie der dänischen Armee. Die weitgehend wehrlose alte Hansestadt wurde von dänischer Artillerie beschossen. Die Lübecker Bürgerschaft musste jedoch aufgrund der

überlegenen dänischen Truppen die Verteidigung ihrer Stadt aufgeben. Das Fürstbistum Lübeck, zu dem auch Eutin zählte, ein symbolisch wichtiges Territorium des Herzogtums Holstein-Gottorf, wurde ebenfalls ein Opfer dänischer Okkupation.

Von Lübeck und Travemünde aus begann jetzt der Einmarsch der Dänen ins neutrale Mecklenburg, ohne dass Peter III. auch nur einen Schuss aus russischen Waffen gegen die Dänen hatte abfeuern lassen. Das Hauptkontingent der dänischen Truppen hatte sich inzwischen auf der nordsüdlichen Linie Wismar-Grabow verschanzt. Damit standen sich Dänen und Russen nur noch hundert Kilometer entfernt gegenüber.

Der Sturz Peters III.

Angesichts des bevorstehenden Kongresses in Berlin am 12. Juli verschob Peter III. seine geplante Abreise zur russischen Armee zunächst bis Ende Juli. Damit stand einer Konferenzlösung in der Schleswig-Holstein-Frage, die Dänemark seit Langem gefordert hatte, nichts mehr im Wege. Doch am 9. Juli 1762 wurde Zar Peter III. von seiner Gattin Katharina durch einen Palastputsch gestürzt und am 17. Juli in Gefangenschaft ermordet. Kaum hatte man aus diesem Grund die Berliner Verhandlungen abgebrochen, nutzten die Dänen diese Irritationen, um sogleich Kiel, die Residenzstadt des Herzogtums Holstein-Gottorf, militärisch zu besetzen.

In zahlreichen Darstellungen wird Peter III. vorgeworfen, er wollte den Friedenskongress von Beginn scheitern lassen, weil er in Wahrheit den Krieg mit Dänemark beabsichtigte. Das ist jedoch aufgrund der militärisch schwächeren Verfassung der russischen Armee gegenüber den Dänen unwahrscheinlich. Fakt ist: Die russischen Truppen, ermüdet durch den über fünf Jahre währenden Kriegseinsatz, hatten keine Kampfhandlungen gegen Dänemark oder seine Armee unternommen. Der Befehl zum Überschreiten der Oder erging erst nach der Besetzung Hamburgs durch die Dänen und kann demnach nicht als offensives Vorgehen gewertet werden, sondern als eine reine Defensivmaßnahme. Dass Peter auf eine militärische Auseinandersetzung mit Dänemark eher verzichtet hätte, untermauern seine klagenhaften Worte vom April 1762 darüber, dass Dänemark aufrüstete, während er sich zu Verhandlungen bereiterklärt habe.

Katharina, die mütterlicherseits ebenfalls aus dem Hause Holstein-Gottorf stammte, bestritt übrigens nie, dass Kopenhagen ihr vor dem Putsch beträchtliche Summen hatte zukommen lassen. Als Zarin und Mutter drängte Katharina schließlich ihren Sohn Paul, den letzten Herzog von Holstein-Gottorf, auf sein väterliches Erbe zugunsten Dänemarks zu verzichten. Damit war der Weg frei für die Eingliederung seines Herzogtums in den dänischen Gesamtstaat. Mit dem Vertrag von Zarskoje Selo 1773 hatte Kopenhagen sein Ziel schließlich erreicht. Er sicherte Dänemark die Herrschaft über Schleswig-Holstein bis zum Jahr 1864.

● **Jörg Ulrich Stange** ist Autor zahlreicher Beiträge zur deutsch-russischen Geschichte. Seit 2012 kuratiert er die Wanderausstellung „Der Kieler Prinz auf dem Zarenthron“ über den holsteinischen Herzog und russischen Kaiser Peter III. Zuletzt erschien „Ostpreußen unter der Zarenherrschaft 1757–1762. Russlands preußische Provinz im Siebenjährigen Krieg“ (Lau-Verlag 2023).

www.lau-verlag.de

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das menschliche Gehirn ist ein Energiefresser sondergleichen. Obwohl es mit seinen durchschnittlich 1400 Gramm lediglich nur um die zwei Prozent des Körpergewichtes ausmacht, verbraucht es ein Fünftel der Energie, die dem Organismus von außen zugeführt wird. Und im Falle der Glucose beansprucht das Gehirn sogar drei Viertel der Gesamtmenge an dem Nährstoff, wobei der Bedarf in Stresssituationen bis auf 95 Prozent hochschnellen kann. Wahrnehmen und Denken sind also Prozesse, die Unmengen an Energie erfordern. Das gilt analog auch für die Künstliche Intelligenz (KI), welche derzeit immer mehr Bereiche unseres Alltags durchdringt.

Der US-amerikanische Softwareriesen Microsoft schätzt, dass die Weiterentwicklung und Nutzung der Künstlichen Intelligenz – beispielsweise durch den Einsatz von KI-Sprachmodellen wie ChatGPT – in naher Zukunft zu einer Verdopplung des globalen Stromverbrauchs führen wird, weil immer mehr Rechenleistung nötig ist. Die erste Version von ChatGPT aus dem Jahre 2018 basierte noch auf 117 Millionen Parametern, wohingegen es im Falle von ChatGPT-2 vom Februar 2019 bereits 1,5 Milliarden Parameter waren. Und das aktuelle ChatGPT-3 operiert mit 176 Milliarden Parametern, wobei gemunkelt wird, dass die demnächst folgende Version ChatGPT-4 möglicherweise gar auf 100 Billionen kommt.

Hier ist also noch sehr viel Luft nach oben, obgleich die KI in einem IT-Konzern wie Google schon jetzt so viel Strom verschlingt wie eine Großstadt in den Vereinigten Staaten. Deshalb plant Microsoft inzwischen den Einsatz von kleinen, modularen Kernkraftwerken zur Sicherung des Energiebedarfes des Unternehmens. Hinzu kommt: Neben Strom benötigt die KI gleichzeitig auch massenhaft Wasser, das für die Kühlung der Rechneranlagen erforderlich ist.

Auswirkungen werden schönegeredet

Wie Google in seinem jüngsten Umweltbericht schreibt, lag der Wasserverbrauch des Unternehmens 2022 bei insgesamt 12,7 Milliarden Litern, wobei es sich fast ausschließlich um Trinkwasser handelte. Das war ein Anstieg gegenüber 2021 um ein Fünftel – verursacht zum größten Teil durch den verstärkten Einsatz von KI. Wissenschaftler haben errechnet, dass eine einfache Aufgabenstellung an ChatGPT-3 mit rund 20 Fragen dazu führt, dass die Sprach-KI 500 Milliliter Wasser „trinken“ muss. Außerdem schätzten sie den früheren Wasserverbrauch beim Training von ChatGPT-3 zum Erlangen der Einsatzreife auf 3,5 bis 4,9 Millionen Liter – je nachdem, ob Rechenzentren in den USA oder Ostasien involviert waren.



„Deine Wolke trocknet meinen Fluss aus“: Anwohner im spanischen Kastilien-La Mancha fürchten um den Pegelstand des ohnehin oft sehr wasserarmen Tajo

Foto: pa

RESSOURCEN

Die unterschätzte ökologische Schattenseite von KI

Künstliche Intelligenz frisst Unmengen an Wasser und Strom. Der Netzbetreiber von Facebook stößt mit einem Bauvorhaben in Spanien daher bereits auf geballten Bürgerprotest

Das Problem mit dem Wasserbedarf ließe sich erheblich entschärfen, wenn die Anlagen in Regionen mit nicht zu warmem Klima stünden, weil bei Temperaturen unter 25 Grad auch eine Luftkühlung der Rechner möglich wäre. Doch die IT-Konzerne drängen immer wieder in südliche und somit heiße, trockene US-Bundesstaaten wie Arizona, Texas und Utah, weil es dort in Hülle und Fülle billiges Bauland gibt.

Außerdem will Meta Platforms, der Betreiber der sozialen Netzwerke Facebook und Instagram sowie des Nachrichtendienstes WhatsApp, nun auch noch im spanischen Talavera de la Reina auf der Hochebene von Kastilien-La Mancha ein gigantisches neues Rechenzentrum errichten, obwohl dort im Sommer regelmäßig Tagestemperaturen von über 40 Grad und Nachttemperaturen von 25 bis 35 Grad gemessen werden. Außerdem herrscht in der Region bereits jetzt Dürre, was Subventionen in Höhe von 50 Millionen Euro

an die lokale Land- und Forstwirtschaft nötig machte.

Aber das Versprechen von Meta, Arbeitsplätze zu schaffen und eine Milliarde Euro zu investieren, bewog die verantwortlichen Politiker, dem Vorhaben zuzustimmen. Nun wird der Konzern etwa 400 Hektar Land versiegeln und künftig um die 250 Megawatt Strom verbrauchen, was rund einem Viertel der Leistung eines Kernkraftwerks entspricht. Gleichzeitig soll der Meta Data Center Campus 665 Millionen Liter Wasser pro Jahr schlucken. Diese Zahl erscheint jedoch wenig realistisch, wie das Beispiel eines deutlich kleineren Microsoft-Rechenzentrums in den klimatisch zudem eher gemäßigten Niederlanden zeigt: Der Betrieb dort verschlang statt der behaupteten zwölf bis 20 Millionen Liter am Ende 84 Millionen, was für große Empörung vor Ort sorgte.

Ähnliches befürchten nun viele Menschen in Talavera de la Reina, die sich un-

ter anderem in der Bürgerinitiative „Tu nube seca mi río“ („Deine Wolke trocknet meinen Fluss aus“, wobei mit „Wolke“ die Datencloud gemeint ist) und den „Ecologistas en acción“ (Umweltschützern in Aktion) zusammengeschlossen haben: Die Angaben von Meta seien irreführend, denn tatsächlich dürfte der Wasserbedarf sehr viel höher als veranschlagt sein. Das belegt nicht nur der Fall in Holland – vielmehr würden die IT-Konzerne überall auf der Welt den Ressourcenverbrauch ihrer Rechenzentren zum Tabuthema machen oder mit falschen Zahlen operieren, um die politischen Entscheider zu täuschen.

Die heikle Frage nach dem Nutzen

Wobei sie im Falle von Talavera de la Reina aber offene Türen einrannten, denn der Regionalpräsident Emiliano García-Page von der sozialdemokratischen PSOE erklärte unmissverständlich: „Ich werde nicht zulassen, dass sich auch nur ein einziges Unternehmen aufgrund von Was-

sermangel nicht in Kastilien-La Mancha niederlassen kann“, woraufhin die PSOE-Bürgermeisterin der Gemeinde, Tita García Élez, assistierte: Es sei „unsinnig“, das Projekt in Frage zu stellen, denn „Wasser ist mehr als genug vorhanden“.

Angesichts dieser Beschwichtigungsversuche werfen Kritiker nun auch die grundsätzliche Frage nach dem Sinn solcher Rechenzentren auf: Sind die dort verarbeiteten beziehungsweise gespeicherten Daten tatsächlich so bedeutsam, dass man dafür knappe natürliche Ressourcen opfern muss? Wo liegt eigentlich der gesellschaftliche Mehrwert von Facebook, Instagram, WhatsApp, ChatGPT sowie all den Clouds von Meta, Google und Co., in denen gigantische Mengen von oftmals höchst banalen Informationen auf unabsehbare Zeit bereitgehalten werden sollen? Wäre es nicht sinnvoller, das Wasser für die Landwirtschaft aufzusparen, weil man Daten bekanntlich nicht essen kann?

METEOROLOGIE

Der Ostpazifik streckt den Klimamodellen die „Kalte Zunge“ raus

Statt sich zu erwärmen, kühlen sich riesige Gewässer vor Südamerika dramatisch ab – Forscher stehen vor einem Rätsel

Angeblich erwärmen sich die Weltmeere aufgrund des Klimawandels in kontinuierlicher Weise. So vermeldete die Nationale Ozean- und Atmosphärenbehörde der USA (NOAA) einen Temperaturanstieg an der Wasseroberfläche von rund 0,04 Grad pro Jahrzehnt zwischen 1850 und 2022. Diese Zahl basiert allerdings auf Schätzungen und Modellrechnungen. Und die könnten sich nun als grandios fehlerhaft erweisen.

Wie mittlerweile klar ist, gibt es im östlichen Pazifik eine sogenannte „Kalte Zunge“, welche von der Küste Ecuadors über tausende Kilometer nach Westen reicht. Hier fand in den vergangenen 30 Jahren

eine Abkühlung des Wassers statt, die von keinem der Klimamodelle vorhergesagt wurde. Die Temperaturdifferenz im Vergleich zum Pazifik vor der asiatischen Inselwelt ist seit 1997, als der Klimaforscher Richard Saeger von der Columbia University das Phänomen erstmals beschrieben hat, auf bis zu sechs Grad angewachsen, wobei der Prozess anhält. Gleichzeitig besteht völlige Unklarheit darüber, wie lange dies noch der Fall sein wird und warum die Abkühlung eigentlich stattfindet.

Pedro DiNezio von der University of Colorado spricht mit Blick auf die Ursachen der Entstehung der „Kalten Zunge“ von der „wichtigsten unbeantworteten

Frage der Klimawissenschaften“. Manche Experten nehmen an, dass das Abschmelzen der antarktischen Gletscher einen Kaltwassereintrag in Teilen des Pazifiks bewirke. Dem widersprechen jedoch die Ergebnisse neuerer Forschungen, denen zufolge die Eisdecke in der Antarktis zunimmt. Andere wiederum behaupten, die dünnere Ozonschicht und eine steigende CO₂-Konzentration über dem Südpolargebiet führe zu stärkeren Winden und somit höherem Zustrom von Kaltluft im Bereich des Ostpazifiks. Und dann sind noch die beiden Phänomene El Niño und La Niña im Gespräch, die für einen periodischen Wechsel beim Auftrieb kalten Tie-

fenwassers vor der Nordwestküste Südamerikas sorgen, wobei der Letztere beim El Niño deutlich nachlässt und in La-Niña-Phasen eine erhebliche Verstärkung erfährt.

Nach Ansicht von Fachleuten wie Saeger oder David Battisti von der University of Washington hat die „Kalte Zunge“ wahrscheinlich globale Auswirkungen. So könnte sie die Intensität des Monsuns in Asien beeinflussen und in Kalifornien, Australien und Afrika Dürren verursachen. Doch damit nicht genug: Kälteres Wasser im Ostpazifik führt zwangsläufig auch zu mehr tiefen Wolken über dem Ozean dort. Und mehr Wolken bedeuten

mehr reflektiertes Sonnenlicht. Mit anderen Worten: Die „Kalte Zunge“ bremst die prognostizierte globale Erwärmung oder kehrt diesen Trend vielleicht sogar ins Gegenteil um.

Auf jeden Fall zeigt ihre Existenz, dass die Klimamodelle, die der Politik heute als wesentlichste Entscheidungsgrundlage dienen, wenn es um Maßnahmen gegen die „Erderhitzung“ geht, keineswegs notwendigerweise die Realität abbilden. Und das löst nun Unruhe unter den Klimaforschern aus, die den Ruf ihrer Disziplin in Gefahr sehen und sich möglicherweise bald von lieb gewordenen Annahmen verabschieden müssen. W.K.



CRANZ

Bauruine am Strand wurde abgerissen

Eigentümer Gazprom stieß den Neubau ab – Investor plant einen neuen Gebäudekomplex

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Der Bau neuer Gebäude und architektonischer Gesamtkomplexe erfolgt im Königsberger Gebiet in der Regel recht schnell. Und wenn die Fertigstellung des Baus finanzielle Vorteile verspricht, wird der Bau oft sogar blitzschnell abgeschlossen.

Ein berühmt-berüchtigtes Bauwerk, das hingegen nie fertig wurde, ist das Haus der Räte in Königsberg. Es ist weit über die Region hinaus bekannt und längst zu einer Legende der Stadt geworden, die dieses riesige Bauwerk im Stadtzentrum zu einer Touristenattraktion gemacht hat.

Daneben gibt es aber noch ein anderes langjähriges Bauprojekt im nördlichen Ostpreußen, das jeder kennt, der schon einmal in Cranz war. Dass es sich so lange in der Bauphase befunden hat, ist besonders überraschend, denn der Kurort entwickelt sich sehr rasant – ganze Wohnviertel, neue Straßen und Infrastrukturprojekte entstehen hier in der Regel innerhalb von zwei oder drei Jahren. Aber es gibt eine Ausnahme, und die liegt nicht irgendwo, sondern direkt an der Ostseeküste.

Die Rede ist von dem sogenannten Gazprom-Hotel. Anscheinend hatte Gazprom nicht genug Geld oder den Willen, den vor drei Jahren begonnenen Bau des Hotelkomplexes abzuschließen. Gazprom hatte geplant, auf einem 6500 Quadratmeter großen Grundstück ein Hotel zu bauen, doch die Arbeiten wurden schon bald wieder eingestellt. Danach suchte der Energiekonzern lange Zeit nach einem Investor, der das Gebäude fertigstellen sollte.

Keine Einigung mit der Stadt

Nach dem Baustopp wandten sich die Behörden von Cranz an Alexej Miller, den Vorstandsvorsitzenden des Konzerns,



Abriss statt Vollendung: Das unfertige Gazprom-Hotel musste einem Neubau weichen

Foto: J.T.

mit der Bitte, die Anlage in das Eigentum der Stadt zu übertragen. Gazprom weigerte sich jedoch und bot das unfertige Hotel stattdessen zum Verkauf an, zunächst zu einem Mindestpreis von umgerechnet rund 1,6 Millionen Euro, der jedoch später gesenkt wurde. Die letzte Preisvorstellung betrug etwa 760.000 Euro. Der Grad der Fertigstellung des Hotels wurde zu diesem Zeitpunkt auf 59 Prozent geschätzt. Nach langem Ringen um einen Investor kaufte die Firma

Compass das langgestreckte Gebäude im Januar 2018.

Ursprünglich war geplant, das unfertige Gebäude zu vervollständigen. Kurze Zeit später wurde jedoch klar, dass es einfacher wäre, es vollständig abzureißen und von Grund auf neu zu bauen. Dieses Jahr war es endlich soweit. Zum ersten Mal seit vielen Jahren steht an der Promenade von Cranz in der Nähe der Anlegestelle ein leerer Platz anstelle des beeindruckenden Gebäudes mit rotem Dach.

An der Stelle des abgerissenen Gebäudes soll nun bis Ende 2024 ein Vier-Sterne-Hotel mit sieben Etagen und 80 Zimmern sowie mehr als hundert Wohnungen mit Tiefgarage, Restaurant, Schwimmbad, Spa und Geschäften im Erdgeschoss entstehen. Allerdings kann sich die Planung des Komplexes mit dem Baufortschritt noch ändern. Was jedoch mit Sicherheit jetzt schon gesagt werden kann, ist, dass die Kosten für die Wohnungen hier zu den höchsten in der Region gehören werden.

ALLENSTEIN

„Auf den Spuren des Deutschen Ordens“

Die Ausstellung des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen feiert Premiere im südlichen Ostpreußen

Im Rahmen des 14. Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongresses der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) in Allenstein am 7./8. Oktober wurde erstmals in der Republik Polen die Ausstellung „Auf den Spuren des Deutschen Ordens“ gezeigt. Wolfgang Freyberg, der langjährige Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen stellte die Ausstellung – seine letzte, die er als Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen kuratiert hatte – den Kongressteilnehmern vor.

Der auf Architekturmalerei spezialisierte Weißenfeller Maler Reinhard Bergmann hatte sich in seiner letzten Schaffensphase historischen Themen und dem Malen mittelalterlicher Gebäude zugewandt. Im Bankettraum des Tagungshotels Warminski waren neben einer Informationstafel, auf der die Verbreitung des Deutschen Ordens in Europa zu sehen war, Tafeln mit Abbildungen der Ölgemälde des gebürtigen Warnemünder Künstlers zu sehen. Weil Bergmann warme Farben bevorzugte, wurde er „Oran-

gemaler“ genannt. Auch auf seinen Gemälden der Ordensburgen dominiert die Farbe orange. Einen kleinen Scherz hatte

sich der Künstler erlaubt: Auf einigen Bildern taucht sein Hund auf, der ihn stets begleitete. Mal schaut er hinter einer Ge-

bäudeecke hervor, mal lugt er halb versteckt aus einem Gebüsch heraus auf den Betrachter.

Die Ausstellung wurde im Jahr 2017 im Deutschordensschloss in Anwesenheit des Künstlers, der 2021 verstarb, eröffnet. Obwohl inzwischen pensioniert, ist Kurator Freyberg weiterhin landsmannschaftlich aktiv. In Begleitung seines Nachfolgers Gunter Dehnert und dessen wissenschaftlichem Mitarbeiter Mika Matthies nahm er an der LO-Veranstaltung teil.

Zuvor hatte das Kulturzentrum Ostpreußen in der Universitätsbibliothek Danzig zur Eröffnung des Herderjahres mit einer Tafelausstellung über Johann Gottfried Herder beigetragen.

Die Ausstellung „Auf den Spuren des Deutschen Ordens“ ging im Anschluss an den Kongress ins Kopernikushaus nach Allenstein, wo sie über den Winter zu sehen sein wird. Peter Dukat, Leiter des Kopernikushauses, konnte sie im Rahmen der LO-Veranstaltung bereits in Augenschein nehmen. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Vor den Tafeln der Ausstellung mit ausführlichen Informationen: Wolfgang Freyberg, ehemaliger Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen und Kurator der Ausstellung (r.) mit Peter Dukat, dem Leiter des Kopernikushauses *Foto: MRK*

MELDUNGEN

Punkteerlass sorgt für Boom

Allenstein – Nach neuen Vorschriften ist in der Republik Polen ein Punkteerlass für Verkehrsvergehen nach einer Schulung künftig möglich – und führt zu vielen Kunden bei Fahrschulen. Seit dem 17. September werden Strafpunkte künftig bereits nach einem Jahr gelöscht und nicht wie bisher nach zwei. Einkassierte Führerscheine sollen nach dem vorgesehenen Zeitraum des Entzugs automatisch ohne Antrag zurückgegeben werden. Neu ist die Chance, einmal in einem halben Jahr mit einer Rehabilitationsschulung sechs Punkte erlassen zu bekommen. Diese wird teurer als bisher, hat mehr praktische Teile und einen achtstündigen theoretischen Teil, der von einem Verkehrspolizisten und einem Psychologen geleitet wird. Auf diese Möglichkeit haben anscheinend so viele Autofahrer gewartet, dass sie trotz des höheren Preises die Fahrschulen belagern. Es wird sich zeigen, ob dieser Boom länger anhält. *U.H.*

Ein Luchs in Pflege

Willenberg/Gut Nappern – Aufmerksame Einwohner aus der Umgebung von Willenberg hatten beim Masurischen Landschaftspark einen geschwächten und abgemagerten Luchs gemeldet, der sich seltsam verhielt. „Er ist nicht geflohen, sondern ließ Menschen ziemlich nahe heran, lief ein paar Meter und legte sich wieder hin“, beschrieb der Direktor des Parks Krzysztof Wittbrodt gegenüber Radio Allenstein das Verhalten des Tieres. Das sechs bis sieben Jahre alte Luchsmännchen wurde eingefangen und ins Rehabilitationszentrum für Tiere in Gut Nappern gebracht. Es gehört zu den in den letzten Jahren ausgewilderten Exemplaren, dank denen die Luchse wieder heimisch sind und zahlreicher werden. Inzwischen frisst das Tier wieder, sein Zustand ist aber weiter ernst. Die Ärzte schließen eine Infektion durch Zecken aus, vermuten hingegen eine Vergiftung. Unklar ist, wie ein scheuer und seltener Luchs sich eine Vergiftung hätte zuziehen können. *U.H.*

Konkrete Planung

Lyck/Sensburg/Rothfließ – Nach 14 Jahren soll die Eisenbahnlinie 223 von Rothfließ über Sensburg, Nikolaiken und Arys nach Lyck wieder für Passagiere in Betrieb genommen werden. Die für die Woiwodschaft und die polnische Armee wichtige Strecke wurde in das Landeseisenbahnprogramm aufgenommen. Auf ihr sollen nach einem Umbau der Gleise Züge mit 120 Kilometern pro Stunde fahren, sodass von Allenstein aus Sensburg in einer und Nikolaiken in anderthalb Stunden erreicht wird. Die staatliche Eisenbahngesellschaft PKP PLK schätzt die Kosten etwa 130 Millionen Euro. Genaueres sollen die Projektdokumentation und die Machbarkeitsstudie ergeben, für deren Erarbeitung die PKP PLK eine Ausschreibung vorbereitet. *U.H.*

Wir gratulieren...



Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von 20,-€ (inkl. 19% Mwst.)
- Große Grußanzeige zum Sonderpreis von 30,-€ (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige		Große Grußanzeige
-----------------------	--	----------------------

Ihr Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:
 Preussische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
 Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
 E-Mail: anzeigen@paz.de
 Fax an: 040/41 400850



ZUM 101. GEBURTSTAG

Czeranski, Helene, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 3. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Richter, Christiane, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 7. November
 Riechey, Hella, geb. Ragozat, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. November
 Wenzel, Lisbeth, geb. Randt, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 5. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kairies, Hildegard, geb. Brix, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 8. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bartels-Frost, Günther, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 9. November
 Müller, Hedwig, aus Neuforst/Rhein, Kreis Lötzen, am 5. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Albrecht, Gerda, geb. Juckschat, aus Lyck, am 5. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kerstan, Waltraut, geb. Nowotka, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 9. November
 Ludwig, Renate, geb. Pogorzelski, aus Treuburg, am 4. November
 Roeder, Erika, aus Markau, Kreis Treuburg, am 7. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Köhler, Hanna, geb. Tetzlaff, Kreis Ebenrode, am 4. November
 Klose, Hilde, geb. Wagner, aus Hindenburg, Kreis Labiau, am 3. November
 Neumann, Waltraud, geb. Bendz, aus Neidenburg, am 4. November
 Ollech, Paul, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 8. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Babbel, Kurt, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 7. November
 Bondzio, Günther, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 5. November
 Nowack, Erika, geb. Bahlo, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 7. November
 Petersen, Edith, geb. Zakrzewski, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 6. November
 Wengoborski, Margot, geb. Jahn, aus Lyck, am 3. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Biesel, Christa, geb. Legien, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 6. November
 Blessing, Gertraud, geb. Kiparski, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 6. November
 Daebel, Erich, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 6. November
 Geisler, Erika, geb. Tonk, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 4. November
 Glowatzki, Liesbeth, geb. Kraffzik, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 6. November
 Jodeit, Sigrid, geb. Salomon, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 3. November
 Kaufmann, Hannelore, geb. Weichert, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 6. November
 Kaufmann, Maria, geb. Schulz, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 5. November

Mittelstädt, Elfriede, geb. Brodowski, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 6. November
 Przyborowski, Edeltraut, geb. Dziadek, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 9. November

Völker, Inge, geb. Lengwenus, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 6. November

Weituschat, Bruno, aus Lenzen-dorf, Kreis Lyck, am 7. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bromberg, Lisbeth, geb. Schmittka, aus Großalbrechtort, Kreis Ortelsburg, am 6. November
 Heinrich, Willi, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 4. November
 Joppien, Reinhard, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 5. November
 Kobus, Lucie, geb. Streuer, aus Hortlauken, Kreis Fischhausen, am 9. November
 Koschorrek, Werner, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 8. November
 Naruhn, Inge, geb. Borowski, aus Wehlau, am 3. November
 Stotz, Elli, geb. Krause, aus Warschkeiten, Kreis Preußisch Eylau, am 7. November
 Wrobel, Heinz, aus Lyck, SteinstraÙe 4, am 6. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Blaurock, Horst, aus Soffen, Kreis Lyck, am 4. November
 Koch, Charlotte, geb. Krüger, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. November
 Kuberski, Edeltraut, geb. Olschewski, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 4. November
 Kulozik, Christa, geb. Petermann, aus Nöttnicken, Kreis Fischhausen, am 7. November
 Lange, Klaus, aus Rimlack, Kreis Preußisch Eylau, am 8. November
 Reuter, Hannelore, geb. Günther, aus Keppen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 3. November
 Schwarz, Anneliese, geb. Karschau, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 8. November
 Spittka, Gertrud, geb. Sontowski, aus Ostfließ, Kreis Ortelsburg, am 9. November
 Trzaska, Eitel, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 4. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Berger, Ingrid, geb. Kannenberg, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 6. November
 Kuczewski, Anita, geb. Sdrenka, aus Ortelsburg, am 5. November
 Schmidtke, Gerda, geb. Hegerfeld, aus Wehlau, am 8. November
 Strobel, Gertrud, geb. Iwannek, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. November

Urbschat, Arno, aus Kutzen, Kreis Treuburg, am 4. November
 Ziemien, Brigitte, geb. Zander, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Batz, Anneliese, aus Malgaofen, Kreis Neidenburg, am 7. November
 Baumgart, Christel, geb. Adamzik, aus Sentken, Kreis Lyck, am 9. November
 Bondzio, Fritz, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 5. November
 Dudde, Edeltraut, geb. Nadzeyka, aus Lyck, am 8. November
 Gläser, Irmgard, geb. Blaskowski, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 5. November
 Heck, Traute, geb. Schliwinski, aus Mulden, Kreis Lyck, am 3. November
 Hülse, Irmgard, geb. Paprothka, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 8. November
 Klose, Hilde, geb. Wagner, aus Hindenburg, Kreis Labiau, am 3. November
 Krüger, Klaus, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 3. November
 Nieduschewski, Dieter, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 3. November
 Schröder, Dr. Karl-Hermann, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. November
 Urban, Gerda, geb. Kozian, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 8. November
 Wagner, Lothar, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 5. November
 Wittholz, Ingeburg, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 7. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Hoffmann, Gerd, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 5. November
 Michel, Barbara, geb. Eichner, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 5. November
 Nowosadtke, Manfred Kurt, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 4. November
 Plewe, Diethard, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 5. November
 Scholz, Adelheid, geb. Prystuppa, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 6. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Kargowski, Monika, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 6. November
 Wölk, Luise-Marlene, geb. Bartels, Kreisgemeinschaft Mohrunen, am 8. November

PAZ wirkt!

Zusendungen für die Ausgabe 46/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 46/2023 (Erstverkaufstag 17. November) **bis spätestens Dienstag, den 7. November**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preussische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Das Bildarchiv Ostpreußen zu Besuch in der Geschäftsstelle der Landesgruppe Bremen
Foto: Landesgruppe

Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann,
Geschäftsstelle: Parkstraße 4,
28209 Bremen, E-Mail:
heinrichlohmann@gmx.de,
Telefon (0421) 3469718

Das Bildarchiv Ostpreußen zu Gast in unserer Geschäftsstelle

Im Sommer dieses Jahres verabredeten wir mit dem Bildarchiv Ostpreußen eine Überprüfung der in unserem Archiv über Jahre gesammelten und verwahrten Fotos, Ansichtskarten und Landkarten.

Eine Übernahme und Eingliederung in die Bestände des Archivs sollte bei noch unbekanntem Ansichten erfolgen.

Im August war es dann soweit. Die Herren Manfred Schwarz und Thomas Mack machten sich mit ihrer Technik auf den Weg zu uns, um die Bestände in unserer Geschäftsstelle zu sichten und gegebenenfalls zu scannen.

Den ganzen Tag wurde emsig gesichtet und verglichen. Das Ergebnis übertraf die Erwartungen, denn die Zeit hatte nicht gereicht, um wenigstens die Hälfte der Objekte zu erfassen.

Wir einigten uns, dass die verbliebenen Abbildungen mitgenommen werden durften.

Nach Abschluss der Arbeiten werden sie demnächst wieder zu uns zurückgebracht. Wir sind auf das Ergebnis, die genaue Zahl der bei uns neu aufgenommenen Bilder, gespannt.

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28,
61381 Friedrichsdorf, Telefon
(0170) 3086700

Ostpreußen: Bilder einer Landschaft und Mitgliederversammlung

Wiesbaden – Sonnabend 18. November, 15.00 Uhr, Lichtbildvortrag von Dieter Schetat und satzungsgemäße Mitgliederversamm-

lung -Jahreshauptversammlung - mit folgender Tagesordnung:

1. Abstimmung über die Tagesordnung
2. Feststellen der Anwesenheit und des Stimmrechts
3. Geschäftsbericht des Vorstandes
4. Bericht des Schatzmeisters
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4
7. Entlastung des Vorstandes
8. Verschiedenes

Zuvor ist Zeit zur Unterhaltung bei gemeinsamer Kaffeetafel.

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.
Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465.
Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Jahreshauptversammlung der Landesgruppe Niedersachsen
Ein umfangreiches Programm erwartete die Teilnehmer - Mitglieder und Gäste - bei der Jahreshauptversammlung der Landesgruppe Niedersachsen im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg.

Auf ungeteiltes Interesse stieß der Vortrag des Buchautors und Historikers Jörg Ulrich Stange über „Ostpreußen unter der Zarenherrschaft 1757 - 1762 - Russlands preußische Provinz im Siebenjährigen Krieg nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass sich gegenwärtig alle Augen auf Russland richten. Mit großem Interesse wurden ebenfalls die Ausführungen des Hausherrn, Museumsdirektor Dr. Mähner über die Aktivitäten des Ostpreußischen Landesmuseums zur Kenntnis genommen.

Zu Beginn der Jahreshauptver-

sammlung wurde in der Totenehrung der Mitglieder gedacht, die im vergangenen Jahr abberufen worden sind. Das Gedenken galt auch der Landsleute, die auf der Flucht ihr Leben verloren haben sowie den Soldaten, die ihr Leben im Kampf um die Heimat opferten.

Schwerpunkt im Teil I der Versammlung bildeten die Berichte über die Vorstandsarbeit und die Arbeit der Bezirks- und Kreisgruppen.

Ihren Bericht mit der Rückschau auf das vergangene Jahr leitete Frau Dr. Loeffke mit einem kurzen Blick auf die allgemeine politische Situation und die neue Regierung in der Bundesrepublik ein. Sie zitierte die Bundesinnenministerin mit der Aussage: „Sie (die Heimatvertriebenen) sind ein wichtiger Teil der Zivilgesellschaft“. Sie erinnerte an das schwere Schicksal der Menschen in der Ukraine.

Sorge bereitet den Vertriebenen die Diskussion über den Fortbestand des §96 BVFG, der mit seinen Bestimmungen eine wichtige Grundlage für die Arbeit der deutschen Heimatvertriebenen bildet. Sie sprach schließlich auch über die vorbildlichen Leistungen der Vertriebenen beim Aufbau der Bundesrepublik nach 1945. Dankbar waren die Vertriebenen für das Verständnis und die Hilfe von Nichtvertriebenen für ihr schweres Schicksal, über das heute immer weniger gesprochen wird.

Interessante Einblicke in ihre Aktivitäten gaben die Berichte der Bezirks- und Ortsgruppenvorsitzenden. Die Bezirksgruppe Braunschweig besteht noch aus der Ortsgruppe mit derzeit 20 Mitgliedern. Die Gruppe trifft sich monatlich mit DIA- bzw. DVD-Vorträgen zum Kaffeetrinken und Pilchändern unter Vorsitz von Fritz Folger. Monatlich trifft sich auch die Ortsgruppe Oldenburg der Bezirksgruppe Weser-Ems unter Leitung von Dr. Gisela Borchers. Von 60 eingeladenen Personen nehmen an den Veranstaltungen 20 - 25 Mitglieder und Gäste teil. Die Vorträge sind mit Kaffeetrinken verbunden. Besondere Veranstaltungen werden zum Erntedankfest und in der Adventszeit ausgerichtet. Die Ortsgruppe Lüneburg, geführt von Dr. Barbara Loeffke kommt monatlich mit ca. 10 Mitgliedern zusammen. Sehr aktiv ist die Gruppe Ebbsdorf mit 58 Mitgliedern unter ihrem Vorsitzenden Rainer Schartner. Monatliche Treffen, Frühjahrsfest, Adventsnachmittag und eine Busfahrt gemeinsam mit dem Roten Kreuz stehen auf dem Programm. Helmut Papke, Vorsitzender der Bezirksgruppe Lüneburg will die Gruppe Celle wieder aufbauen, Christian Perbandt wird versuchen, die Bezirksgruppe Hannover wieder mit Leben zu erfüllen. Die Gruppen Hildesheim und Holzminden hatten ihr Fernbleiben von Hauptversammlung entschuldigt. Die Gruppe Hildesheim hat 30 Mitglieder, die sich monatlich treffen. Es werden sehr informative Vorträge gehalten, so fanden unter anderem ein Fluchtbericht von Lyck in das Eichsfeld großes Interesse ebenso wie über Osterbräuche und Immanuel Kant. Holzminden hat noch 28 sehr rege Mitglieder. Zu den monatlichen Treffen kommen auch gerne Einheimische.

Unterschiedliche Themen in Vorträgen, Führungen in und um Holzminden stehen auf dem Programm. Die Gruppe Buxtehude informiert regelmäßig über ihr Pro-

gramm, das sich insbesondere durch Reisen und regelmäßige gut besuchte Zusammenkünfte und Veranstaltungen auszeichnet.

Die Schatzmeisterin, Frau Pottschien, gab den Kassenbericht, der einstimmig genehmigt wurde.

Zu den Regularien gehörte auch die Wahl des/der Vorsitzenden und der Schatzmeisterin. Für den Vorsitz wurde Frau Dr. Loeffke zur Wiederwahl vorgeschlagen. Sie wurde einstimmig gewählt, nahm das Amt an und bedankte sich für das Vertrauen. Ebenso einstimmig wurde die Schatzmeisterin, Frau Hilde Pottschien, gewählt. Auch sie nahm das Amt an.

Nach der Mittagspause kam dann im Teil II der Versammlung der Buchautor und Historiker Jörg Ulrich Stange zu seinem mit Spannung erwarteten Vortrag mit Lichtbildern über ein bisher wenig bekanntes Thema zu Wort, das er auch in einem historischen Sachbuch veröffentlicht hat.

„Ostpreußen unter der Zarenherrschaft 1757-1762. Russlands preußische Provinz im Siebenjährigen Krieg.“ In der anschließenden Diskussion ging es u.a. um die gegenseitige kulturelle und geistige Befruchtung zwischen Deutschen und Russen.

Mit einem Dank an Jörg Ulrich Stange für seinen faszinierenden Vortrag, dem Dank an Museumsdirektor Dr. Mähner für seine interessanten Einblicke in die Arbeit des Ostpreußischen Landesmuseums sowie dem Dank an die Mitglieder für die Teilnahme und Mitwirkung bei der Jahreshauptversammlung und das Engagement für Ostpreußen auf vielfältige Weise, beendete die Vorsitzende die Zusammenkunft.

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhneke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Einladung zum Heimatnachmittag "Die Elchschaufel Ostpreußens Symbol" Vortrag von Wilhelm Kreuer

Wuppertal - Sonnabend, den 18. November Hofaue 51, in Wup-

ANZEIGE



LUDWIG DER EWIGE KAMPF

Deutschland am Abgrund: Die Kombination aus Gottlosigkeit, Größenwahnsinn und ideologischer Verblendung bedroht seine Existenz. Doch es regt sich Widerstand. Es geht um die Alternativen: Freiheit oder Tyrannei, Licht oder Dunkelheit. Der Staat reagiert mit Gewalt. Entwickelt sich dennoch aus der kleinen Flamme die Kraft des reinigenden Feuers? Fiktion, gleichwohl realistisch, tragisch, zugleich ermutigend.

Michael Siebrandt // Ludwig - Der ewige Kampf
392 Seiten | Hardcover, gebunden | € 30 | ISBN: 978-3-948165-06-2 | Auch als E-Book erhältlich



Hier erhalten Sie dieses Buch:
www.verlagshaus-siebrandt.de

pertal - Elberfeld, 14.00 Uhr. Vor einigen Jahren verweigerte der Bonner General Anzeiger den Abdruck der Elchschaufel in Todesanzeigen für Manfred Ruhnau, dem langjährigen Vorsitzenden der Bonner Ostpreußengruppe, weil die Elchschaufel ein Militärsymbol sei. In seinem Vortrag wird Wilhelm Kreuer die Entwicklung und Nutzung des zivilen Symbols der Elchschaufel seit ihrer Einführung im Jahre 1787 als Brandzeichen für Trakehner Pferde bis zu ihrer Eintragung als geschütztes Warenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen im Jahre 1957 schildern. Gäste sind herzlich eingeladen.

Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzende: Ingrun Renker
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Bundesversammlung

Am Abend des 20. Oktober trafen sich die angereisten Mitglieder in der Universitätsstadt Göttingen um an den beiden folgenden Tagen die jährliche Bundesversammlung abzuhalten.

Es wurde gemeinsam zu Abend gegessen und viel erzählt.

Am nächsten Morgen fand man sich zur eigentlichen Versammlung zusammen. Themen waren unter anderem die Berichte

der Arbeitsgruppen und anschließende Wahlen.

Nach den Aussprachen zu den Berichten wurde gewählt. Der bisherige Vorsitzende Tobias Kollakowski war aus persönlichen Gründen von seinem Amt zurückgetreten, weshalb diese Position neu besetzt werden musste. Zur Wahl stellte sich die bisherige Stellvertreterin Ingrun Renker. Sie wurde einstimmig von der Versammlung gewählt.

Für den nun frei gewordenen Stellvertreterposten wurde (ebenfalls einstimmig) der bisherige Geschäftsführer Johannes Acker ausgewählt. Im Anschluss wurde, ebenfalls einstimmig, Patrick Doliwa als neuer Geschäftsführer/Mitgliederbeauftragter bestimmt.

Nach erfolgreicher Wahl spazierte man gemeinsam in der Stadt, um dort zu Abend zu essen. Im Anschluss ließ man gemeinsam in der Herberge den Abend ausklingen, die Stimmung war ausgelassen, Geschichten über Ostpreußen und die vergangene Sommerfahrt wurden ausgetauscht.

Am Sonntagmorgen stand die Planung des nächsten Kalenderjahres auf der Tagesordnung. Auch im nächsten Jahr sind viele spannende und interessante Veranstaltungen geplant, wir informieren hierzu rechtzeitig auf unserer Internetseite oder den sozialen Medien. Zum Abschluss wurde wie immer das Ostpreußenlied gesungen.

Wir freuen uns auf ein erfolgreiches Jahr mit allen anstehenden Projekten.

Der Vorstand

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten



Bestellung:
Preußische Allgemeine
Angela Selke
selke@paz.de
Tel: 040-414008-0

35,- Euro
zzgl. Porto
und
Verpackung

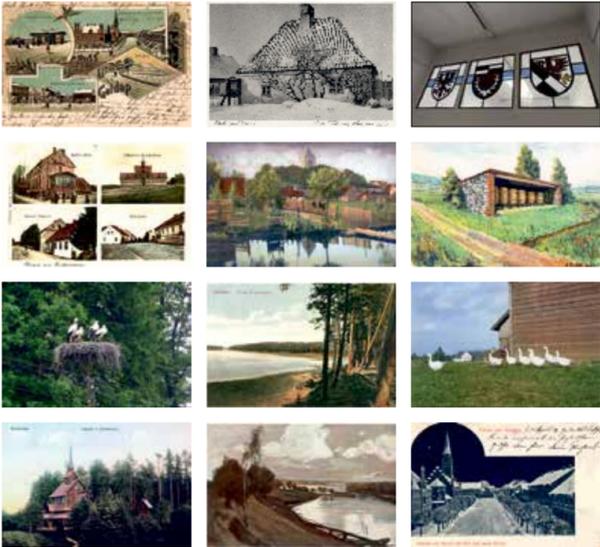
LO-Termine 2023

10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Heimatkreisgemeinschaften



GOLDAP

Kalender 2024

Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e. V. © 2023

Goldap Kalender 2024 12 Kalenderblätter mit Motiven aus Stadt und Kreis Goldap, überwiegend von farbigen, historischen Postkarten mit den dazu passenden Kalendersprüchen.



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Goldap – Fotokalender 2024

12 Kalenderblätter mit Motiven aus Stadt und Kreis Goldap, überwiegend von farbigen, historischen Postkarten mit den dazu passenden Kalendersprüchen.

A4 Format, Ringbindung, ab sofort lieferbar, Kosten: 10,95 € + Versand. Bestelladresse (E-Mail)

Die PAZ
zum Probelesen
Vier Wochen gratis
Telefon (040) 41400842

verkauf@goldap.de, Tel. 04142-3552 oder 04141-7977537 (nur Mittwochnachmittag), Postadresse: Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, 21680 Stade



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

12. Lycker Treffen

Bremen – Donnerstag, 16. November, 13 Uhr, Beginn um 14 Uhr, Best Western Hotel zur Post: Lycker Treffen in Bremen unter neuer Leitung. Wilhelm Norra hat die Organisation an Heidi Mader abgegeben. Nähere Auskünfte bei Heidi Mader: E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder unter Telefon

(0421) 67329026. Eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich.



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Treffen in Rastenburg 2024

Wir versuchen, für das Jahr 2024 noch einmal eine gemeinsame Busfahrt nach Rastenburg zu organisieren. Der Zeitrahmen wäre der 1. bis 12. Mai 2024. Ausgangs- und Endpunkt der Fahrt wäre Magdeburg.

Damit diese Reise stattfinden kann, müssen sich mindestens 20 Personen verbindlich bis zum Jahresende anmelden.

Wer Interesse daran hat, sollte sich umgehend bei Rita Kalmbach, Telefon: 03924/5828 oder per Mail: er-kalmbach@t-online.de melden.

Alternativ gibt es noch die Möglichkeit der eigenen Anreise per Auto, Eisenbahn oder Flugzeug und Leihwagen. Vor Ort können dann gemeinsame Unternehmungen verabredet werden.

Bitte dann individuell die Zimmer und den Zeitraum innerhalb des Zeitfensters vom 1. bis 12. Mai 2024 im Hotel Koch buchen. Hotel Koch, ul. Sportowa 1, PL-11-400 Kętrzyn, Telefon: 0048 / 89 751 1093, E-Mail: kochsportowa@wp.pl



Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Uwe Jörg Schmick, Niederwallstraße 13, 10117 Berlin, Tel.: 0171/7196434
Mitgliederfragen: Bernd Polte, Stege 3, 19322 Abbendorf, Telefon (038791) 179873, E-Mail: koljanwanja@gmx.de

Zum Gedenken an Hans Dzieran

* 15.06.1929 † 20.10.2023
Die Stadtgemeinschaft Tilsit trauert um Hans Dzieran, unserem Tilsiter Urgestein, langjährigen

1. Vorsitzenden und Ehrenvorsitzenden, der in Chemnitz, seiner zweiten Heimat, im Alter von 94 Jahren verstarb. Mit seinem jahrzehntelangen Engagement für seine ostpreußische Heimat, seinem Wissen, seiner herzlichen Art, den zahlreichen Publikationen zu Tilsit früher und heute sowie seinen gelebten preußischen Tugenden, war Hans Dzieran eine tragende und ständig inspirierende Säule unserer Heimatarbeit.

1929 als Sohn eines Zöllners in einer Zollstation im Kreis Tilsit-Ragnit, an der Grenze zum litauisch annektierten Memelland geboren und mit Memelwasser getauft, verbrachte er hier eine un-

getrübte Kindheit und seine Jugendjahre in Tilsit, wo er die Meerwischer Volksschule und dann die Oberschule/Realgymnasium für Jungen besuchte. 1995 übernahm er für viele Jahre den Vorsitz dieser aktiven Schulgemeinschaft und organisierte eine Vielzahl Treffen der ehemaligen Schüler. Am 1. Oktober 1944 floh seine Mutter mit den Kindern vor der herannahenden Front und verheerenden sowjetischen Bombenangriffen mit Bahntransport nach Sachsen. Hier in Mitteldeutschland fanden 1944/45 viele Tilsiter Aufnahme und es wurde ihre zweite Heimat. Auch Hans Dzieran meisterte die schwere

Nachkriegszeit, arbeitete zunächst dienstverpflichtet im Uranbergbau der „Sowjetisch-Deutschen AG Wismut“, im Erzgebirge. Er studierte mit 23 Jahren Betriebswirtschaft und wurde Dolmetscher für die russische Sprache. Sein Berufsleben widmete er dem Bergbau, verfasste eine Vielzahl an fachwissenschaftlichen Artikeln und baute ein rechnergestütztes Bergbau-Dokumentationssystem auf. Er heiratete seine Frau Regina, eine gebürtige Schlesierin und sie bekamen eine Tochter. Der Tilsiter Junge hat erfolgreich die Anforderungen des Lebens gemeistert.

Mit der Vereinigung der bei-

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellungen

21. Oktober bis 25. Februar 2024, Eröffnung: Freitag, 20. Oktober, 18.30 Uhr: **Stinthenste, Krähnenbeißer, Lange Wurst und Co. – Ostpreußische Bräuche im Wandel.** Bräuche bestimmen unser Leben, im Alltag sowie zu besonderen Anlässen. Warum? Dafür gibt es die verschiedensten Gründe und Entstehungsgeschichten. Auch in Ostpreußen haben sich im Laufe der Zeit unterschiedliche Bräuche entwickelt, manche kommen uns heute noch sehr bekannt vor, andere erscheinen uns ein wenig veraltet, wieder andere führen uns in eine völlig fremde und einzigartige Welt. Einem Teil dieser Bräuche widmet sich diese Kabinettausstellung.

18. November 2023 bis 25. Februar 2024, Eröffnung: Freitag, 17. November, 18.30 Uhr, Eintritt frei! **Die Königsberger Kunstakademie (1845-1945). Künstler aus zwei Jahrhunderten** Mit Künstlern wie Lovis Corinth (Schüler), Ludwig Dettmann (Direktor), Artur Degner (Schüler, Lehrer) und Ernst Mollenhauer (Schüler) ist die Geschichte der Königsberger Kunstakademie eng verbunden. Zwischen ihrer Gründung 1845 und dem Untergang Königsbergs 1945 bildete die Aka-

demie 100 Jahre das künstlerische Zentrum Ostpreußens. Vor allem die weite Landschaft und die Küste waren eine der Hauptinspirationsquellen der dortigen Künstler. Die Ausstellung zeigt Werke der verschiedenen Direktoren und Lehrer, die an der Kunstakademie in Königsberg gewirkt haben.

Veranstaltungen

Samstag und Sonntag, 4. und 5. November 2023, 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 2,50 € (inkl. Besuch der Dauerausstellung), Eröffnung mit Bürgermeisterin Hiltrud Lotze am Freitag, 3. November 2023, 18.30 Uhr, Eintritt frei! **Museumsmarkt: Tradition trifft Modernes** Die lebendige Präsentation von traditionellem Handwerk und modernem Design lockt in diesem Jahr am ersten Novemberwochenende wieder auf den beliebten Museumsmarkt des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung. Der Markt ist bekannt für Originelles und Köstliches wie edler Bernsteinschmuck aus Litauen, leckeres Königsberger Marzipan, Wildfruchtspezialitäten, Imkereiprodukte und Bienenwachskerzen. Kunsthandwerkerstände sind in der gesamten Dauerausstellung zwischen historischen Museumsobjekten verteilt.

In gemütlich-sinnlicher Atmosphäre können besondere Geschenke und auch schon Adventliches gekauft werden: Exklusives, aber auch Brauchbares und Schönes für den kleinen Geldbeutel. Zudem bieten die Deutschbalten traditionelle Köstlichkeiten an. Die Lüneburger Soroptimisten engagieren sich wieder mit einer Tombola für einen guten Zweck und unseren Museums-Kinderclub. Das Kinderprogramm lädt zum Mitmachen ein. Die Kinder können Holzchele bemalen oder die Technik des Bändchen-Webens erlernen. Für den kleinen Hunger zwischen durch bietet das MuseumsCafé Bernstein eine große Auswahl.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Tel. +49 (0)4131 759950

E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Öffnungszeiten Di – So 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 7,00 €, ermäßigt 4,00 €,

Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei!

Ehrenvorsitzender Hans Dzieran verstorben



Mit tiefer Trauer geben wir bekannt, dass unser geschätzter Ehrenvorsitzender

HANS DZIERAN

am 20. Oktober 2023 verstorben ist.

Hans Dzieran war eine tragende Säule unserer Stadtgemeinschaft. Sein außergewöhnlicher Einsatz und seine grenzenlose Hingabe für Tilsit werden uns stets in Erinnerung bleiben.

Durch die unermüdete Arbeit, die er in den vergangenen Jahren für Tilsit und unsere Stadtgemeinschaft geleistet hat, hat Hans Dzieran unser aller Leben bereichert.

Wir sind fest entschlossen, sein Andenken in Ehren zu halten und in seinem Sinne weiter für Tilsit zu wirken.

Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Hans Dzieran

* 15. Juni 1929

in Kloken

Kreis Elchniederung

† 20. Oktober 2023

in Chemnitz

Der Verstorbene war von 2010–2018 Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Tilsit sowie Mitbegründer und langjähriges Vorstandsmitglied der LO-Landesgruppe Sachsen.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die LO Herrn Hans Dzieran im Jahre 2009 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister

Heimatkreisgemeinschaften



In Erinnerung Die Stadtgemeinschaft Tilsit trauert um Hans Dzieran, Tilsiter Urgestein, langjähriger 1. Vorsitzender und Ehrenvorsitzender

Foto: Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.

den deutschen Nachkriegsstaaten widmete er seine Kraft der ostpreußischen Heimatarbeit. Er wurde Mitbegründer, Vorstand und Ehrenvorsitzender der Sächsischen und Chemnitzer Landsmannschaft für Ost- und Westpreußen. 1999 wurde er in den Kreistag der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit gewählt, war dort für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich und trat 2011 der Stadtgemeinschaft Tilsit bei, wo er nach dem plötzlichen Tod von Ulrich Depkat, bis 2018 den Vorsitz in schwieriger Zeit übernahm.

Unser Hans Dzieran wurde zum Motor und zur Seele unserer Gemeinschaft, Ideengeber, Hei-

matforscher und Publizist, Repräsentant der Gemeinschaft und diplomatischer Vermittler zwischen der Generation vertriebener Tilsiter und der im heutigen Sowjetsk lebenden russischen Bürgern. Der russischen Sprache mächtig, leistete er eine erfolgreiche Arbeit zur Pflege und Bewahrung des deutschen Antlitzes der „Stadt ohne Gleichen“. Mit seinen Vorstandskollegen und engagierten Tilsitern wurde ein Gedenkstein für Herzog Albrecht aufgestellt und der Platz in „Herzog-Albrecht-Platz“ umbenannt. Die Wiederherstellung des historischen Gerichtsbrunnens mit preußischem Adler, die Neuanfertigung des „Königin-

Luise-Denkmal im Park Jacobsruh, die Schaffung eines Stück „alten Tilsits“ mit historischen Straßenlaternen, Wegweisern und einer alten Straßenbahn am „Hohen Tor“ die Wiedereinführung des ehemaligen Tilsiter Stadtwappens und der Tilsiter Stadtfarben für Sowjetsk, sind nur einige Beispiele der Erinnerungskultur, die auch mit Mitteln der Stadtgemeinschaft realisiert wurden.

Hans Dzieran pflegte die partnerschaftlichen Beziehungen zu Kiel und Sowjetsk, war Organisator erlebnisreicher Treffen der Tilsiter Erlebnisgeneration und ihrer Nachfahren. Nicht zuletzt bleibt uns seine ansteckende,

fröhliche Art in geselliger Runde in bleibender Erinnerung. Wer erinnert sich nicht an seine kräftige, wohlklingende Gesangsstimme, die in fröhlicher Runde begeisterte und zum Mitsingen animierte.

Gern erinnern wir uns an sein Wirken als Heimatforscher und Publizist der neueren Tilsiter Geschichte. Publikationen wie: „Die Tilsiter Dragoner“, „Auch sie gehörten zu Tilsit – die Tilsiter Juden“, „Tilsit – zwischen Lenin und Luise“, „Als Tilsit verloren ging“ stammen aus seiner Feder. Auch in Zeiten schwieriger Beziehungen hat Hans Dzieran stets eine ausgleichende Position eingenommen und informierte engagiert über aktuelle Entwicklungen in Sowjetsk. Unzählbar sind seine Beiträge, die er als profund-er Kenner Tilsits in der PAZ/Ostpreußenblatt und in unserer

Heimatschrift Tilsiter Rundbrief veröffentlichte. Noch vor wenigen Monaten vollendete er das regionalhistorische Lektorat der deutschen Übersetzung der russischen Ausgabe der „Tilsiter Dominanten“, eines Werkes über die deutsche Architektur und Baukunst im heutigen Sowjetsk. Wir betrachten diese Arbeit, in die sein reiches Wissen über Tilsit eingeflossen ist, als sein bleibendes Vermächtnis.

Für seinen herausragenden Einsatz zur Bewahrung der Erinnerung an die ostpreußische Heimat und zur lebendigen Pflege ihres Erbes, erhielt Hans Dzieran eine Vielzahl von Auszeichnungen. Besonders emotional berührte ihn die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadtgemeinschaft Tilsit und die Bismarck-Medaille der Bismarck-Gesellschaft.

Durch sein unermüdliches Wirken für Tilsit und unsere Stadtgemeinschaft in den vergangenen Jahren hat Hans Dzieran unser aller Leben bereichert. Für viele war er ein guter Freund und väterlicher Begleiter in besten Zeiten der Stadtgemeinschaft Tilsit. Wir sind fest entschlossen, sein Andenken in Ehren zu halten und in seinem Sinne weiter für Tilsit zu wirken.

Uwe Jörg Schmick (1. Vorsitzender Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.)
Manfred Gesien, Bernd Polte
Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.



matforscher und Publizist, Repräsentant der Gemeinschaft und diplomatischer Vermittler zwischen der Generation vertriebener Tilsiter und der im heutigen Sowjetsk lebenden russischen Bürgern. Der russischen Sprache mächtig, leistete er eine erfolgreiche Arbeit zur Pflege und Bewahrung des deutschen Antlitzes der „Stadt ohne Gleichen“. Mit seinen Vorstandskollegen und engagierten Tilsitern wurde ein Gedenkstein für Herzog Albrecht aufgestellt und der Platz in „Herzog-Albrecht-Platz“ umbenannt. Die Wiederherstellung des historischen Gerichtsbrunnens mit preußischem Adler, die Neuanfertigung des „Königin-

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Rätsel

A large crossword puzzle grid with clues in German. The clues include: 'unecht, nachgemacht', 'Ausruf der Verwunderung', 'sorgfältig, genau', 'die Haare ordnen', 'Rollschuhläufer (engl.)', 'feiner, hoher Laut', 'Satzzeichen', 'Lochvorbohrer', 'die Ackerkrume lockern', 'Hoheitszeichen, Flagge', 'Weinstock', 'Böses, Unangenehmes', 'amerik. Schauspieler (Richard)', 'meerkatzenartiger Affe', 'früherer türkischer Titel', 'Sohn des Agamemnon', 'Fluss zur Drau', 'aufstehen (sich ...)', 'jedoch, hingegen', 'lediglich', 'rundlich, beleibt', 'von höchster Güte (ugs.)', 'Knoten im Textilgewebe', 'schweiz. Alpenpass (Sankt ...)', 'dt. Komponist (Paul)', 'sagenhafte Insel im hohen Norden', 'Lebewesen', 'großes Gewässer', 'Metallstifte einschlagen', 'tschechische Hauptstadt', 'Befehlsform des Verbs', 'gefrorenes Wasser', 'griechischer Buchstabe', 'ausführen, verrichten', 'Stadt in Nevada (USA)', 'Koseform für Großmutter', 'Richtungsbestimmer', 'adliger Krieger im Mittelalter', 'schlank und geschmeidig', 'Partner von Patachon', 'Abk. für Norddeutscher Rundfunk', 'gekünstelte Haltung, Gebärde', 'Bad im Spessart', 'gefällig; eingebildet', 'griechische Göttin', 'nordischer Hirsch', 'deutlich', 'Nichtfachmann', 'teerartige Masse', 'je, für (lateinisch)', 'nervöse Muskelzuckung', 'Hausvorbau', 'Anerkennung', 'Weltreligion', 'bestimmter Artikel', 'deutsche Schauspielerin (Barbara)', 'Umlaufbahn eines Satelliten', 'persönl. Fürwort (dritte Person)', 'Fluss in Mitteleuropa', 'Handelsbrauch', 'Inselstaat in Mittelamerika', 'chemisches Zeichen für Seelen', 'Strom in Vorderasien', 'engl. Adelstitel: Herzog', 'Universum', 'großartig, unglaublich', 'eigenwilliges Gebilde (Mz.)', 'Landungsbrücke, Anlegestelle', 'Kartenspiel', 'Textilarbeiterin', 'Busenfreund, Vertrauter', 'Seemannsruf', 'semit. Stammesangehöriger', 'kühle Frauensönlichkeit', 'leere Redensart', 'Hauptsache; Mittelpunkt', 'taktisch nicht geschickt', 'Hafenstadt in Marokko', 'Preischild', 'leere Redensart', 'sehr viel Geld (ugs.)', 'Vorsilbe: gegen (griech.)', 'Rest im Glas', 'Zierpflanze, Liliengewächs', 'Zeitmesser', 'legendäres Wesen im Himalaja', 'Essen, Speise', 'frühere ital. Währung (Mz.)', 'Querstange am Mast', 'künftig, kernig; originell', 'zünftig, kernig; originell', 'Behauptung, Leitsatz', 'Körperform, Gestalt', 'Dunst über Großstädten', 'Wortlaut', 'ungebraucht', 'getrocknetes Gras'. The bottom right corner of the grid contains the number 'PAZ23_44'.

Sudoku

A 9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled. The numbers are: Row 1: 7, 3, 6, 1, 5, 7, 1; Row 2: 5, 9, 7, 9, 4; Row 3: 4, 8, 9, 6; Row 4: 3, 2, 8, 9; Row 5: 8, 7, 9, 1, 2; Row 6: 9, 1, 5, 8.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

A 6x6 Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1 through 6 indicating the starting points of words.

Diagonalrätsel

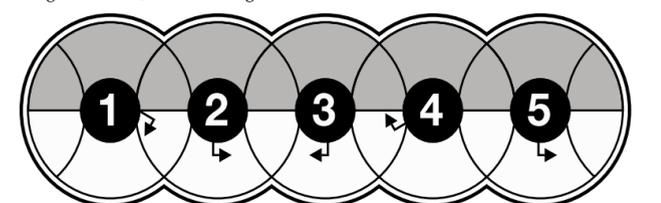
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Propheten.

- 1 unsicher, zweifelhaft
2 Stadt in Texas (USA)
3 nicht öfter
4 Reitermannschaft
5 rar, nicht häufig
6 engl.-amerik. Filmkomiker (Stan)

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für abgesondert, getrennt.

- 1 österr. Operettenkomponist (Oscar), 2 Lanze, Speer, 3 Blattgemüse, 4 zweisitziges Fahrrad, 5 Titulierung



KÖNIGSBERGER HAFEN

Umschlagplatz zahlloser Handelsgüter

Durch seinen Flusshafen erlangte die ostpreußische Hauptstadt schon frühzeitig an Bedeutung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Schon bald nach der Gründung Königsbergs im Jahre 1283 unter der Ägide des Deutschen Ordens erlangte der dortige Hafen eine überregionale Bedeutung, die noch wuchs, als die Altstadt 1340 der Hanse beitrug. Der Flusshafen am Pregel diente als Umschlagplatz für zahllose Güter, darunter Salz, Getreide, eingelegte Heringe, Holz, Asche, Teer, Wachs, Leder, Pelze, Flachs, Hanf, Tuch, Reis und Wein.

Bereits 1365 verlieh der 22. Hochmeister des Deutschen Ordens, Winrich von Kniprode, Königsberg das Stapelrecht: Durchziehende Kaufleute mussten ihre Waren nun ausladen und für eine bestimmte Zeit feilbieten. Das entsprechende Privileg wurde 1518 und 1782 erneuert.

Von der Wichtigkeit des Königsberger Hafens zeugen einige überlieferte Zahlen. So kamen 1608 schon 614 holländische Schiffe in die Stadt am Pregel. 15 Jahre später wurden 500.000 Scheffel Getreide via Königsberg exportiert. Diese Menge stieg bis 1784 auf drei Millionen Scheffel. Zur selben Zeit verfügten die Königsberger Kaufleute über 91 Schiffe.

Winrich von Kniprode verlieh Königsberg das Stapelrecht

Im 19. Jahrhundert setzte sich die positive Entwicklung fort, wobei jetzt auch mit dem Farbstoff Indigo und Tee gehandelt wurde. Bis 1894 stieg der Königsberger Hafen zur weltgrößten Drehscheibe für die Verschiffung von Linsen auf. Ein Jahr später langten 1215 Dampfer und Segler mit 447.309 Tonnen Fracht in Königsberg an und 2172 Schiffe mit 610.324 Tonnen Waren aller Art an Bord stachen von hier aus in See. Doch das war noch nicht das Ende des Aufschwungs: 1932 belief sich der Güterumschlag dann bereits auf 1,7 Millionen Tonnen und wuchs bis zum Zweiten Welt-



Königsberger Hafen um 1890: Blick auf den alten Hafen am Hundegatt und drei Königsberger Stadtteile. Ansicht von der Großen Krangasse aus, links Laak mit Speichern, geradeaus die Altstadt mit dem Turm der Neuen Altstädtischen Kirche und Schloss, rechts der Kneiphof

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

krieg auf 4,6 Millionen Tonnen – das Doppelte dessen, was über die Bahnverbindungen von und nach Königsberg transportiert wurde. Das lag daran, dass der Hafen der ostpreußischen Hauptstadt zu einem der modernsten Häfen rund um die Ostsee avanciert war und auch immer leistungsstärkere Schiffe nach Königsberg führen.

Zu den wichtigsten Marksteinen dieser Entwicklung zählte die Ankunft des ersten Dampfers, nämlich der in Elbing gebauten „Copernicus“ im Jahre 1828. Dem folgten 1839/40 die „Anna Henriette“, „Gazelle“ und „Schwalbe“, welche bald regelmäßig zwischen Königsberg,

Pillau, Danzig, Elbing und Stettin verkehrten.

Ein weiterer maßgeblicher Faktor für das Prosperieren des Königsberger Hafens war der Bau des Seekanals zwischen Pillau und der Pregelmündung in der Zeit zwischen 1890 und 1901, der 12,3 Millionen Mark kostete. Hierdurch entstand eine Fahrinne von durchschnittlich 6,7 Metern Tiefe und 30 Metern Breite, in der nun auch größere Schiffe aus der Ostsee kommend nach Königsberg einlaufen konnten. Im Zuge späterer Modernisierungen wurde der 43 Kilometer lange Seekanal dann noch verbreitert und auf 8,5 Meter vertieft. Und

da hier im Winter regelmäßig Eisbrecher zum Einsatz kamen, war der Königsberger Hafen auch ganzjährig erreichbar.

Erfolge nach dem Ersten Weltkrieg

Der nächste und letztlich größte Modernisierungsschub erfolgte in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als Ostpreußen wegen der Gebietsabtrennungen infolge des Versailler Diktates quasi zur „Insel“ mutierte und der Güter- und Personenverkehr durch den Polnischen Korridor ärgerlich stockend verlief. Deswegen entstanden ab 1920 auf einer Fläche von 220 Hektar fünf neue Hafenbecken entlang des Pregel-Un-

terlaufes mit einer Kaimauerlänge von 7,8 Kilometern sowie großzügig dimensionierten Lagergebäuden, zeitgemäßen Verladeanlagen und dem damals größten Getreidesilo Europas. Die feierliche Einweihung des nunmehrigen Handels-, Industrie-, Holz- und Freihafens von Königsberg im Stadtteil Contienen erfolgte am 13. Juni 1924 durch Oberbürgermeister Hans Lohmeyer.

Die ostpreußische Hauptstadt hätte nun das Potential gehabt, mit anderen besonders bedeutsamen Hafenstandorten wie Hamburg oder Rotterdam gleichzuziehen, doch das scheiterte trotz der enormen Fortschritte in den 1920er und 1930er Jahren. Verantwortlich hierfür war unter anderem die anfängliche Krise der Landwirtschaft in der Exklave des Deutschen Reiches. So gab es gravierende Rückgänge beim Export von Agrarerzeugnissen wie Getreide, Hülsenfrüchten und Flachs sowie beim Import von Landmaschinen. Dazu kam die veränderte geopolitische Situation in der Region. Weil die Bahnlinien vom russischen Kernland nach Ostpreußen nun durch die souveränen Staaten Litauen und Lettland führten, wurde Königsberg für den sowjetischen Außenhandel zunehmend uninteressant. Ein Übriges tat die Konkurrenz durch aufstrebende andere Hafenstädte an der Ostsee wie Danzig und Gdingen vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Bei den angloamerikanischen Bombenangriffen auf Königsberg vom August 1944 wurde dann auch das Speicherviertel am Hafen zerstört. Dennoch konnten die sowjetischen Besatzer den selbigen bereits am 20. Juni 1945 wieder in Betrieb nehmen. Heute gibt es vier Hafenstandorte in Königsberg [Kaliningrad]. Diese dienen dem Umschlag von Containern und Stückgut, Fischereizwecken, der Be- und Entladung von Schüttgut sowie der Abfertigung von Tankschiffen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Deutsche Inschriften sind „en vogue“

Der ästhetische Charme alter Lettern hat einen kleinen Historismus hervorgebracht

In nahezu jeder größeren Stadt der ehemaligen deutschen Ostgebiete entstehen Initiativen und Gruppen, die sich für die Bewahrung deutscher Inschriften einsetzen. Die bekannteren darunter sind „Posens Narben“ (Bliżny Poznań), die sich für den Erhalt des historischen Erbes des Posener Landes engagiert sowie gleich mehrere Breslauer Gruppen, darunter „Breslau schaut unter dem Putz hervor“ (Spod tynku patrzy Breslau). Auch eine Reihe Einzelakteure sind aktiv, wie der Blogger Maciej Wlazło aus Breslau, Izabela Korniluk oder Grzegorz Wanatko aus Grünberg [Zielona Góra]. Sie alle setzen sich dafür ein, dass deutsche Inschriften wiederhergestellt werden.

Korniluk und Wanatko arbeiten im Museum des Lebuser Landes, das einen Großteil von Ostbrandenburg abdeckt. Sie sind unterwegs, Reste alter Schriftzüge, Reklamen und Schilder in Grünberg zu entziffern. Mithilfe alter Adressbücher konnten sie etwa dem Schriftzug „Malermeister“ den Namen des Handwerkers Heinrich Seidel zuordnen. Im Grünberger Marschallamt, wo sich einst die Brennerei Raetsch befand, hängt nun ein restauriertes Cognac-Raetsch-Reklameschild. Auch am heutigen Städtischen Sozialamt wurde die historische Beschriftung der einstigen Schule saniert.

Auch in Oberschlesien wird derzeit daran gearbeitet, historische deutsche Schriftzüge für die Nachwelt zu bewahren. „Vergessenes Erbe / Vergessene Inschriften“ (Zapomniane dziedzictwo) ist eine Internetplattform, die Schriftzüge in Ober- und Niederschlesien festhält. Betrieben wird sie von Dawid Smolorz. Aufgewachsen in den ober-schlesischen Großstädten Hindenburg [Zabrze] und Gleiwitz stieß Smolorz sehr früh auf deutsche Inschriften auf alter Bausubstanz: „In den 80er Jahren war ich Teenager und damals hatte der polnische Staat bereits größere Probleme in seinem Kampf gegen die optischen Relikte der deutschen Vergangenheit. So bin ich auf meinem Weg zu Schule zum Beispiel an Beschriftungen wie: ‚Löschwasserstelle 50 Meter vorbeigegangen‘, erinnert sich der Journalist und Autor. „Ich empfand das als eine Art Nachrichten aus einer früheren Zeitepoche“, sagt er.

Schnell merkte Smolorz, dass auch in anderen Städten in Nieder- und Oberschlesien noch zahlreiche solcher Überbleibsel sichtbar waren. Schon damals empfand er diese Schriftzüge als etwas Schönes, „Die Fraktur, die Buchstaben sind sehr ästhetisch“. Es interessierte den späteren Germanisten und Übersetzer, welche Geschichten sich hinter diesen Inschriften verbargen. Ähnlich neugierig und auf der

Suche nach Geschichten von einst war der Fotograf Thomas Voßbeck. Als die beiden vor Jahren aufeinandertrafen, Smolorz übersetzte für den Berliner, hatte Voßbeck keine Ahnung, dass in Oberschlesien nach 1945 Deutsche geblieben und noch so viele Überreste des Deutschen in der Region zu finden waren. Voßbeck wuchs in der DDR auf, und die deutschen Ostprovinzen waren dort ein Tabuthema. Es war ein Glücksfall für ihn, in Smolorz jemanden zu finden, der ihn durch die Geschichte Schlesiens

führte. „Nach Jahren des gemeinsamen Reisens und Arbeitens ist Oberschlesien für ihn eine zweite Heimat geworden“, bekennt Smolorz.

Für Smolorz gilt die Regel: „Je schlechter der Zustand einer Stadt ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass hinter dem alten Putz noch Spuren vergangener Zeiten zum Vorschein kommen.“ So sind Smolorz und Voßbeck im niederschlesischen Waldenburg [Walbrzych] auf Schilder der ehemaligen Bäckerei Max Griegers

gestoßen. „Dies stellt ein deutliches Beispiel für eine ‚Entdeutschungspolitik‘ dar, die an diesem Objekt scheinbar schludrig durchgeführt wurde. Denn die einzelnen Buchstaben wurden zwar abgeschlagen, aber der Text blieb trotzdem weitgehend lesbar“, so Smolorz. Die Bäckerei befand sich im Stadtteil Dittersbach [Dzietrychów], der sich durch die Melchiorgrube [Mieszko] seit Mitte des 19. Jahrhunderts von einem Bauern- und Weberdorf zu einem Industrieort entwickelte.

In Oberschlesien um Oppeln sind Relikte deutscher Vergangenheit mühelos zu finden, sagt Smolorz: „Auf etlichen Dächern von Häusern oder Scheunen sind noch Aufschriften, wie ‚Gott mit uns‘ zu lesen.“ Hier verblieben nach dem Krieg die meisten Deutschen.

Doch Smolorz und Voßbeck dokumentieren auch kürzlich restaurierte Gebäude, bei denen die Inschriften saniert wurden. In der Hindenburger Bahnhofstraße [ul. Dworcowa] strahlt ein Ladenschild aus der Vorkriegszeit in altem Glanze. Auch bei der Renovierung eines Bürgerhauses in der Nähe des Gleiwitzer Bahnhofs wurde eine Inschrift freigelegt und nachgezogen. Über seine Funde und die Geschichten, die dahinter stecken, berichtet Smolorz übrigens am 8. November um 18 Uhr im Schlesischen Museum zu Görlitz. Ch. W. Wagner



Greiffenberg: Deutsche Vergangenheit scheint unter dem Putz hervor Foto: Wagner

UNTER SEGELN

Stets vor dem Wind

100 Jahre Yachtclub Meteor Danzig – Auf Umwegen von der Danziger Bucht an die Eckernförder Bucht

VON MANFRED E. FRITSCHKE

Das 100. Jubiläum seiner Gründung feierte nun der „Yachtclub Meteor Danzig“. Nach mehreren Stationen nach dem Zweiten Weltkrieg hat der Verein seine Heimat in Eckernförde gefunden.

Am 6. September 1923 wurde der „Yachtclub Meteor Danzig“ in Bohnsack bei Danzig durch fünf ehemalige Schüler des königlichen Gymnasiums zu Danzig an Bord der Segelyacht „Marianne“ von Herbert Rode gegründet, der danach auch zum 1. Vorsitzenden gewählt wurde. Die zur Gründung bereitgestellte Flasche Weinbrand kostete damals wegen der Inflation bereits 3000 Reichsmark.

Der Name des Vereins geht auf den kleinen Küstenkreuzer „Marianne“ von Herbert Rode zurück, auf dessen Ständer die Buchstaben „YMD“ für „Yacht Marianne Danzig“ zu lesen waren. Bei der Gründung des Clubs sollten diese Buchstaben bestehen bleiben – so wurden diese in „Yachtclub Meteor Danzig“ umgedeutet.

Bohnsack und Heubude

Die ersten vier Boote des Vereins wurden auf dem Gelände der Bootswerft Herbst in Heubude untergebracht und bereits ein Jahr später das alte Fährbett Heubude II gepachtet, in dem zwölf Schiffe liegen konnten. 1926 war der Verein erstmals im Jahrbuch des Deutschen Segler-Bundes, einer der drei damaligen deutschlandweiten Zusammenschlüsse der Wassersportvereine, aufgeführt. Verzeichnet sind dort als Vereinslokal das Fährhaus Heubude, 31 Mitglieder und sieben Segelyachten.

Ein Jahr später hatte sich die Gruppe Ost des Segler-Bundes mit dem YMD, dem Kurländischen Yacht-Club in Libau und der Segler-Vereinigung Altpreußen Königsberg gebildet. Der YCM hatte 40 Mitglieder und zwölf Yachten. Bei einer Regatta vor Zoppot, an der 28 Schiffe teilnahmen, konnte auch der YMD mehrere Preise mit nach Hause nehmen.

Da das Vereinsgelände nicht mehr ausreichte, zog der Verein 1927 nach Groß Plehendorf, acht Kilometer von Danzig entfernt. Dort war an der Toten Weichsel ein nicht mehr genutztes Schleusenbecken vorhanden, das gepachtet werden konnte. Die Mitglieder bauten diesen Hafen in Eigenleistung aus, und zu Beginn der Segelsaison 1928 konnte er unter dem neuen Vorsitzenden Ernst Krajewski in Betrieb genommen werden.

1929 erklärte der Verein seinen Austritt aus dem Deutschen Segler-Bund. Ein Clubhaus mit Sanitär- und Geräteraum

liegen. Fast alle Männer wurden zur Wehrmacht eingezogen. Die Clubyacht „Meteor II“ musste 1944 der Kriegsmarine zu Ausbildungszwecken übergeben werden. 1945 wurden durch die Kämpfe bei Groß Plehendorf sämtliche Clubanlagen zerstört, die noch lebenden Mitglieder wurden in alle Winde verstreut.

Schließlich wagten 1951 acht Mitglieder einen Neubeginn: Am 5. August 1951 wurde der Verein in Lübeck neu gegründet – mit Herbert Rode als 1. Vorsitzenden, der den Club dann 18 Jahre leitete. Vereinskonzil wurde Flensburg.



Das Clubhaus in Eckernförde Borby: 2001 konnte es im Beisein des damaligen Innenministers von Schleswig-Holstein, Klaus Buß, eingeweiht werden *Foto: Fritsche*

sowie Boots- und Mastschuppen, Mastkran, Slipanlage, Winterlager und Signalmast wurde bis 1934 erbaut. Bis 1939 beteiligten sich die Yachten des YMD regelmäßig an den Zubringer-Regatten von Zoppot nach Kiel zur Kieler Woche. Die Clubflotte umfasste 40 Yachten, und über 90 Mitglieder gehörten dem Club an.

Zubringer Zoppot-Kiel

Durch die Einwirkungen des Zweiten Weltkrieges kam das Clubleben zum Er-

1969 wurde der Sitz des Clubs nach Damp verlegt, und Ulrich Heydasch übernahm den Vorsitz für elf Jahre. Nach dem 50. Jubiläum 1973 pachtete der Verein ein Jahr später das rund 60 Bojen umfassende Bojenfeld des Segelclubs Eckernförde am Borbyer Ufer, das dieser mit dem Neubau eines Hafens aufgab.

Ab etwa 1980 begannen durch einen Mitgliederschwund für den Club schwierige Zeiten. Die Ausgaben für das Bojenfeld übertrafen die Einnahmen. Eine Be-

ruhigung trat erst ein, nachdem Kristian Rode, der Sohn des Vereinsgründers, den Vorsitz übernommen hatte. 1993 wurde der Vereinsitz nach Kiel verlegt, 1995 die Sporthafen Kiel GmbH gegründet. Der YMD war Mitbegründer und Gesellschafter, da der Bestand des Eckernförder Bojenfeldes nicht gesichert war und so Bootsplätze in Kiel belegt werden konnten.

Der benachbarte Segelclub Eckernförde (SCE), der 1978 aus seinem 1952 errichteten alten Clubhaus in einen Neubau umgezogen war, verpachtete den noch für die Jugendarbeit verwendeten Altbau an den Segelclub Ovelgönne und den Yachtclub Meteor. Der 1948 von den Briten neben dem alten Clubhaus errichtete Bootsteg verfiel nach etwa 50 Jahren Nutzung immer mehr.

1997 konnte der SCE die Steganlage erwerben und erreichte die Ausweisung als Sportboothafen. Damit war der Weg frei für die Erneuerung des Seesteges, die zum Beginn der Saison 1998 abgeschlossen wurde.

Endlich angekommen

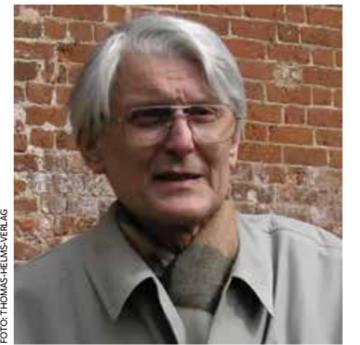
Der damalige YCM-Vorsitzende Jens Löwer besaß die notwendigen Verbindungen zum Eckernförder Bürgermeister Klaus Buß, der beim SCE erreichte, dass dieser erlaubte, an sein altes Clubheim einen Sanitärtrakt anzubauen. Dann wurde 1999 der Sitz des Vereins von Kiel nach Eckernförde verlegt. Der Anbau wurde 2001 unter Anwesenheit von Buß – er war zwischenzeitlich Innenminister geworden – eingeweiht. 2009 wurde die Seebücke als Anlegemöglichkeit für Yachten zu logistischen Zwecken auf 50 Meter verlängert.

Der seit 2015 amtierende Vorsitzende Carsten Begro sagte bei der Feier zum 100. Jubiläum des Vereins, der Mitglied im Seglerverband Schleswig-Holstein ist: „Wir sind heute ein Eckernförder Segelclub mit Danziger Wurzeln, ein familiärer Club mit überschaubarer Struktur und nahezu 150 Mitgliedern, die etwa 70 Boote im Club haben.“

● MELDUNGEN

Abschiede, Regenreich und neuer Propst

Demmin – Der Theologe, Pfarrer und CDU-Politiker Norbert Buske ist am 20. Oktober verstorben. Der 1936 geborene Pommerische Kulturpreisträger von 1991 war Vorsitzender der AG Pommerische Kirchengeschichte von 1981 bis 2009, sowie Mitglied der Historischen Kommission für Pommern, Gesellschaft für pommerische Geschichte und Buchautor. *TS*



Norbert Buske († 20. Oktober 2023)

Greifswald – Der Schauspieler und Autor Lutz Riemann ist am 23. Oktober in Greifswald verstorben. Populär wurde der 1940 geborene Stettiner in der TV-Rolle des Oberleutnant Zimmermann im „Polizeiruf 110“ (DDR). Nach der „Wende“ recherchierte und publizierte er im Fall des untergegangenen SAS 104 Kutters „Beluga“. *TS*

Neumark bei Stettin – In Vorpommern wird wieder von Ehrenamtlern auf der Straße bis zum Volkstrauertag am 19. November für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gesammelt. Mit den Spenden der diesjährigen Aktion soll der Friedhof Neumark bei Stettin erweitert werden. Dort ruhen derzeit 25.000 deutsche Soldaten. *TS*

Tempelburg – Die Pläne zur Neugestaltung des Marktplatzes stießen im Oktober auf Kritik bei den Bürgern: zu viel Beton, ein Mangel an Charakter und zu wenig Grün – so das Urteil. Nun soll das Vorhaben überarbeitet und Baumfällungen vermieden werden. Die Debatte ist seit 2015 im Gang. Der Ort ist der touristische Mittelpunkt der Dramburger Seenplatte. *TS*

Pasewalk – Der Propst des Pommerischen Evangelischen Kirchenkreises, Dr. Andreas Haerter, wurde am 29. Oktober aus dem Dienst verabschiedet. Zuvor war er Superintendent des Kirchenkreises Gartz-Penkun beziehungsweise Pasewalk. Sein Nachfolger als Propst, Philipp Staak, wird am 3. Dezember in Pasewalk in sein Amt eingeführt. *TS*

Putbus – Die Residenzstadt im Süden Rügens ist im Oktober der regenreichste Ort Vorpommerns mit 142 Litern pro Quadratmeter gewesen. Seit 1853 wird in Putbus der Niederschlag gemessen. Ob es auch einen neuen Allzeitrekord gibt, bleibt allerdings abzuwarten: Mehr Feuchtigkeit gab es nur 1974 und 1880. *TS*

Neustettin – Nach dem Kauf eines Grundstücks im November 2021 wurde in der vergangenen Woche ein Gemeindehaus mit Kapelle für die evangelische Kirche errichtet. Die blühende Gemeinde der Lutheraner betreibt derzeit ein Pfarrzentrum und eine Diakonie. Monatlich finden deutsche Gottesdienste statt. *TS*

ZEITMESSUNG

Unverrückbare Koordinaten

Wo die mitteleuropäische Zeit berechnet wird – Stargard und Görlitz auf dem 15. Längengrad

Geographische Breite: 53° 20' Nord, geographische Länge: 15° 02' Ost – das sind die Daten, nach denen die mitteleuropäische Zeit berechnet wird. Das dafür gesetzte Denkmal wird allerdings oft übersehen. Der Verkehr braust vorbei auf der Sczeczinska, einer der Stargarder Einfahrtsstraßen. In deutscher Zeit hieß sie Landstraße Nr. 104 oder Stettiner Straße. Die Reichsstraße 104 war bis 1945 eine Verbindung, die von Lübeck in östlicher Richtung über Schwerin, Land Mecklenburg und Stettin, Provinz Pommern, bis an die damalige deutsch-polnische Grenze bei Schneidemühl führte. Ihre Gesamtlänge betrug 465 Kilometer.

Nur sehr selten gilt ein kurzer Blick aus dem Autofenster diesem Denkmal auf der Nordseite der Chaussee. Es markiert immerhin den 15. Grad geographischer Länge Ost. Ziemlich respektlos diese Nichtachtung, könnte man meinen, steht das Denkmal doch auf dem Meridian, auf dem die mitteleuropäische Normalzeit, also die Winterzeit, eingetaktet ist. Doch wer verschwendet schon einen Gedanken an so etwas. Das ist in Polen wohl nicht anders als hierzulande. Die Menschen sind in Eile.



Hier zu finden: Das Denkmal befindet sich, von Stettin kommend, an der Einfahrtsstraße nach Stargard linkerhand hinter einem Kreisverkehr. Rechts steht ein Einkaufszentrum *Foto: Engel*

Wie auch immer. Jedenfalls geben in einem breiten mitteleuropäischen Streifen vom Cap Tourinan in Spanien bis zum Fluss Bug in Ostpolen und vom Nordkap bis Sizilien, um in Europa zu bleiben, alle Uhrenzeiger die gleiche Zeit an.

Auf das pommerische Festland trifft der 15. Längengrad zwischen den Ostseebädern Rewahl und Hoff. Er berührt in der Folge nach Süden hin die Kleinstadt Gülzow, zerteilt unterhalb von Stargard das Dorf Warmitz und erreicht in der Nähe des Städtchens Lippheide die Neumark.

Im Deutschen Reich kam die Ehre als größere Stadt auf dem 15. Längengrad erbaut zu sein auch dem niederschlesischen Görlitz an der Lausitzer Neiße zu. Seit 1893, dem Einführungsjahr der mitteleuropäischen Zeit im Reich, spricht man daher auch von der Görlitzer Zeit. Görlitz zählte damals rund 83.000 Einwohner, Stargard nur 24.000. Möglich, dass dieses den Ausschlag dafür gab von der Görlitzer Zeit zu reden.

Das bereits 1938 auf einen Stargarder Stadtplan vermerkte Denkmal an der Stettiner Straße ist indes kaum zu übersehen. Als respektabler Findling, dem eine stilisierte Erdkugel aufgesetzt wurde,

fällt es auf. Außerdem informiert eine Texttafel, allerdings nur auf Polnisch, über den Sinn des Denkmals. Aber das war nach dem Krieg nicht immer so. Das Denkmal verkam zusehends. Stargarder Heimatfreunde aus Deutschland sprachen den Missstand schließlich in der Stadtverwaltung an und fanden Gehör. Der gesamte Denkmalbereich wurde alsbald neu gestaltet. *K.-H. Engel*



Aufgestellt 1961 anlässlich des ersten bemannten Raumfluges von Juri Gagarin: Der Meridianstein im Görlitzer Stadtpark, Schöpfer und Stifter war der Görlitzer Steinmetz- und Bildhauermeister Carl Däunert *Foto: Stadtwikimedia Görlitz*

„Die Politik hat den Gesamtblick völlig verloren“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ihre Israel-Berichterstattung ist herzerwärmend“

Bettina Büscher-Neuhaus, Köln
zum Thema: Der Krieg in Nahost und wir (Nr. 42)



Ausgabe Nr. 42

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

ISRAELISCHE MITSCHULD ZU: DIE ANFÄNGE EINES UNENDLICHEN KONFLIKTS (NR. 42)

Der Text von Paul Michaelis ist verdientvoll, weil er versucht, eines der schwierigsten Probleme der heutigen Zeit zu entschlüsseln. Indes: Schon seine ersten Sätze lassen erkennen, dass um das Problem „Israel-Palästina“ herumgeredet wird, weil die Geschichte der Gründung des Staates „Israel“ nicht im Hinblick auf die Ereignisse des Jahres 1948 bis heute entsprechend der historischen Ereignisse und ihres Hintergrunds sine ira et studio dargestellt wird. In diesem Zusammenhang möchte ich auf drei Bücher aufmerksam machen, die die Geschichte des Konflikts zwischen den Juden und den Arabern/Palästinensern auf dem Hintergrund der tatsächlichen Ereignisse und Hintergründe beschreiben und einordnen:

1) Shlomo Sand, „Die Erfindung des Jüdischen Volkes – Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand“: Sand stellt nicht das Existenzrecht Israels in Frage, sondern den auf Legenden beruhenden Alleinanspruch auf das Gelobte Land. „Das Judentum ist eine religiöse, keine ethnische Gemeinschaft. Wenn überhaupt, sind eher die Palästinenser als die aus Europa eingewanderten Juden ethnische Nachkommen der biblischen Israeliten.“ Deshalb kämpft der Autor für eine offenere Politik Israels gegenüber seinen arabischen Nachbarn.

2) Ilan Pappé, „Die ethnische Säuberung Palästinas“: Pappé gehe es expliziert darum, die Mechanismen der ethnischen Säuberung von 1948 zu untersuchen.

3) Baruch Kimmerling, „Politizid – Ariel Scharons Krieg gegen das palästinensische Volk“: Kimmerling, Professor für politische Soziologie an der Hebräischen Universität Jerusalem und an der Universität Toronto, bezeichnet sich selbst als „israelischen Patriot“. Nach der Veröffentlichung seines Buches hat man ihn seines Landes verwiesen. Sein Buch ist dann im Ausland veröffentlicht worden. Er thematisiert darin ein großes Problem: Unter Sharon ist Israel zu einer

Kraft der Zerstörung geworden. Von Beginn seiner Karriere an galt er als der brutalste aller israelischen Generäle und Politiker. Seine Politik – eben der „Politizid“, die ethnische Säuberung Palästinas – zerstörte die humanistischen Werte der eigenen jüdisch-israelischen Gesellschaft und führte diese in den Ruin. Die Folgen für den Nahen Osten waren tiefgreifend und werden heute in den Ereignissen seit dem Angriff der Hamas sichtbar.

Die Schlacht um die Zukunft Israels und der Araber ist jetzt voll entbrannt und lässt die Bedeutung der Arbeiten der drei Autoren zur „geheimen“ Geschichte Israels seit 1948 immer schwerwiegender und bedeutender für die Zukunft Israels werden. Es hilft nichts: Nicht nur die Hamas hat sich schuldig gemacht, sondern auch Israel, besonders seine Führungsschicht. Warum hat sie nicht aus den leidvollen Erfahrungen vor 1945 gelernt?

Klaus Fleischmann, Kaarst

FOLGENSCHWERER VERRAT ZU: DER KRIEG IN NAHOST UND WIR (NR. 42)

Schon im Ersten Weltkrieg wurde mit Lawrence von Arabien ein britischer Geheimagent in diesen Teil des Osmanischen Reiches (jetzt Jordanien) geschickt, um Verhandlungen mit arabischen Führern aufzunehmen, wenn sie sich gegen die Türkenherrschaft auflehnen würden. Sie wurden mit großartigen Versprechungen überredet, darauf einzugehen, um dann eine neue Ordnung im arabischen Raum und Palästina zu erhalten. Noch heute wird jedem Touristen in Jordanien dieser Versammlungsort als Verrat durch die englische Krone gezeigt.

Nach 1945 geschah dann Folgendes: Das Attentat auf den schwedischen UN-Gesandten, auf das Britische Offizierscasino parallel mit dem überhasteten Abzug der britischen Truppen (Ben Gurion stand noch sehr lange auf der Fahndungsliste der Briten), die Vertreibung und Ermordung vieler Palästinenser in dieser Gründungszeit. Auch hier wurde viel Ter-

ror zur Durchsetzung politischer Interessen eingesetzt, und die Folgen spüren wir jetzt wieder mit diesen Verbrechen an unschuldigen Menschen.

Aber man sollte sich auch noch mal fragen, wie so etwas geschehen konnte: Die Grenze ist mit ihrer Konstruktion die sicherste der westlichen Welt. Der israelische Geheimdienst Mossad und seine V-Leute in den Palästinensischen Gebieten sind sicherlich einer der besten. Wieso war so wenig Militär dort an der Grenze zum Gaza-Streifen, das angeblich erst mit sehr viel zeitlicher Verzögerung eintraf?

All das ändert nichts an dem furchtbaren Gemetzel bei diesem Musik-Event, wo sich junge Leute nur mal einen tollen Tag gönnen wollten.

Dr. Volker Daum, Bayreuth

ES GEHT NUR UM DEN PROFIT ZU: HOCHALPINE ENERGIE-GIPFEL (NR. 42)

Wenn es denn schon Solar sein muss: Warum nutzt man nicht die fast unendlich verfügbaren Dachflächen (öffentlicher) und wirtschaftlich genutzter Gebäude in den Städten? Es ist der gleiche Schwachsinn wie mit den endlosen Solar-Ackern, besonders in Süddeutschland. Völlig sinnleerer Flächenverbrauch, der dem Nahrungsmittelanbau verloren geht. Da geht es knallhart um den Profit einiger weniger Akteure, weiter nichts. Die Natur ist diesen Akteuren völlig gleichgültig.

Chris Benthe, Dresden

KLIMASCHÄDLICHE ANLAGEN ZU: HOCHALPINE ENERGIE-GIPFEL (NR. 42)

Photovoltaikanlagen (PV) versuchen möglichst viel Licht zu absorbieren. Ein Teil davon erzeugt elektrische Energie, der Rest ist konvektive Abwärme. Derartige PV-Anlagen sind laut einer österreichischen Studie daher primär große Konvektionsheizkörper zur Förderung des Temperaturanstiegs in der Atmosphäre. Kli-

maschutz durch Klimawandel samt Abschmelzen der Gletscher, gefördert von einer Politik, die den Gesamtblick völlig verloren hat

Jürgen Weigl, Graz

EIN PREUSSISCHER LEHRER ZU: DIE ANFÄNGE DER LEHRER-AUSBILDUNG (NR. 40)

1816 wurde der Theologe und Pädagoge Gustav Friedrich Dinter auf Empfehlung des westfälischen Oberpräsidenten von Vincke von der preußischen Regierung nach Königsberg berufen, da er durch seine pädagogische Arbeit in Dresden-Friedrichstadt bekannt geworden war.

Er entwickelte neue pädagogische Konzepte und bekam die Aufgabe, das Volksschulwesen zu reformieren. Dafür wurde er zum Schul- und Konsistorialrat ernannt. Er war mit der Familie Günther, meinen Vorfahren, stark verbunden. Mein Urururgroßvater Johann Carl Gottlieb Günther – geboren am 2. Dezember 1786 in Dresden – erhielt dort bei Dinter seine Lehrerausbildung und war zuerst als Hauslehrer tätig. Einvernehmlich durfte Dinter den ersten Sohn des Ehepaares Günther adoptieren. Dafür verpflichtete er sich, für die Ausbildung des zweiten zu sorgen. Das war mein Ururgroßvater Friedrich Adolf Günther, den er Theologie studieren ließ. 1816 ging Dinter mit der ganzen Familie Günther nach Königsberg. Mein Urururgroßvater war zuletzt Rektor am Seminar in Klein Dexas.

Dinter hat mehrere Bücher geschrieben, zum Beispiel die Schullehrerbibel. Ich besitze von ihm das Buch „Dinters Leben“, von ihm selbst geschrieben. Außer, dass darin vieles über meine Vorfahren steht, kann man sehr viel über die damalige Zeit erfahren. Dinter war sehr sozial und hat auf seine Kosten intelligente Kinder erzogen und zu Lehrern ausgebildet beziehungsweise ausbilden lassen. Seinen Adoptivsohn ließ er zum Arzt ausbilden. In den letzten Jahren übernahm er eine Professur über Theologie in Königsberg. 1831 ist er in Königsberg gestorben.

Traute-Rose Lietzow, Pansdorf

ANZEIGE

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Mit CBDC zur digitalen Währungsreform: wenn Geld zum Kontroll- und Überwachungsinstrument wird

■ In mindestens 120 Staaten arbeiten Regierungen und Notenbanken an einer digitalen Währungsreform. Sie verbirgt sich hinter dem Akronym CBDC (Central Bank Digital Currency), auf Deutsch: digitale Zentralbankwährung.

Viele sehen darin eine neue Kryptowährung, ähnlich dem Bitcoin. In Wahrheit aber ist die digitale Zentralbankwährung alles andere als »krypto«. Sie ist vielmehr ein höchst effizientes Kontrollinstrument. Und sie wird mittelfristig das Bargeld ersetzen.

Nichts bleibt dem Staat verborgen

Was CBDC so gefährlich macht: Der Staat kann genau regulieren, wer wie viel von diesem Geld bekommt. Und was jemand mit der Währung kaufen kann und was nicht. So lässt sich zum Beispiel der Erwerb »wünschenswerter« Produkte fördern und gleichzeitig verhindern, dass die Menschen »Unerwünschtes«, wie zum Beispiel Fleisch oder Autos mit Verbrennungsmotoren, kaufen.

Erschreckend ist die Vorstellung, dass das digitale Zentralbankgeld mit der digitalen ID des Bürgers und einem Vermögensregister verknüpft werden kann. Genau das wollen die Politiker. Schließlich ermöglicht dies die totale Überwachung jedes einzelnen Bürgers.

Uns droht nicht weniger als eine monetäre Planwirtschaft

In dieser topaktuellen Neuerscheinung beschreiben die Autorin Jessica Horn und der Finanzjournalist Michael Brückner anschaulich und nachvollziehbar:

- wie das staatliche Cybergeld uns überwachen soll
- wie CBDCs konkret funktionieren
- was das für unser Bargeld bedeutet
- dass CBDCs ein Teil des »Great Reset« sind
- warum mit CBDCs ein Albtraum Wirklichkeit wird.

Der Staat macht Ernst:
Die digitale Zentralbankwährung kommt!

Natürlich wird auch in der EU eine digitale Währung vorbereitet. Der E-Euro soll vermutlich schon 2026 eingeführt werden.

Weltweit wird mit Hochdruck an der digitalen Währungsreform gearbeitet

Bedenken Sie: Im Jahr 2020 beschäftigten sich erst 30 Staaten mit CBDC-Projekten. Inzwischen sind es über 120. Das zeigt, mit welchem Tempo dieses Projekt international umgesetzt werden soll.

»Digitales Zentralbankgeld öffnet das Tor zur Hölle.« Prof. Dr. Thorsten Polleit

Michael Brückner & Jessica Horn:
Digitale Zentralbankwährung • gebunden • 304 Seiten
Best.-Nr. 989 900 • 22,99 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

LEBENSHELPER

Nur der Kutscher kennt den Weg

Wer im Leben vorankommen will, lässt sich „coachen“ – Der Markt dafür „boomt“, und das trotz vieler schwarzer Schafe

VON STEPHANIE SIECKMANN

Was macht eigentlich ein Coach? Der Begriff kommt aus dem Englischen und bezeichnet ursprünglich eine Kutsche. Diese soll den Coachee – denjenigen, der einen zuvor definierten beruflichen Weg zurücklegen möchte – zu seinem Ziel befördern. Der Coach ist entsprechend eine Art Kutscher, ein Begleiter, der das Wissen hat und über Techniken verfügt, einen Menschen zu einem bestimmten Ziel zu begleiten.

Aktuell sind entsprechende Seminarangebote groß im Trend. Wenn man dem riesigen Angebot Glauben schenken darf, kann eigentlich niemand ohne Coach auskommen. Der Markt dafür ist unfassbar profitabel. Heute gibt es Coaches für alle Gelegenheiten. Das war nicht immer so. Vor 15 oder 20 Jahren wurde ein Berater gebucht, wenn es darum ging, im beruflichen Rahmen eine bedeutende Veränderung zu vollziehen. Team-, Einzel- oder Projektcoachings sollen dabei helfen, Prozesse besser zu meistern. Dabei geht es bei einem solchen Angebot im Kern darum, die selbst hervorgebrachten Ideen und Impulse zu strukturieren, zu lenken und zur Umsetzung zu bringen.

Heute bieten Coaches ihre Dienste in allen Bereichen des Lebens an. So gibt es „Life Coaches“, „Ernährungs-Coaches“, „Personal Fitness Coaches“ und Coaches für Achtsamkeit oder gesunde Lebensführung. Aber auch Bereiche der Psychologie gehören dazu. Zu nennen sind dabei Beziehungs-Coachings, Coachings für unzufriedene Mütter, betrogene Ehemänner und für Menschen, die unter ihren Führungskräften leiden. Beratung, Beistand und Unterstützung scheint in diesen Bereichen stark gefragt zu sein.

Viele Anbieter geben sich den Titel „Coach für persönliches Wachstum“. Andere schreiben sich auf die Fahne, mit ihrem – oft vermeintlichen – Wissen beruflichen Stress und Angst bewältigen oder spirituelles Erwachen begleiten zu können. Sehr gerne wird auch Beratung bei der richtigen Einstellung zu Finanzen angeboten – betitelt „Coachings für das richtige Money-Mindset“. Es versteht sich von selbst, dass jeder Coach sich dabei als „Experte“ auf seinem Gebiet darstellt.

Weder gibt es genaue Angaben über die Anzahl der Coaches in Deutschland,



Manche Coaches werden verehrt wie ein Guru: Coaching-Seminare locken meist ein jungliches Publikum an Foto: Shutterstock

noch gibt es belastbare Zahlen über deren Reichweite und Erfolge. Mal ist zu lesen, dass bundesweit rund 30.000 Berater ihre Dienste anbieten, dann wieder wird erwähnt, dass höchstens 20 Prozent der Anbieter seriös sind. Neben durchaus sinnvollen und seriösen Angeboten hat sich ein Coaching-Markt von geldhungrigen Laien entwickelt, der hinterfragt werden muss, weil sie die Dinge oft verschlimmern statt verbessern.

Viel interessanter als die vielen verschiedenen Nischen, in denen sich Tag für Tag mehr Berater als Coach präsentieren, ist es dabei, einen Blick hinter diesen Trend zu werfen.

Coachings sind ein Markt. Hier wird viel Geld verdient. Und hinter den Coaches, die mit ihren Angeboten die sozialen Medien pflastern, stehen andere Berater, die eher als Unternehmer zu sehen sind und die Menschen mit Fachkenntnissen versprechen, dass sie ihrerseits als Coach zu Reichtum gelangen können. Und das innerhalb weniger Monate. Wer als Hundetrainer, Physiotherapeut, Buchautor, psychologischer Berater oder Ähnliches bereits auf dem Markt ist, aber noch kei-

nen ausgefüllten Terminkalender hat, entspricht der Zielgruppe der Unternehmer-Coaches.

Bei den Angeboten geht es stets darum, möglichst schnell möglichst viele zahlende Kunden zu gewinnen: im Internet, in den sozialen Medien, mit einem Buch oder mit einem Seminar. Dazu kommen Newsletter, Beratungsgespräche, Onlineauftritte, Podcasts oder Videos. Jeder Anbieter, der neue Coaches gewinnen will, arbeitet mit einer eigenen Auswahl, einem eigenen Portfolio an Instrumenten. Und jeder Anbieter verspricht den Erfolg auf dem kurzen Weg.

Coaching für Zwei-Katzen-Haushalt

Den Weg zum Erfolg als Coach lassen sich die hoffnungsvollen Trainer, Seminarleiter und Berater einiges kosten. Das Basispaket kann schon mal locker 8000 Euro kosten. Der Inhalt: Eine Anleitung für den Aufbau eines Vertriebssystems in Form von Videos, Tutorials oder Online-Gesprächen. Gefordert wird vom zukünftigen Coach ein hoher zeitlicher Einsatz und das Umsetzen der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Wer nicht beim Basis-Angebot verharren will oder nicht die Zeit hat, mehrere Online-Sitzungen und Video-Calls zu absolvieren, dem werden Extras angeboten. Das Buch, das geschrieben werden soll, damit über die Vermarktung des Werks Kunden angezogen werden, wird dann von einem Ghostwriter erstellt. Kosten: rund 20.000 Euro. Der Webauftritt oder das Online-Seminar-Video, die nach Video-Anleitung selbst erstellt werden können, werden dann durch Mitarbeiter des Coaching-Anbieters umgesetzt. Und natürlich ist das ein Premium-Paket. Kosten: bis zu 15.000 Euro.

Diese Art der Vermarktung ist eine Masche, mit der aktuell sehr viel Geld gemacht wird. Denn die Verträge werden oft am Telefon geschlossen. Zu Beginn des Gesprächs wird bereits angekündigt, dass der Interessent sich am Ende des Telefonats entscheiden muss: für oder gegen eine Zusammenarbeit. Psychologisch geschickte Gesprächsführung sorgt dafür, dass die Buchung des Coachings mit dem Willen zum Erfolg gleichgesetzt wird. Wer kann da schon nein sagen? Und Verträge, die von Freiberuflern und Gewer-

betreibenden am Telefon abgeschlossen werden, sind nur sehr schwer wiederrufbar.

Klar, dass der zukünftige Coach anschließend zusehen muss, dass er Geld verdient. Was liegt da näher, als den Ratschlägen des eigenen Beraters zu folgen. Damit das System zuverlässig funktioniert, ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen ein Coaching buchen. Um an zahlungskräftige Kunden zu kommen, wird auf ein maßgeschneidertes Angebot gesetzt. Nischen-Angebote sind angeblich besonders vielversprechend. Dabei gibt es derzeit wohl nichts, wofür eine Beratung überflüssig erscheint. So gibt es unter anderem Angebote wie Coachings für den Zwei-Katzen-Haushalt oder Coachings für das Stillen nach der dritten Geburt.

Das System funktioniert hervorragend, der Markt boomt. Ein wichtiger Faktor in diesem System sind die Menschen, die am Telefon hochpreisige Angebote verkaufen. Sie werden „Closer“ genannt, da sie etwas zum „Abschluss“ bringen. Und natürlich erhalten sie eine hervorragende psychologische Schulung. Es versteht sich von selbst, dass diese Ausbildung Geld kostet. Bei vielen Anbietern zahlen Interessenten um die 3000 Euro dafür, dass sie später für die Unternehmen am Telefon zukünftige Coaches von der Zusammenarbeit überzeugen dürfen.

Einige Unternehmen bieten an, dass die Ausbildungskosten mit den erzielten Verkäufen verrechnet werden können. Versprochen wird, dass im ersten Jahr durchaus 50.000 bis 100.000 Euro verdient werden können. Das Tragische daran: Oft sind Closer selber nur Coaching-Interessenten, die ihrerseits gerne die hochpreisigen Angebote buchen würden, dafür aber kein Geld haben.

Warum der Markt boomt, erklärt ein Blick auf die Statistik. Anfang Juli ist beim Statistischen Bundesamt der neue Report auf Basis der Consumer Insights Global Umfrage veröffentlicht worden. 36 Prozent der Personen in Deutschland, die den sogenannten Life Coaches in den Sozialen Medien folgen, haben ein hohes Jahreseinkommen. Neue Inhalte zu erlernen hat für diese Zielgruppe eine weitaus höhere Bedeutung als für den durchschnittlichen Bundesbürger. Die Bereitschaft zur Weiterbildung wird hier – zumindest von einigen schwarzen Schafen der Szene – schamlos ausgenutzt.

ARBEITSWELT

Zwei klimafreundliche PS

Das Glück der Erde liegt auf dem Rücken der Pferde – In Zeiten des Klimawandels findet man zurück zu ökologischen Arbeitshilfen

„Ich glaube an das Pferd, das Automobil ist eine vorübergehende Erscheinung.“ Dieses Zitat wird dem deutschen Kaiser Wilhelm II. zugeschrieben. Der Blick auf die von Autos und Lkw verstopften Straßen muss ihm widersprechen. Doch lag der letzte deutsche Kaiser mit seiner Einschätzung wirklich völlig daneben?

Selbst in Deutschland gibt es eine wachsende Zahl von „Idealisten“, die der Umwelt zuliebe und aus anderen Gründen ihren Acker wieder mit dem Pferd pflügen und eggen. Die in diesem Zusammenhang genannten Amish-Leute in den USA dienen oft als Vorbild, da sie den vielspannigen Einsatz von Pferden perfektioniert haben und sich dadurch ihre Erträge mit denen der maschinellen Landwirtschaft durchaus vergleichen lassen. Importeure von pferdegerechten Landma-

schinen aus den USA haben bei uns sogar einen Markt gefunden.

Das Rückepferd war überhaupt nie verschwunden, da es Gelände gibt, das für Maschinen unzugänglich ist. Die Berliner Forsten spannen insgesamt sechs Arbeitspferde an drei Standorten (Grünau, Spandau, Dreilinden) an. Die Tiere werden als Ergänzung zum Maschineneinsatz bei der Holzbringung eingesetzt. Außerdem bei der Vorbereitung der Saat und Pflanzung. Auch der Landesbetrieb Forst Brandenburg nutzt Pferde in der Waldarbeit. 2021 wurden von den Landeswaldoberförstereien 14 Pferde eingesetzt, unter anderem als Rückepferde sowie zum Pflügen.

In Frankreich ist man schon einen großen Schritt weiter. Hier beschäftigen heute über 200 Städte und Dörfer das sogenannte Gemeindepferd, ein Oberbegriff



Mit zwei Pferdestärken zur Schule: Ein „Hippobus“ im elsässischen Ungersheim

für alle Equiden, die für kommunale Aufgaben requiriert werden. In der kleinen südfranzösischen Stadt Vendargues im Département Hérault 13 Kilometer östlich von Montpellier ist sogar der Schulbus auf zwei PS reduziert. Seit mehr als zehn Jahren bringen drei „Hippobusse“, von zwei Zugpferden gezogene Wagen, die Schüler der Stadt zu ihren jeweiligen Lernorten. Mit 30 Sitzplätzen und einer Anbindung an nicht weniger als fünf Schulen ist dieses Transportmittel vor allem ökologisch, da es – abgesehen von Pferde-Pupsern – keine Treibhausgase ausstößt. Und es ist eine Motivation, in die Schule zu gehen.

Immer mehr Gemeinden in Frankreich verlassen sich bei einer Vielzahl von Aufgaben von allgemeinem Interesse wieder auf das Arbeitspferd. Vom bereits erwähnten Schultransport über die Abfall-

sammlung bis hin zur Pflege von Grünflächen sind die Vierbeiner vielseitig einsetzbar, um die städtischen Arbeiter bei ihrer täglichen Arbeit zu unterstützen. Damit spielen Arbeitspferde, die durch die Mechanisierung der Landwirtschaft von den Feldern verdrängt wurden, wieder eine Rolle als Partner des Menschen und im Kampf gegen den Klimawandel.

Die Gründe liegen auf der Hand: Pferde verbrauchen keine fossilen Energiequellen und als „Abfall“-Produkt fällt auch noch hochwertiger Mist an. Die Energie, die das Pferd als Nahrung benötigt, wächst nach. Dazu reproduziert es sich auf natürliche Weise selber und ist am Ende seines Lebens „ökologisch abbaubar“. Und in der Landwirtschaft hilft es, Bodenverdichtungen zu verringern oder gar zu vermeiden. Helga Schmechagen

● FÜR SIE GELESEN

Mit Weitsicht und Exaktheit

Die Geschichte Westpreußens ist schwer zu fassen und das Ringen um historische Wahrheit der Geschichtsschreibung nicht weniger. Deshalb beschreiben die zwölf Autoren im „Westpreußischen Jahrbuch“ – dem Vorschlag des Historikers Jörg Hackmann folgend – die frühere preußische Provinz als europäische Kulturregion. Denn der Name „Westpreußen“ umfasste seit der Ersten Teilung Polens 1772 wechselnde Provinzteile.

Noch nach dem Zweiten Weltkrieg und der Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung konnte die Frage der deutsch-polnischen Benennung des Raumes nicht überzeugend gelöst werden. Vom Osteuropaexperten Hans-Jürgen Bömelburg wird im Beitrag zu Recht hervorgehoben, dass die untere Weichselregion und Westpreußen mit ihrem kosmopolitischen Bürgertum wegweisende Übersetzungen erzeugte und namhaften Autoren mit internationalem Ruf Platz bot, nicht zuletzt dem Literaturnobelpreisträger Günter Grass. Auch die Sprachbarriere zwischen dem Polnischen und dem Deutschen scheint damals keine große Rolle gespielt zu haben. Noch rühmlicher für die polnische und europäische Geschichte bleibt die Tatsache, dass um 1980 in der unteren Weichselregion und in Danzig die Solidarność zu einer Bewegung heranwuchs, die am Fall des „Eisernen Vorhangs“ entscheidenden Anteil hatte.

Frank Golczewski schildert die kriegerischen Auseinandersetzungen im polnisch-sowjetischen Krieg 1920. Polen gewann durch seine Siege gegen Russland in der Region an Bedeutung, eine Tatsache, die das Selbstbewusstsein der Polen gegenüber Russland noch heute prägt.

Dem Bild der Deutschen in der polnischen Presse geht Beata Lakeberg in damaligen Zeitungen nach: Es blieb stereotyp, geprägt von Kritik an deutschem übertriebenen Nationalismus und abschätziger Haltung.

Schon 1939 bricht der Angriff der Deutschen Wehrmacht auf Polen los. Diesen Bruch mit der Zivilisation nimmt Daniel Brewing (Aachen) auf: Die Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung waren verknüpft mit einem primitiven Feindbild, das die deutsche Propaganda malte: gewalttätige und hinterhältige Polen. Befördert wurde das noch durch ein Pogrom an der deutschen Bevölkerung in Bromberg 1939. Eine Entgrenzung von Gewalt, die sich in der deutschen Besatzungszeit umgekehrt fortsetzte und vier Millionen Polen das Leben kostete, darunter drei Millionen Juden.

Jedem Beitrag haben die Redakteure ein deutsches und ein polnischsprachiges Abstract beigegeben, was die Rezeption sehr erleichtert. Das Buch ist ein leuchtendes Beispiel für wissenschaftliche Weitsicht und Exaktheit in der Ausführung, wie sie nicht immer zu finden ist.

Roger Töpelmann



Westpreußische Gesellschaft (Hg.): „Westpreußen-Jahrbuch 69/70 (2019/2020): Studien zur europäischen Kulturregion an der unteren

Weichsel“, Westpreußen-Verlag, Münster 2023, gebunden, 231 Seiten, 25,90 Euro

BILDBAND DER WOCHE



Vom Charme des Verfalls

Drei Fotografen haben verlassene Orte in Deutschland und Europa aufgesucht. Sie fanden das Lebendige darin und fingen es mit ihren Bildern ein.

FOTO: MAURITIUS

Stillstand in ehemaligen Industrieanlagen wie Kraftwerken und Fabriken wie der abgebildeten Börde Brauerei in Magdeburg, aber auch stillgelegte Eisenbahnbrücken, Kulturhäuser und Vergnügungsparks. Die Fotogra-

fen Thomas Kemnitz, Robert Conrad und Michael Täger bringen in ihrem Bildband die Veränderungen zum Ausdruck, die in der ehemaligen DDR seit 1990, aber auch andernorts in Europa stattgefunden haben. MRK

Kemnitz/Conrad/Täger: „Stillstand. 100 verlassene Orte in Deutschland und Europa“, 3. aktualisierte Auflage, DuMont Verlag, Ostfildern 2023, flexibler Einband, 224 Seiten, 29,95 Euro

GLAUBE

Geschichten für Sinnsucher

Der Theologe Thomas Meyerhöfer spricht ehrlich von sich, erzählt von anderen und sucht dabei Gott und den Sinn des Lebens

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Erst im Polizeidienst, dann Jugendpastor – der Theologe Thomas Meyerhöfer hat schon viel erlebt. Sieben Jahre lang zwang ihn eine Depression zur Passivität. Seit 2019 produziert er eine wöchentliche Redezeit mit dem Titel „superfromm“, er schreibt Blogbeiträge, filmt, fotografiert und malt. Das vorliegende Buch „Lost. Sinnsuchergeschichten“ enthält ausgewählte Texte seines Internet-Blogs. Er beobachtet Alltägliches, trifft ganz normale Menschen, aber auch Leute, denen es aus den unterschiedlichsten Gründen nicht gut geht. Dabei zieht der Autor von den Alltagsgeschichten Parallelen zu Bibelversen, findet Gott im Kleinen und setzt sich so einen Kompass, den er mit seinem Tun auch anderen anbieten möchte.

Wie gehe ich mit einem Menschen um, der emotional am Boden liegt? Diese Frage führt den Autoren beispielsweise zu Hiob und Psalm 23, aber auch zu der Erkenntnis, dass fromme Sprüche und Handeln allein aus Pflichtgefühl Keinem helfen. Bei anderen Geschichten greift der Autor auf Monty Python zurück: „Kommt ein Buchhalter zum Arbeitsamt ...“ Er will Löwenbändiger werden und landet doch wieder bei seinem Beruf Buchhalter. Meyerhöfer spricht dabei von Alltagskäfig und erzählt von Johannes im Gefängnis.

Meyerhöfer, Jahrgang 1962, ist Jugendpastor, und das merkt man seinen Texten auch an. Wer Jugendsprache nicht mag, sollte die Finger von diesen Sinnsuchergeschichten lassen. Ein „Nope“ oder „Yess“ kommt immer wieder vor, auch kurze, elliptische Sätze, oft nur ein einziges Wort mit einem Punkt, können den Leser mehr oder weniger ansprechen. Meyerhöfer schreibt, so scheint es, wie die Gedanken kommen, die Verbindungen zur Bibel wirken hin und wieder zu sehr gewollt. Wer darüber hinwegsehen kann, findet in dieser Blogtextsammlung immer wieder eine kleine Auszeit, die den Leser aus seinem Alltagskäfig rüttelt, zum Nachdenken anregt und einem so die Möglichkeit bietet, in einem turbulenten Alltag immer wieder das Gespräch zu Gott zu suchen.

Die 39 kurzen Geschichten sind im Schnitt drei Seiten umfassend und werden von Schwarz-Weiß-Bildern begleitet. Pro Text gibt es als Fußnote einen Bibelversverweis, den Meyerhöfer oft mit eigenen Worten im Textverlauf wiedergibt. Aufgrund dieser freien Übertragung, die so gar nichts mit der Poesie der Lutherübersetzung zu tun haben, ist dieses Glaubenszeugnis aber auch für Leser, die eher kirchenfern sind, eine Möglichkeit, über das Leben, Gott und den eigenen Glauben nachzudenken.



Thomas Meyerhöfer: „Lost. Sinnsuchergeschichten“, Brunnen Verlag, Gießen 2022, gebunden, 182 Seiten, 16 Euro

TWITTER-AFFÄRE

Wie ein Staat manipuliert hat

Ein anonymes Autorenkollektiv schreibt über die Enthüllungen zum Nachrichtendienst, die Elon Musk nach seinem Kauf veröffentlichten ließ

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 27. Oktober 2022 kaufte der Milliardär Elon Musk den seit 2006 existierenden Kurznachrichtendienst Twitter. Anschließend übergab er ein Konvolut von internen Unternehmensnachrichten an die Journalisten Matt Taibbi, Bari Weiss, Lee Fang, Michael Shellenberger, David Zweig und Alex Berenson. Diese veröffentlichten das Material ab dem 3. Dezember 2022 unter dem Sammelbegriff „Twitter Files“ in 19 Tranchen. Über deren Inhalt berichtet das Buch „Die Twitter Files. Das ganze Ausmaß der Manipulation“, das von einem anonymen Autorenkollektiv verfasst wurde, das unter dem Pseudonym „Dr. C. E. Nyder“ auftritt.

Aus den Enthüllungen geht hervor, in welchem gewaltigem Ausmaß die US-Regierung, die Geheimdienste und Behörden der Vereinigten Staaten sowie Politiker der Demokratischen Partei Druck auf Twitter ausübten, damit der Dienst missliebige Nachrichten zensuriert und Nutzer mit unbequemen Meinungen bis hin zum amtierenden Präsidenten Donald Trump digital kaltstellt. Gleichzeitig zeigen die Twitter Files aber auch, dass die Führung des Unternehmens vor der Übernahme durch Musk nur allzu gern bereit war, den Zensurwünschen nachzukommen, weil diese weitestgehend zur eigenen politisch-ideologischen Agenda passten.

In der Bundesrepublik, wo es rund zehn Millionen Twitter-Nutzer gibt, wurden die Twitter Files lediglich in den al-

ternativ-konservativen Medien rezipiert und ansonsten mehr oder weniger totgeschwiegen – selbst die deutschsprachige Online-Enzyklopädie Wikipedia vermeldet nichts hierzu. Umso wichtiger daher das Erscheinen des Buches von „Nyder“.

Allerdings ist der Umfang der Ausführungen über den konkreten Inhalt der Twitter Files relativ gering. Sie beanspruchen nur die Seiten 51 bis 121, wobei das Ganze auch mit der 15. Tranche endet, obwohl danach noch weitere erschienen. Andererseits bietet das Buch den Vorteil, dass es sich nicht auf das bloße Dokumentieren beschränkt, sondern darüber hinaus in analytischer Weise die vier grundsätzlichen Dimensionen der Twitter-Affäre beleuchtet. Das sind der größtenteils wahnwitzige Glaube der Herrschenden, stets im Dienst einer guten Sache zu agieren, das extreme Auseinanderklaffen zwischen den von oben verordneten Narrativen und der Wirklichkeit, der unübersehbare Kontrollverlust des politisch-industriellen Zensurkomplexes, der zu immer totalitäreren Methoden führt, sowie der Lichtblick, dass ein Spitzenunternehmer wie Musk nicht länger bereit war, willfährig mitzuspielen.



Dr. C. E. Nyder: „Die Twitter Files. Das ganze Ausmaß der Manipulation“, Kopp Verlag, Rottenburg 2023, gebunden, 224 Seiten, 22,99 Euro

NEUHAUSEN

Ein neues Leben für die deutsche Burg

Umbau- und Modernisierungsarbeiten im Rahmen des Revitalisierungsprogramms für das Königsberger Gebiet

VON BODO BOST

Die Burg Neuhausen, die bis 1945 ein beliebtes Ausflugsziel der Königsberger war, soll bald wieder an diese Vergangenheit anknüpfen. Auch eine Neuverwendung des Gebäudes ist in Planung.

Die Abriss- und Renovierungsarbeiten haben im Frühjahr 2023 begonnen. Das Projekt wird von der Firma „Mirozdanie“ durchgeführt. Auftraggeber der Arbeiten ist die „Vozrozhdenie Ltd“. Beide Unternehmen sind mit dem Königsberger Bistum der Russisch-Orthodoxen Kirche verbunden, das Besitzer der Burg ist. Die Restaurierung des Schlosses erfolgt im Rahmen des Programms des Gouverneurs zur wirtschaftlichen Revitalisierung von Kulturgütern. Der Investor erhielt vom Staat einen Kredit über umgerechnet knapp 3,5 Millionen Euro.

Auf dem Gelände der Burg soll ein Komplex mit einem Museum, einem Restaurant und einem Hotel mit Garten entstehen. Ein Marzipanmuseum ist außerdem angedacht. Darüber hinaus gibt es Ideen, ein Museum über die „Frau im Mittelalter“ in der Burg einzurichten. Die Arbeiten zur Beseitigung der Schäden sollen bis Ende 2023 abgeschlossen sein, die Restaurierung bis 2025.

Museen, ein Hotel und ein Restaurant entstehen bis 2025

Die Burg Neuhausen wurde 1292 im samländischen Domkapitel gebaut. In seiner langen Geschichte hat es oft den Besitzer gewechselt und wurde mehrfach umgebaut. Heute ist der nördliche Flügel der älteste und authentischste. Spezielle Balken stützen dort die rissigen, jahrhundertalten Gewölbemauern. Im 14. Jahrhundert wurde in der Nähe der Burg auch eine Ordenskirche errichtet. Nach 1525 war das



Könnte noch viele Geheimnisse bergen: Burg Neuhausen vor der aktuellen Renovierung

Foto: Tatjana Obes

Schloss eine Zeit lang Sitz des Bischofs von Samland. Danach ging Neuhausen in den Besitz des Herzogs Albrecht über, der, nachdem er lutherisch geworden war und den Ordensstaat in ein weltliches Herzogtum umwandelte, den Bau einer neuen Festung anordnete. Er verschrieb die Burg im ersten Ehevertrag von 1550 seiner zweiten Frau. Ab dem 16. Jahrhundert wurde Neuhausen mehrmals umgebaut, behielt aber bis zum 17. Jahrhundert seine Verteidigungsfunktion, danach bekam sie

aber immer mehr Elemente eines Erholungsorts.

Ziegelsteine aus der Region für ein historisches Aussehen

Friedrich Wilhelm III. vergab die Burg und die Domäne 1814, wegen seiner Verdienste in den Befreiungskriegen, an General Friedrich Wilhelm Bülow von Dennewitz. Dessen Erben verkauften jedoch den Besitz. 1842 gelangte er in den Besitz der Familie Luckner und später in den der

Familie Massow. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde der Schlosspark und der Forst um die Kleinbahnstation Neuhausen-Tiergarten mit dem Etablissement Freiwald ein beliebtes Ausflugsziel der Königsberger Gesellschaft. 1935 eröffnete in Neuhausen eine Niederlassung des Behring-Instituts. Zehn Jahre später, 1945, wurde die Burg im Krieg schwer beschädigt. Einige Zeit waren in der Burg Produktions- und Lagerstätten eingerichtet. Ab den 1950er Jahren wurde ein

Teil der Burg wiederaufgebaut. Seit 1960 ist sie ein Kulturdenkmal von landesweiter Bedeutung.

Bei der Renovierung der Burg aus dem 13. Jahrhundert stoßen die Arbeiter auf immer mehr Geheimnisse. Ein Gerüst bedeckt den Hauptflügel der Burg Neuhausen. Die Arbeiter sind dabei, das historische Aussehen des Gebäudes sorgfältig wiederherzustellen. Dabei verwenden sie hauptsächlich deutsche Ziegelsteine, die sie in der gesamten Region aus alten Gebäuden gesammelt haben, damit das Gebäude seinen historischen Charakter behält und nicht neu aussieht. Die Gewölbe waren bereits zuvor in diesem Zustand.

Vor dem Krieg waren die Mauern in der Nähe des Haupttors des Schlosses größtenteils verputzt. Dass man im nördlichen Teil Ostpreußens durchaus auf historische Kulturgüter achtet, beweist die Tatsache, dass man als erste die älteste aller ostpreußischen Kirchen in Juditten nach 1985 wieder als Kirche hergerichtet und eröffnet hat.

Fresken aus dem 16. Jahrhundert entdeckt

Während des Wiederaufbaus von Schloss Neuhausen entdeckten die Arbeiter einzigartige Fresken, die vermutlich im frühen 16. Jahrhundert am Übergang zwischen katholischer und lutherischer Zeit entstanden. Sie stellen wahrscheinlich katholische oder protestantische Figuren dar. Die Restauratoren müssen sie noch identifizieren und ihren historischen Wert bestimmen. Es wurde auch ein verunkelter Geheimgang entdeckt. Er war von einer dicken Schicht Ziegeln umgeben. Es wird wahrscheinlich im Laufe der Renovierung noch eine Menge Überraschungen geben, denn viele Jahre lang wurde die Burg für die Bedürfnisse eines Industrieunternehmens genutzt. Damals hatte sich niemand mit dem Gebäude als Denkmal beschäftigt.

FRIEDRICH-EBERT-DENKMAL

Die kurze Geschichte eines Ehrenmals

Gerangel um Gedenken an den ersten Präsidenten des Deutschen Reichs in Pillau – Nach nur drei Jahren erfolgte der Abriss

Am 13. September 1925 fand in Herrensohr bei Saarbrücken/Saarland zu Ehren des ersten, am 28. Februar 1925 in Berlin verstorbenen Reichspräsidenten der Weimarer Republik, Friedrich Ebert, die Einweihung des ersten Friedrich-Ebert-Denkmal, eines zweieinhalb Meter hohen Obelisks, statt. Bei dieser und weiteren Denkmaleinweihungen war auch das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“, ein politischer Wehrverband zum Schutz der demokratischen Republik, anwesend.

Nicht alle Einweihungen in der Republik verliefen störungsfrei. So kam es am 21. September 1930 in Itzehoe in Schleswig-Holstein zu einer blutigen Schlägerei zwischen Mitgliedern des Reichsbanners und Nationalsozialisten. Zwei Jahre zuvor vereitelte am 6. Oktober 1928 in Ottonbrunn bei München ein Mitglied des Reichsbanners beim Reinigen der Stufen des Ebert-Denkmal ein Sprengstoffattentat.

Auch das am 31. August 1930 in Pillau eingeweihte Denkmal durch den Oberpräsidenten von Ostpreußen, Dr. h. c. Ernst Siehr, der in seiner Ansprache hervorhob, „dass sich in diesem Denkmal der Dank und die Anhänglichkeit des Volkes gegenüber einem Mann verkörpere, der nach seiner Herkunft und nach seinem Wesen das Volk repräsentiere“, er-

lebte in seiner kurzen Geschichte einige Probleme, die anhand der vorgefundenen Quellen skizziert werden soll.

Ursprünglich sollte das Denkmal „eine viereckige Säule, an deren Kopf ein Relief Friedrich Eberts angebracht war“ nach Bernd Wöbke (250 Jahre Stadt Pillau, Kiel 1975) seinen Platz an der Ecke Haffstraße/Raulestraße erhalten; „es wurde dann aber in der Plantage aufgestellt. Am 14. Juli 1930 gab es eine Ortsbesichtigung mit drei Vertretern des Magistrats der Stadt Pillau und den beiden Vertretern der Provinzialberatungsstelle Königsberg, Professor Dethlefsen und Stanislaus Cauer. Von Cauer stammte der Entwurf des vierkantigen Blocks als Ebert-Denkmal.“

Cauer entwarf den vierkantigen Block

Über den Standort des Denkmals lässt sich so viel sagen, dass nach dem mit 22. Juli 1930 datierten „Gutachten über Form, Anordnung und Lage des bei der Stadt Pillau geplanten Ebertdenkmals“ von Professor Richard Jepsen Dethlefsen, Provinzialkonservator für Ostpreußen, das Reichsbanner die Grundmauern des Denkmals (für welches sie insgesamt 2300 Arbeitsstunden ohne irgendwelche Entschädigungen geleistet hatten) „bei der Stadt Pillau“ errichtet hatte. „Dadurch

entfiel der sonst als Erstes zu machende Vorschlag der Wahl einer anderen Stelle auf dem Denkmalplatz.“ Blatt II erwähnt unter Punkt 4 „die sehr arg störenden Siedlungsbilder hinter ihm – Häuser, Gärten, Hofräume, deren Anblick durch eine

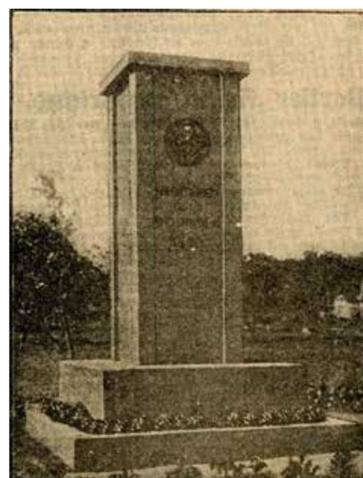


Foto aus der „Badischen Presse“ vom 9. September 1930: „Das zum Gedenken an den ersten Präsidenten des Deutschen Reiches in Pillau errichtete Denkmal, das kürzlich eingeweiht wurde.“

dichte und hohe Hecke völlig verdeckt werden soll.“

Das Schreiben des Pillauer Bürgermeisters Stamer vom 10. Juli 1930 an Dethlefsen enthält die Aussagen eines „Fortfalls des Weges von der Spitze“ und das er (Stamer) „persönlich dem (namentlich nicht genannten – Anmerkung des Verfassers) Erbauer diesen Zugang zum Denkmal vorgeschlagen habe“.

Den genauen Standort konnte ich leider nicht ausfindig machen, es könnte sich theoretisch auf dem Stadtplan von 1938 aus dem Buch „Königsberg und sein Umland in Ansichten und Plänen aus der Staatsbibliothek zu Berlin“ um das Symbol über der Acht handeln.

Zu dem Flachbild auf dem Denkmal schrieb Dethlefsen in seinem Gutachten: „Dann hatte man sich mit Künstlern im Reich in Verbindung gesetzt und sich, durch überhohe Honorarforderungen abgeschreckt, ohne eigentlichen Beistand beschieden. Das kleine, in das Mal einzulassende Flachbild, einen Abguss einer auch anderswo verwendeten Arbeit, hatte man sich, in der Meinung, dass sie im Lande zu teuer werden würde, ebenfalls von auswärts kommen lassen.“

Dethlefsen bedauerte die Auftragsvergabe und dass man eher „sich zuerst nach im Lande lebenden Künstlern und ihren

Preisen erkundigt“ und dann erfahren hätte, „dass man schon der geringeren Entfernung wegen im Lande besser und auch nicht teurer, vielleicht sogar billiger, bedient worden wäre, als von auswärts. Es ist wirklich niederdrückend, wenn man immer wieder erfahren muss, wie die wenigen im Lande überhaupt von kommenden Aufträgen ohne sachlichen Grund in die Fremde gehen und unsere einheimische Künsterschaft oft genug nicht weiß, wo sie das Brot hernehmen soll.“

Streit um die Pflege des Denkmals

Zum Künstler schrieb die „Kölnische Zeitung“ vom 16. August 1930: „Dem Elberfelder Bildhauer (Wilhelm) Koopmann wurde der Auftrag übertragen, für das von der Stadt Pillau geplante Denkmal für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert die Porträtbüste in Bronze auszuführen.“ Das Flachbild ähnelte dem noch heute existierenden Friedrich-Ebert-Denkmal auf der Hardt in Wuppertal.

Nach der Einweihung sollte die Stadt Pillau die ständige Pflege übernehmen, die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat lehnten die Übernahme jedoch mit 12:5 beziehungsweise 5:1 (Stamer) Stimmen ab. 1933 wurde das Denkmal, vermutlich wegen der Nationalsozialisten, entfernt. Jürgen Ehmann

● AUFGESCHNAPPT

Im Getöse unserer Tage ging fast unter, welche epochale Wende unser Verteidigungsminister vor wenigen Tagen eingefordert hat: Boris Pistorius mahnt: „Wir müssen kriegstüchtig werden. Wir müssen wehrhaft sein. Und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“ Alle Achtung! Kriegstüchtig? Jahrzehntlang wurde das Gegenteil verordnet. Wer „soldatische Tugenden“ zu loben wagte, stand mit einem Bein im NS-Verdacht. Auch im weiteren Sinne wurden alle Tugenden, die einst hoch im Kurs standen und als Voraussetzung für „Wehrhaftigkeit“ und „Kriegstüchtigkeit“ galten, denunziert, etwa Männlichkeit, Disziplin – und natürlich: Vaterlandsliebe. Denn wer kämpfen oder die Kampffähigkeit seines Landes von der Heimatfront aus stärken soll, der muss einen starken Impuls verspüren, aus dem er die Gefahren und Mühen auf sich nehmen soll. Und da bleibt nach aller Erfahrung zu allererst das feste Bekenntnis und die Liebe zur eigenen Nation. Ganz, wie Arnulf Baring es sagte: „Ohne Patriotismus geht es nicht.“ H.H.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Vom Ende der Sprechblasen

Warum bewährte Politiker-Finten nicht mehr ziehen, und wer jetzt im großen „Wir“ verschwinden will

VON HANS HECKEL

Merken Sie auch, wie schnell plötzlich alles geht? Es ist nicht lange her, da bemerkte jemand: Das Erstaunliche an Deutschland sei, dass man es ruhig für eine lange Zeit verlassen könne. Wenn man wieder komme, kreisten die Debatten immer noch um dieselben Themen wie vor der Abreise, wobei keine Diskussion auch nur einen Millimeter weitergekommen sei.

Bisher ahtten sich unsere Politiker vollends darauf verlegt, ein jedes Problem mit schicken Sprechblasen abzuwickeln, statt es wirklich anzugehen. Pompöses Gefasel reichte völlig, weil niemand ernsthaft erwartete, dass die Politik wirklich etwas ändern würde. So konnte Angela Merkel ganze 16 Amtsjahre lang von den „Herausforderungen der Digitalisierung“ schwadronieren, ohne dass es ihr jemand angekreidet hätte, dass Deutschland währenddessen bei eben jener Digitalisierung immer weiter zurückgefallen ist. Oder erinnern wir uns an die „europäische Lösung der Flüchtlingsfrage“, die uns Merkel jahrelang ankündigte und die ihre Nachfolger heute noch ankündigen, ohne dass da je etwas Wirkungsvolles greifbar geworden wäre.

War alles kein Problem – bis jetzt. Statt wie eben noch im ewigen Gerede weiter zu kreisen, bersten die Sprechblasen immer schneller an der Wirklichkeit. Olaf Scholz' „Zeitenwende“ platzte spätestens, als bekannt wurde, dass die Bundeswehr nicht stärker, sondern in der Folge der „historischen“ Rede des Kanzlers immer schwächer wurde. Aber das hat immerhin noch ein gutes Jahr gedauert. Der „Doppelwumms“ des Regierungschefs entpuppte sich schon nach ein paar Monaten als Bluff, sein „Deutschlandtempo“ hatte es nach ein paar Wochen zum Kneipenwitz gebracht und die „Abschiebe-Offensive“ von Innenministerin Faeser endete nun binnen Stunden als propagandistischer Bauchklatscher.

Vorbei mit den Debatten, die Jahre dauerten, ohne dass wirklich bemerkt wurde, wie hohl sie waren und dass sie bloß ablenken sollten. Bei der „Abschiebe-Offensive“ flogen sofort die Zahlen auf, nämlich dass damit etwa fünf Prozent mehr Ausreisepflichtige außer Landes gebracht würden als bislang. Das wären, ausgehend von der Zahl vom vergangenen Jahr, nur rund 600 Leute – im Jahr! Gleichzeitig strömen rund Tausend ins Land

– am Tag! Da fühlt man sich denn doch veräppelt. Zumal die Abgeschobenen jederzeit wiederkommen können, um ihre Asylverfahren von Neuem zu starten.

Auch die Sache mit den „stationären Grenzkontrollen“ hat sich schneller als Blendwerk entpuppt als es sich die Blender von der Ampel vorstellen konnten. Wie umgehend bekannt wurde, wird zwar „kontrolliert“, aber jeder illegale Grenzübertreter kommt trotzdem rein, sobald er „Asyl“ sagt. Das ist wie bei einem Fahrkartenkontrolleur, der alle Fahrkarten kontrolliert, um danach den Kartenlosen ein Gratis-Ticket auszuhändigen. Was der Chef der Verkehrsbetriebe dem zahlenden Publikum dann als „wirksame Maßnahme gegen das Schwarzfahren“ verkaufen will. Glaubwürdig? Eher nicht.

Diese Woche haben Scholz und seine grüne Außenministerin Baerbock ein anderes totes Karnickel aus dem Hut gezerzt, das „Flüchtlingsabkommen mit den Herkunftsländern“. Er reiste nach Nigeria, sie nach Marokko, um mit viel Geld irgendwelche Überkommen zu erkaufen, die auch wieder nichts bringen werden außer ein paar Schlagzeilen und ein Loch im Budget.

Dabei war man ja noch gut dran, als es bloß um die Landräte und Bürgermeister ging, die reihenweise kundtaten, dass ihre Aufnahmekapazitäten erschöpft seien. Denn hier ging es vor allem „nur“ um Geld. Seitdem die muslimischen Judenhasser unsere Straßen fluten, ist etwas blitzartig ins Blickfeld gerückt, womit man nun gar nicht gerechnet hat: eine unüberwindbare kulturelle Kluft.

Weiter bis zur Selbstaufgabe?

Das ist natürlich viel kniffliger, denn schließlich hatte man sich darauf geeinigt, all diejenigen, die vor zuviel Einwanderung aus allzu fremden Kulturen gewarnt haben, als Rassisten hinter die Brandmauer zu stopfen. Nun geben jene Fremden Tag für Tag Vorstellungen, die alle Warnungen von rechts bestätigen. Was macht man da? Am geschicktesten ist es, sich auf die alte Weisheit zu besinnen, die da lautet: Wo alle verantwortlich sind, ist keiner verantwortlich. Also hören wir aus dem Lager derer, die eben noch „Refugees welcome“ und offene Grenzen als einzige moralisch vertretbare Haltung erzwingen wollten, das Eingeständnis, dass „wir“ vielleicht „ein wenig zu naiv“ gewesen seien. „Wir“? Wer bitte ist „wir“? Etwa wir alle hier in Deutschland?

Wie bei einem
Kontrolleur, der
alle Fahrkarten
kontrolliert,
um den
Kartenlosen
danach
Gratis-Tickets
auszuhändigen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Das wäre aber ganz was Neues. Nur ein Wimpernzucken ist es her, dass jenes „Wir“ noch ganz anders eingegrenzt wurde. Da waren „wir“ nur jene, welche den grünlinken Traum von Multikulti mitträumten. Wer öffentlich Zweifel hegte an den grellen Verheißungen der „Bunten Republik“, dem warfen sie vor, „Hass und Hetze“ zu säen und damit „die Gesellschaft zu spalten“.

TV-Moderator Klaas Heufer-Umlauf etwa qualifizierte die Kritiker des grünlinken Mainstreams noch Ende des vergangenen Sommers als „Aussortierte“. Konkret meinte er Leute wie Matthias Matussek und Hans-Georg Maaßen. Waren die bei der Einwanderungspolitik etwa auch ein „wenig naiv“? Wohl kaum.

Doch wenn man so plötzlich und brutal von der Warte höchster moralischer Überlegenheit ins Elend des kompletten Scheiterns gestoßen wird wie die Multikultis beim Anblick des muslimisch-migrantischen Judenhasser-Mobs in unseren Städten, dann möchte man eben gern untertauchen in der Masse des großen grauen „Wir“.

Bis auf die, welche den Schuss selbst jetzt noch nicht gehört haben wie Annette Kurschus, die Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche (EKD). Kurschus meint unverdrossen, das „reiche“ Deutschland könne (und solle) noch viel mehr „Flüchtlinge“ aufnehmen, die wegen „Krieg und unterschiedlichster Not“ zu uns wollten. „Unterschiedlichster Not“ – das kann jede Art von Unbehagen am Herkunftsland umfassen, die sich denken lässt. Die Grenze unserer Aufnahmefähigkeit sei erst erreicht, „wo es zur Selbstaufgabe kommt“, so die EKD-Ratspräsidentin zur „FAZ“. Aber diese Grenze sei „noch lange nicht erreicht“.

Was meint Kurschus mit „Selbstaufgabe“? Etwa, wenn Musliminnen ohne Schleier oder erkennbar jüdische oder homosexuelle Menschen nicht mehr unbehelligt in der Öffentlichkeit herumlaufen können? Das dürfte der Frau nicht genügen, denn diese „Grenze“ haben wir in vielen deutschen Stadtbezirken längst hinter uns gelassen.

Vermutlich meint die Kirchenfunktionärin erst jene Grenze, ab der unsere freiheitliche, westlich-abendländische Kultur und Lebensweise flächendeckend nicht mehr zu retten ist. Wenn das geschafft ist, würden wir Kurschus gern noch einmal hören. Was sie wohl sagen würde? Na, was schon: „Vermutlich waren wir da ein wenig zu naiv.“

● STIMMEN ZUR ZEIT

Falko Liecke (CDU), Staatssekretär für Jugend und Familie in Berlin und von 2009 bis 2023 Bezirksstadtrat in Berlin-Neukölln, rechnet in der „Welt“ (27. Oktober) mit den jahrzehntelangen Irrtümern auch seiner eigenen Partei ab:

„Es reicht eben nicht, hier und dort einige Millionen Euro in Demokratie Kurse zu stecken. Es genügt eben nicht, gegen einzelne Unterstützer von Terrororganisationen vorzugehen oder Verbände, die dem Antisemitismus frönen, zu verbieten und darauf zu vertrauen, dass alle brave Bürger werden. Was wir zunächst und vor allem brauchen, ist das Eingeständnis des eigenen Scheiterns und darauf aufbauend eine komplette Haltungsänderung ... Der Traum von Multikulti ist gescheitert.“

Gunnar Schupelius wundert sich über die große Popularität von Sahra Wagenknecht und erinnert in der „B.Z.“ (26. Oktober) an einige Aussagen der Politikerin:

„Vor zehn Jahren äußerte sie ihre Bewunderung für den sozialistischen Herrscher von Venezuela, Hugo Chávez. Er habe gezeigt, dass ‚ein anderes Wirtschaftsmodell möglich‘ sei. Doch die Verstaatlichung trieb Venezuela in den Ruin ... Sie hatte auch viel für den kubanischen Dauer-Diktator Fidel Castro übrig. ‚Er stand für eine bessere Welt‘, sagte sie noch vor sieben Jahren. Sie führte in der PDS ... die kommunistische Plattform an, die vom Verfassungsschutz tendenziell als verfassungsfeindlich eingestuft wurde.“

Willi Haentjes malt sich auf „nius.de“ (30. Oktober) aus, was aus Deutschland würde, wenn sich eine Wagenknecht-Partei mit der Ampel zusammantäte:

„Für die deutsche Wirtschaft wäre eine solche ‚Wampelknecht‘ absolut verheerend. Schon jetzt dominieren in der Regierung öko-sozialistische Ideen der Grünen Partei ... Die DDR-ähnlichen Ideen von Sahra Wagenknecht, die staatlich kontrollieren will, was produziert wird, könnten die Abwanderung dramatisch beschleunigen.“

Der Psychologe und Publizist Ahmad Mansour spricht in der „FAZ“ (24. Oktober) ein bislang weithin tabuisierten Aspekt der deutschen Asylpolitik an:

„Wer als Schutzsuchender hier ist, aber so handelt, dass andere vor ihm geschützt werden müssen – etwa Juden, Frauen Homosexuelle – der sollte damit rechnen, das Land verlassen zu müssen. Es ist höchste Zeit, die Realität nicht länger zu verdrängen.“

● WORT DER WOCHE

„Machen wir uns nichts vor, die Lage betrifft mitnichten nur Israel; Israel und Juden gehören nur zu den ersten Opfern. Wir befinden uns im 3. Weltkrieg.“

Annette Heinisch, warnt auf „achgut.com“ am 28. Oktober vor der Illusion, die radikal-islamische Attacke gälte nicht auch uns